

Digitales Brandenburg

hosted by Universitätsbibliothek Potsdam

Märkische Heimat

Potsdam, 1982

Heft 3

urn:nbn:de:kobv:517-vlib-4878

Beiträge zur Heimatgeschichte
des Bezirkes Potsdam 1984



Märkische
Heimat

Z
5183

Potsdam

7

1.7

12/1/1911

z 5183

Märkische Heimat

Beiträge zur Heimatgeschichte
des Bezirkes Potsdam

Heft 3

Potsdam 1984.

„Märkische Heimat“
Beiträge zur Heimatgeschichte des Bezirkes Potsdam, Heft 3,
Potsdam 1984

Hochschulbibliothek
Bibliothek Geschichte

85/6/1

Pädagogische Hochschule Potsdam

Hochschulbibliothek

85: 103/PO 1

Herausgeber:

Kulturbund der DDR, Gesellschaft für Heimatgeschichte, Bezirksvorstand
Potsdam,
mit Unterstützung des Rates des Bezirkes Potsdam, Abt. Kultur, und des
Staatsarchivs Potsdam

Redaktion:

Joachim Schulz (Leiter), Rolf-Dieter Bierhals, Lieselott Enders, Dorothee
Gebner, Helmut Langner, Brigitta Schönknecht

Bilder und Dokumente:

Bezirksparteiarchiv, Dannenberg, Gustavs, Hillmer, Kießling, Köster, Mall-
witz, Milkert, Schulz, Staatsarchiv Potsdam

Reproduktionen: Staatsarchiv Potsdam, Wünsche

Redaktionsschluß für Heft 3 am 15. Juli 1984. Manuskriptsendungen an
Redaktion „Märkische Heimat“, 1500 Potsdam, Mangerstr. 34/36

Gestaltung: Klaus Pommerening, Neuruppin

Druck: Druckerei „Franz Maecker“, Neuruppin.

Zweigwerk der Druckerei Märkische Volksstimme Potsdam I-14-1 F 15/84

00500

Inhalt

	Seite
Die Stadt Potsdam im Wandel fünfunddreißigjähriger DDR-Geschichte von Manfred Uhlemann	5
Dr. Otto Korfes. Der Weg eines Generals zum Mitglied des NFKD und Kämpfer für deutsch-sowjetische Freundschaft von Helmut Lötze und Sigrid Wegner-Korfes	24
<i>Aus dem Fachbereich Heimatgeschichte/Ortschronik</i> Die sozialistische Umgestaltung des Havelländischen Obstanbaugebietes von Rüdiger Beetz	40
<i>Aus dem Fachbereich Kulturgeschichte/Volkskunde</i> Märkische Stadtmusikanten im 18. Jahrhundert von Vera Grützner	56
<i>Aus dem Fachbereich Ur- und Frühgeschichte</i> Die Werte der Heimat schützen und erhalten! von Sven Gustavs	68

Aus dem Fachbereich Numismatik
Münzfunde auf dem Gebiet des Bezirkes Potsdam
von Hans-Dieter Dannenberg 71

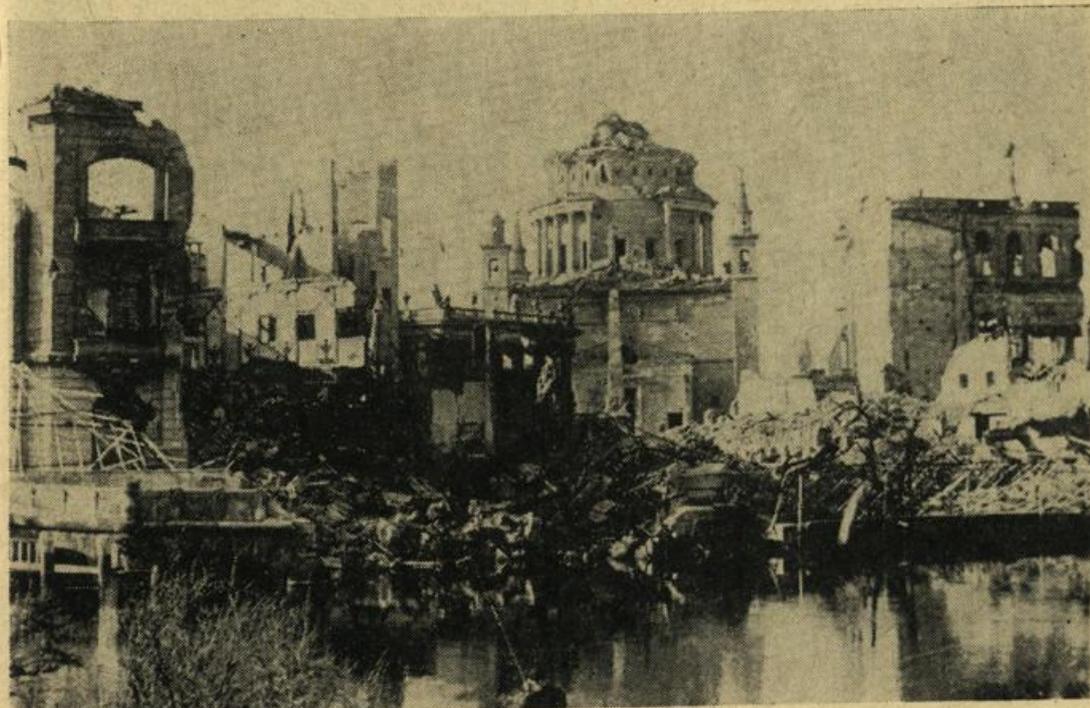
Aus dem Fachbereich kulturhistorische Zinnfiguren
Potsdamer Zinngießer
von Hans Eulenstein 85

Bibliographie/ Annotationen 89

Die Stadt Potsdam im Wandel fünfunddreißigjähriger DDR-Geschichte

Von Manfred Uhlemann

Geht man heute durch Potsdam, so begegnen einem an vielen Stellen Zeugen der Geschichte vergangener Zeiten. Zugleich vermittelt eine Gesamt-sicht der Stadt ihren gewandelten Charakter. Aus der ehemaligen Residenzstadt Potsdam und dem benachbarten Industrieort Nowawes, ab 1938 Babelsberg, wurde eine einheitliche Stadt. Naziobürgermeister General Friedrich hatte Nowawes-Babelsberg zwar bereits im Jahre 1939 an Potsdam angegliedert, aber der Dualismus zwischen Industriearbeiterstadt und bevorzugtem Wohnsitz nationalistischer und militaristischer Kräfte wurde erst im Verlaufe der antifaschistisch-demokratischen Umwälzung und der sozialistischen Revolution beseitigt. Mehr noch. Potsdam galt bis 1945 als Symbol für den friedensgefährdenden preußisch-deutschen Militarismus,



Die Innenstadt Potsdams war durch den Luftangriff am 14. April schwer zerstört. Blick von der Freundschaftsinsel über die Alte Fahrt auf die Nikolaikirche

für nationalistischen Herrschaftsdünkel, preußischen Drill und Untertanengeist obwohl auch in der ganzen Geschichte der Stadt humanistische und revolutionäre Kräfte und Ideen gewirkt hatten. Doch diese Hinterlassenschaft, besonders die bedeutender Baumeister und Landschaftsgestalter wie Knobelsdorff, Gontard, Schinkel, Persius, Lenné und Pückler, hervorragender Wissenschaftler von Weltruf wie Alexander von Humboldt, Hermann von Helmholtz, Ernst Haeckel und Albert Einstein und revolutionärer Kämpfer wie Max Dortu und Karl Liebknecht, konnte erst unter neuen politischen Verhältnissen zum tragenden Bestand des Charakters der Stadt werden. Ihr Wirken bereitete den Charakterwandel, den die Stadt seit 1945 erfahren hat, vor und beeinflusste diesen im bedeutenden Maße. Dies Erbe bringt zusammen mit dem Neugeschaffenen das unverwechselbare Bild der Stadt zum Ausdruck.

Potsdam wurde zu einer sozialistischen Bezirksstadt der Industrie, der Wissenschaft, der Bildung und Kultur sowie des Tourismus, in der Erbe, Tradition und sozialistische Gegenwart eng miteinander verbunden sind. Die Stadt wurde nunmehr vor allem bekannt als Stadt des Potsdamer Abkommens und in dem Maße, in dem ihre Bewohner in der Gemeinschaft der Deutschen Demokratischen Republik im Geiste dieser Festlegungen handelten, ein Symbol für die Friedenspolitik des sozialistischen deutschen Staates. Auf dem Wege dahin markieren bedeutende Ereignisse Stationen der Entstehung der sozialistischen Stadt.

Potsdam zur Zeit der Gründung der DDR

Wie sehr die Gründung der DDR ein Werk der Volksmassen war, zeigte sich in jenen Herbsttagen des Jahres 1949 auch in Potsdam in vielfältiger Weise. Am 1. September hatten 30 000 mit einer eindrucksvollen Kundgebung in dem wenige Wochen zuvor (am 3. Juli 1949) eingeweihten Ernst-Thälmann-Stadion ihr Bekenntnis zu einer Politik des Friedens und zu den Zielen der „Nationalen Front des demokratischen Deutschland“ abgelegt. In mehreren Veranstaltungen der nachfolgenden Zeit wurde ebenso wie in einer am 4. Oktober angenommenen EntschlieÙung der 1700 Arbeiter und Angestellten des Karl-Marx-Werkes die Forderung nach der „Bildung einer wahrhaft demokratischen deutschen Regierung mit dem Sitz in Berlin“⁽¹⁾ erhoben.

Am selben 7. Oktober, als sich in Berlin die Provisorische Volkskammer der Deutschen Demokratischen Republik konstituierte, bekräftigten die Vertreter des demokratischen Blocks der Landeshauptstadt Brandenburgs mit der Zustimmung zu den vom zentralen Block am 19. August 1949 verabschiedeten programmatischen Grundsätzen ihren Willen, gemeinsam auf der

Grundlage der vom 3. Deutschen Volkskongreß am 30. Mai 1949 bestätigten Verfassung für eine deutsche demokratische Republik zu wirken.

Ausdruck der Klassenauseinandersetzung um die Bildung und noch mehr um den Charakter dieses Staates war, daß einzelne Abgeordnete der CDU und der LDPD im Potsdamer Stadtparlament Vorbehalte gegen diese Grundsätze zu erkennen gaben und sich in ihrer Tätigkeit und in den folgenden Monaten verstärkt gegen die führende Rolle der Arbeiterklasse und ihrer Partei, gegen den demokratischen Zentralismus, die Plandisziplin, den Ausbau und die Stärkung der bereits geschaffenen sozialistischen Elemente in Politik und Wirtschaft wandten. Gegner der Arbeiter-und-Bauern-Macht erhofften sich von den im westdeutschen Separatstaat herrschenden Kräften Unterstützung und manche von ihnen besaßen durch die offene Grenze zur imperialistischen „Frontstadt“ Westberlin direkte Verbindung zu den dort bereits etablierten konterrevolutionären Kommandozentralen. Die Gründung der DDR war ein Akt des Klassenkampfes und mußte so auch von den revolutionären Kräften der Stadt verstanden werden.

Ein markanter Ausdruck der revolutionären Umgestaltung und des begonnenen Charakterwandels der Stadt war die 1948 entstandene erste Hoch-



Am 9. Dezember 1949 besuchte der Präsident der Deutschen Demokratischen Republik Wilhelm Pieck die Stadt Potsdam. Herzlicher Empfang des Präsidenten durch Werktätige an der Stadtgrenze bei Baumgartenbrück

schule Potsdams, an der mit Beginn des neuen Studienjahres 1949, so wie auch an anderen Universitäten und Hochschulen der DDR, eine Arbeiter- und Bauern-Fakultät gebildet wurde. Als Staatspräsident Wilhelm Pieck am 9. Dezember 1949 Potsdam besuchte, führte ihn nach der Begrüßung im Brandenburgischen Landtag sein erster Weg an die neue Landeshochschule. In der im ehemaligen Marstall des Schlosses neu geschaffenen Mensa rief er die versammelten Lehrkräfte und Studenten auf, dafür zu sorgen, daß die Feinde des Volkes nie mehr die Bildungsstätten in die Hand bekommen. Er erklärte: „Im Bündnis der Arbeiter und Bauern, wie es hier auf Eurer Fakultät zum Ausdruck kommt, liegt die Sicherung unseres Aufstiegs begründet.“⁽²⁾

In den ehemaligen Produktionsstätten des faschistischen Filmunternehmens UFA in Potsdam-Babelsberg entstanden Filme, die zur Herausbildung eines neuen demokratischen Bewußtseins beitrugen. Am 9. November 1949 erfolgte in Anwesenheit von Vertretern der Regierung des Landes Brandenburg, der Parteien und Massenorganisationen sowie zahlreicher Aktivisten aus Potsdamer Betrieben in den Charlott-Lichtspielen die Uraufführung des DEFA Spielfilms „Unser täglich Brot“. Mit diesem Film setzte Slatan Du-



Vor dem Gebäude des Landtages und der Landesregierung war eine Ehrenformation der Volkspolizei zum Empfang des Staatspräsidenten angetreten. Heute befindet sich in dem Haus in der Heinrich-Mann-Allee der Rat des Bezirkes

dow die Tradition des deutschen Arbeiterfilms fort. Am Schicksal einer Arbeiterfamilie wurden die Gestalter der neuen Gesellschaft lebendig. Aktiven Anteil nahm die DEFA an der Bewußtmachung der Verbrechen des deutschen Imperialismus und seiner Restauration in der BRD. Zur Zeit des Deutschlandtreffens der Jugend, Pfingsten 1950, erschien die eindrucksvolle Entlarvung des IG Farbenkonzerns in dem nach einem Buch von Friedrich Wolf von Kurt Maetzig geschaffenen Film „Der Rat der Götter“. Bedeutende Kunstschaffende, Otto Nagel, Bernhard Kellermann und Hans Marchwiza, prägten nachhaltig das Potsdamer Kulturleben dieser Zeit. Sie wurden 1950 zu Mitbegründern der Akademie der Künste in Berlin. Am 25. August 1949 hatte Bernhard Kellermann als erster Potsdamer Bürger anläßlich der Goethe-Festtage in Weimar aus der Hand des Vorsitzenden des Präsidiums des deutschen Volksrates Wilhelm Pieck den Nationalpreis erhalten. Als Volkskammerabgeordneter repräsentierte er, dessen Roman „Der 9. November“ 1933 von den Faschisten verboten und verbrannt worden war, das neue Verhältnis von Staatsmacht und der dem historischen Fortschritt dienenden Kultur.

Die Stadt selbst trug zu dieser Zeit noch die Kennzeichen des Krieges. Das Gebiet im Zentrum zwischen Havel und Wilhelm-Pieck-Straße war ein großes Ruinenfeld. An vielen Abenden und Wochenenden gingen freiwillige Helfer den Trümmerbergen zu Leibe. Die Potsdamer Handwerker beteiligten sich ohne Ausnahme an der im Sommer 1949 eingeleiteten Aktion „Wir bauen auf“. Das Geschäftsviertel um den alten Markt, den südlichen Teil der Friedrich-Ebert-Straße und den Platz der Einheit existierte nicht mehr, doch in der Brandenburger Straße pulsierte wieder das Leben. Die noch vor kurzer Zeit mit Brettern vernagelten oder mit durchsichtigem Behelfsmaterial versehenen Schaufenster bestanden wieder aus Glas und das Warenangebot war seit der Gründung der MO im Jahre 1948 quantitativ und qualitativ gestiegen. Dennoch fehlte vieles. Auch der begehrte Bohnenkaffee konnte nur im bescheidenen Maße über die Betriebe verkauft werden und erschien selbst in der Vorweihnachtszeit des Jahres 1949 nicht in den Geschäften. Auf dem Platz der Einheit und der Plantage hatte die Stadtgärtnerei Gemüse für die Versorgung der Bevölkerung angebaut.

In den volkseigenen Betrieben der Stadt rangen die Arbeiter um die Erfüllung des Zweijahrplanes 1949/50. Hier bildeten sich in den alten Betrieben neue soziale Beziehungen im Produktionsprozeß heraus. Sozialistische Arbeitskollektive in Form von Brigaden entwickelten sich, der Leistungslohn und technisch begründete Arbeitsnormen wurden durchgesetzt. Die Werktätigen begannen, die Verantwortung für den Betrieb und die Erfüllung seines Planes zu erkennen. In der Stellung der Menschen in der Produktion, in den Möglichkeiten zur freien Entfaltung ihrer Kräfte für das Ganze, zur Mitentscheidung und Ausübung der Macht vollzogen sich die nachhaltigsten

Veränderungen, waren aber zugleich die kompliziertesten Widersprüche zu meistern.

Am Ende des ersten Fünfjahrplans 1955

Als die Potsdamer zum Jahreswechsel 1955/56 auf das erste abgeschlossene Planjahr fünf zurückblickten, hatten die Karl-Marx-Werker besonderen Anlaß zum Stolz. 1953 führten Rückstände und Qualitätsmängel in der Zulieferung, eigene Organisationsschwächen, Absatzschwierigkeiten und daraus resultierende Unzufriedenheit dazu, daß der Jahresplan nur mit 76 Prozent abgerechnet werden konnte. Anfang November 1953 folgten die fortgeschrittensten Brigaden im Werk dem Aufruf der Arbeiter der Schwefelsäureanlage im VEB Kunstfaserwerk „Wilhelm Pieck“ in Schwarza, alle Voraussetzungen zu schaffen, um das Jahr 1954 zu einem Jahr der großen Initiative werden zu lassen. Die Brigade des dreifachen Aktivisten Genossen Emil Kroffke hatte die Wettbewerbsbewegung zur Aufholung der Planrückstände und Sicherung eines guten Anlaufs 1954 ausgelöst. In ihrem Aufruf forderte sie alle Kolleginnen und Kollegen auf, Qualitätsarbeit zu liefern und den Produktionsprozeß bis zum letzten Arbeitsplatz zu überprüfen. Dazu gehörte auch die regelmäßige Durchführung der Produktionsberatungen, die Einhaltung der Liefertermine an die Lokmontage und die rechtzeitige Bereitstellung des Materials und der Halbfabrikate. Im zweiten Quartal 1954 kam dann unter der Leitung der Betriebsparteiorganisation der SED eine breite Bewegung der Rationalisatoren in Gang, die sich vor allem auf den Arbeitsablauf und die Arbeitsorganisation konzentrierte. Dadurch und durch das engere Zusammenwirken der Werkleitung mit den einzelnen Abteilungen sowie den Ausbau der Technik wurde den Verlustquellen zu Leibe gerückt. Bis Ende März 1955 konnte das Werk erstmals seit 1945 einen Gewinn verbuchen. Dieser Aufschwung setzte sich im weiteren Verlauf des Jahres kontinuierlich fort. Im Ergebnis ökonomischer Konferenzen und eines Rentabilitätswettbewerbs sowie durch den zielgerichteten Einsatz von 4 Millionen Mark Investitionen wurde eine bedeutende Steigerung der Arbeitsproduktivität gegenüber 1954 erreicht. Statt der vorgesehenen 600 000 Mark Gewinn standen am Ende des Jahres 3 Millionen zu Buche. Die 2937 Arbeiter und Angestellten des größten Potsdamer Betriebes waren zu einem Kollektiv geworden, in dem sich die sozialistische Arbeitsweise auszuprägen begann. Das Werk produzierte im ersten Fünfjahrplan, neben zahlreichen anderen Erzeugnissen, 558 Dampfloks, darunter 54 große, und 1432 Dieselloks.

Neben den beiden großen zentralgeleiteten Industriebetrieben, Karl-Marx-Werk und Reichsbahnausbesserungswerk, hatten mehrere kleinere Betriebe

mit unterschiedlichem Produktionsprofil zum erfolgreichen Abschluß des Fünfjahrplans beigetragen. Eine besondere Stellung nahm der nach der Beschäftigungszahl mit 319 Arbeitern und Angestellten größte kommunalgeleitete Betrieb, der VEB Dentaltechnik, ein. Seine Dentaleinheiten trugen die höchsten Qualitätszeichen der DDR und wurden in 32 Länder exportiert.

Nach einer Zuspitzung des Widerspruchs zwischen dem sozialistischen Sektor und dessen Repräsentanten einerseits und dem privatkapitalistischen Sektor sowie der kleinen Warenproduktion andererseits am Beginn der fünfziger Jahre war jetzt die Perspektive der kleinen und mittleren Unternehmer in der sozialistischen Gesellschaft klarer erkennbar. Während die 1259 Handwerksbetriebe im Jahre 1953 mit 4857 Arbeitskräften für 38 340 000 Mark Leistungen erbrachten, schufen 1955 1431 Betriebe mit 5969 Arbeitskräften Werte in Höhe von 56 660 000 Mark. Die 33 privaten Industriebetriebe erzeugten 1953 mit 732 Arbeitskräften Leistungen in Höhe von 9 410 000 Mark. Dem gegenüber produzierten 1955 38 Betriebe mit 857 Arbeitskräften für 12 326 000 Mark.

Besondere Förderung hatten Wissenschaft und Kunst erfahren, so daß diese in zunehmendem Maße den Charakter der Stadt prägten. Die sozialistische Filmproduktion der DEFA war beträchtlich ausgebaut worden. Die Zahl der Beschäftigten wuchs von 890 im Jahre 1949 auf 2436 im Jahre 1955. Mit den beiden Filmen „Ernst Thälmann – Sohn seiner Klasse“ (März 1954) und „Ernst Thälmann – Führer seiner Klasse“ (Oktober 1955) wurde ein bedeutender Abschnitt des Kampfes der revolutionären deutschen Arbeiterbewegung gestaltet.

Zur Ausbildung des Nachwuchses in allen filmkünstlerischen und filmtechnischen Berufen entstand im Jahre 1954 in Potsdam-Babelsberg die Deutsche Hochschule für Filmkunst. Seit 1952 war hier auch die Akademie für Staats- und Rechtswissenschaft angesiedelt. Die wissenschaftlichen Mitarbeiter der in ihrer Art einzigen Lehr- und Forschungsstätte in der DDR wirkten mit an der Erarbeitung der sozialistischen Staats- und Rechtsordnung und bildeten Nachwuchs für die zentralen und örtlichen Staatsorgane sowie für den außenpolitischen Dienst der DDR heran.

Die Pädagogische Hochschule im Park Sanssouci war zur größten und bedeutendsten Lehrerbildungseinrichtung der DDR herangewachsen. Die Zahl der Direktstudenten stieg von 421 im Jahre 1950 auf 1402 im Jahre 1955. 1953 wurde ein Fernstudium für Lehrer eingerichtet mit zunächst 1198 Immatrikulierten. Diese Anzahl erhöhte sich 1955 auf 2221. Daneben bestand seit 1. Oktober 1952 im Gebäudekomplex des ehemaligen Militärwaisenhauses in der Otto-Nuschke-Straße ein Institut für Lehrerbildung mit einer Kapazität von 1000 Studenten, die als Unterstufenlehrer ausgebildet wurden. Schließlich sei noch erwähnt, daß sich Potsdam zu einem Konzentrationspunkt des Archivwesens der DDR entwickelt hatte, hier auch am 1. Septem-

ber 1955 eine Fachschule für Archivwesen ihre Arbeit aufgenommen hatte. Die bereits vor 1945 entstandenen Forschungsinstitute der Geo- und Kosmoswissenschaften in Babelsberg und auf dem Telegrafenberg arbeiteten als Einrichtungen der Akademie der Wissenschaften der DDR.

Das neue Potsdamer Theater in der Zimmerstraße hatte sich einen festen Platz im kulturellen Leben der Stadt erworben. Ein Höhepunkt seiner ersten Entwicklungsetappe war der 7. Oktober 1952, an dem die Potsdamer Bühne den Ehrennamen des von den Faschisten ermordeten kommunistischen Schauspielers Hans Otto erhielt.

Die Schlösser und Gärten waren stärker in das gesellschaftliche Leben der Stadt einbezogen worden. Als während der III. Weltfestspiele der Jugend und Studenten im August 1951 Potsdam neben Berlin als zweite Festivalstadt galt, wurden viele Nationalprogramme, darunter das des damals tapfer gegen die amerikanischen Interventen kämpfenden koreanischen Volkes, vor historischer Kulisse im Park Sanssouci aufgeführt. Pfingsten 1954 fanden die ersten Parkfestspiele statt. Aus einer Begegnung von Volkskunstschaffenden aus beiden deutschen Staaten entstand ein alljährliches Musikfest, wo in den Schlössern und Anlagen des Parks Berufs- und Laienkünstler den zahlreichen Zuhörern Freude und Entspannung bereiten.

Am Beginn der sechziger Jahre

Als Anfang der sechziger Jahre in der DDR der Abschluß der Übergangsperiode vom Kapitalismus zum Sozialismus festgestellt wurde, war dies auch Ausdruck eines weiteren Wandels des Charakters der Stadt. Ihre Bewohner hatten die Klassenauseinandersetzung um die Durchsetzung der sozialistischen Revolution in einem Teil eines gespaltenen Landes bei offener Grenze zum Imperialismus bewältigt und sich in ihrer Mehrheit auf die Seite der neuen Gesellschaft gestellt. Nicht wenige hatten allerdings in den zurückliegenden Jahren kein Verständnis für notwendige aber mit persönlichen Härten verbundene Maßnahmen gezeigt oder waren gar auf die andere Seite übergewechselt. Die revolutionären Kräfte, an ihrer Spitze die Mitglieder der SED, mußten lernen, die Aufgaben der sozialistischen Revolution und der Gestaltung einer sozialistischen Gesellschaft zu lösen. Dabei mußten sie Irrtümer hinnehmen, diese korrigieren und zu neuen Erkenntnissen vordringen.

Als am 16. und 17. Juni 1953 äußere und innere Gegner des Sozialismus zugespitzte Widersprüche in der DDR nutzen wollten, die Arbeiter-und-Bauern-Macht zu beseitigen, waren alle Potsdamer in die Auseinandersetzung einbezogen. Die Mehrheit bekannte sich zu den bis dahin erkämpften Positionen der neuen Gesellschaft. Am 1. Juli 1953 demonstrierten zehntausende

Potsdamer Werktätige, an der Spitze der Züge die Leitungen der SED Bezirks- und Kreisparteiorganisation, zum Platz der Nationen, um hier im Beisein von Walter Ulbricht in aller Öffentlichkeit ihr Bekenntnis zum Zentralkomitee der SED und zur Regierung der DDR abzulegen. In den Junitagen 1953 wurde sichtbar, daß Sicherung und Stärkung der DDR zugleich Sicherung und Stärkung des Friedens bedeutet. Die Bestrebungen zur Ausdehnung des Machtbereiches des deutschen Imperialismus auf die DDR führten unmittelbar an den Rand des Krieges. Sie mußten bei ihrer Verwirklichung den Krieg auslösen und falls erfolgreich für die revanchistischen Kräfte in der BRD, was 1953 und auch bei späteren Bestrebungen von uns mit großen Anstrengungen und Dank der Hilfe der befreundeten Sowjetunion und der anderen sozialistischen Staaten verhindert wurde, zur Stärkung des deutschen Imperialismus und Erhöhung seiner Aggressivität führen. Daher setzte dann auch die Parteiorganisation der SED im Herbst 1956 die Bevölkerung in Bereitschaft, den Frontalangriff des Weltimperialismus, mit dem in Ungarn ein konterrevolutionärer Einbruch erreicht wurde, abzuwehren. Entgegen den Bestrebungen des BRD Imperialismus, nochmals den Versuch zur Auslösung des Tages X zu unternehmen, hatten die Bürger der Stadt erlebt, wie die Politik der SED und ihres Staates ihren Interessen entsprach. Durch die Märkische Volksstimme und andere Massenmedien konnten sie erfahren, wie in dieser Zeit in der BRD die allgemeine Wehrpflicht eingeführt wurde und der Aufbau der Bundeswehr als Instrument der aggressiven Kreise des Monopolkapitals unter dem Kommando ehemaliger Hitlergenerale erfolgte. Sie mußten sogar feststellen, daß dort 11 Jahre nach der Befreiung des deutschen Volkes vom Faschismus am 17. August 1956 auf Antrag der Bundesregierung die Kommunistische Partei Deutschlands wieder verboten wurde.

Mit dem Aufbau der Bundeswehr nach der erklärten Absicht, alle Gebiete des ehemaligen deutschen Reiches in den Grenzen von 1937 in den Verband der Bundesrepublik einzufügen, nahm der Kampf gegen die Herausbildung eines sozialistischen Deutschlands verstärkt militärischen Charakter an. Am 13. August 1961 mußte einem mit vielfältigen Störmaßnahmen vorbereiteten militärischen Vorstoß ein fester Riegel vorgelegt werden. In diese Aktion war ein Großteil der Bürger Potsdams unmittelbar einbezogen. Die Angehörigen der Kampfgruppen Potsdamer Betriebe und Institutionen sicherten einen Grenzabschnitt zum imperialistischen Brückenkopf Westberlin. Kollegen von ihnen garantierten die Fortsetzung der Produktion. Die Werktätigen erreichten in einem Produktionsaufgebot, daß die Auswirkungen der verschärften Aggressionspolitik des BRD Imperialismus in den Jahren 1960/61 im Bereich der Volkswirtschaft abgebaut und 1962 eine Steigerung der industriellen Bruttonproduktion im Stadtkreis gegenüber 1961 auf 110,6 Prozent und in der Arbeitsproduktivität auf 109,8 Prozent erzielt wurde.

Wie die jungen Potsdamer sich zu ihrem Staat stellten, zeigte besonders eindrucksvoll das Aufgebot „Das Vaterland ruft! Schützt die sozialistische Republik!“ Viele junge Potsdamer begrüßten sofort den Aufruf des Zentralrats der FDJ vom 16. August 1961 zum Dienst in den bewaffneten Organen und zur ökonomischen Stärkung der DDR. Andere schlossen sich ihnen nach den ersten Kampfpappellen und Aussprachen im Kollektiv an. Bereits am 31. August konnten auf dem Platz der Nationen die ersten beiden FDJ Freiwilligenregimenter des Bezirkes von 20 000 Potsdamer Bürgern verabschiedet werden. Am 17. September meldete die FDJ-Stadtleitung, daß bis zum Vortage 2562 junge Männer Potsdams im Alter von 18 bis 23 Jahren sich für den Ehrendienst in der Nationalen Volksarmee bereit erklärt hatten.

Unter großen Mühen waren bis Anfang der sechziger Jahre die Werktätigen zu Herren ihrer Stadt geworden und hatten begonnen sie für sich zu gestalten. Die in allen Betrieben und Institutionen lebendige Losung des 3. Nationalkongresses der Nationalen Front vom September 1958 „Plane mit, arbeite mit, regiere mit!“ kam besonders zum Ausdruck in der Mitarbeit Tausender Bürger in ständigen Kommissionen und Aktivs sowie in den Produktionsberatungen. Eine höhere Qualität sozialistischer Arbeitskollektive war in den Brigaden entstanden, die sich der seit 1959 rasch ausbreitenden Bewegung anschlossen: „Auf sozialistische Weise zu arbeiten, zu lernen und zu leben“.

Die sozialistischen Staatsorgane und auch die in der Stadt seit 1956 stationierten Einheiten der Nationalen Volksarmee sowie die der Sowjetarmee dienten den Werktätigen, waren ihr Instrument zur Durchsetzung ihrer Interessen. Sie schützten auch, wie der 13. August 1961 gezeigt hatte, zuverlässig ihr Werk. An der Spitze des Rates des Bezirkes stand der antifaschistische Widerstandskämpfer Franz Peplinski. Vorsitzender des Bezirksausschusses der Nationalen Front war Dr. Otto Korfes, der als Generalmajor der faschistischen Wehrmacht in Stalingrad kapitulieren mußte und als Mitglied des NKFD und Mitbegründer des Bundes Deutscher Offiziere und nach seiner Rückkehr in die Heimat als führendes Mitglied der NDPD den Weg zur Mitgestaltung eines sozialistischen Deutschland fand. Oberbürgermeister wurde die ehemalige Konfektionsnäherin und im sozialistischen Jugendverband bewährte Funktionärin Brunhilde Hanke.

Von den 62 014 Berufstätigen im Jahre 1962 waren 22 848 außerhalb der materiellen Produktion beschäftigt. Darin zeigt sich die Spezifik der neuen sozialistischen Bezirksstadt mit ihrem hohen Anteil an Kultur und Bildungseinrichtungen. 53 275 Werktätige waren im sozialistischen Sektor, 701 in den seit 1956 entstandenen halbstaatlichen Betrieben und 8038 in privaten-, vorwiegend Handwerksbetrieben tätig. Ausdruck des Übergangs kapitalistischer Unternehmer zu sozialistischen Werktätigen war die Tatsache, daß die halbstaatlichen Betriebe in der Industrie 1962 bereits Leistungen in Höhe von

5 972 000 Mark und in der Bauindustrie von 2 462 000 Mark erreichten, während auf die private Industrie noch 8 432 000 Mark und die private Bauindustrie 1 802 000 Mark entfielen. Die ebenfalls in den zurückliegenden Jahren entstandenen Produktionsgenossenschaften des Handwerks erzeugten zu dieser Zeit für 14 Millionen Mark Werte und damit über 20 Prozent der Gesamtleistungen des Handwerks.

Das äußere Bild der Stadt wandelt sich

Die Entwicklung des Bauwesens in Potsdam und damit die Gestaltung des äußeren Bildes der Stadt spiegelt recht deutlich Vorstellungen, Wünsche und Möglichkeiten ihrer sozialistischen Erbauer wider. Im Rahmen des ersten Fünfjahrplans war das Baugeschehen vorwiegend geprägt durch einen bescheidenen Wohnungsbau, hauptsächlich im Babelsberger Industriegebiet, Bauten für das Bildungswesen und für medizinische Einrichtungen. Im Frühjahr 1955 begann der originalgetreue Wiederaufbau der zum Teil völlig zerstörten Barockhäuser in der Wilhelm-Staab-Straße. Nach dem V. Parteitag der SED im Jahre 1958 wurden Möglichkeiten gesehen, bis 1961 alle größeren Kriegsschäden zu beseitigen, bis 1965 den Aufbau des zerstörten



Beim Aufbau des Stadtzentrums von Potsdam wurde liebevoll Altes und Neues harmonisch miteinander verbunden. Rückseiten (früher Höfe!) der rekonstruierten Häuser der Kietzstraße und Hochhäuser der Wilhelm-Külz-Straße bzw. Wall am Kiez

Stadtzentrams im wesentlichen zu beenden und das Wohnungsproblem durch den Neu- und Ausbau von 7000 Wohnungen einschließlich der entsprechenden Nachfolgeeinrichtungen zu lösen. Bedeutende Teile dieses Projekts wurden realisiert, aber die hochgesteckten Ziele konnten in der vorgesehenen Frist nicht erreicht werden. Diese waren aus dem raschen Aufschwung der Jahre 1954 bis 1959 abgeleitet, überstiegen aber die damaligen Möglichkeiten und wurden vor allem durch die sich rasch ändernden Klassenkampfbedingungen 1960/61 beeinträchtigt. Dennoch stieg die Zahl der neu geschaffenen Wohnungseinheiten in der Zeit von 1958 bis 1963 auf 3984, wohingegen 1946 bis 1957 nur 1728 Wohnungseinheiten neu gebaut werden konnten. Moderne und sehenswerte neue Wohnblöcke standen 1963 zwischen Heinrich-Rau-Allee und Alter Fahrt und in der Waldstadt I.

Beim umfassenden Aufbau des Sozialismus in den sechziger Jahren erfolgte dann zur Gestaltung der nationalen Volkswirtschaft der DDR auf der Grundlage eines hohen Standes von Wissenschaft und Technik im Bezirk Potsdam eine starke Konzentration des Bauwesens auf Industrie- und Wohngebiete im Raum Teltow, Ludwigsfelde, Brandenburg, Hennigsdorf und Premnitz. Potsdam mußte zurückstehen. Im Republikmaßstab fiel die Entscheidung, zunächst den Aufbau der Stadtzentren von 5 Städten mit größerer volkswirtschaftlicher Bedeutung als Potsdam zu fördern. So mußten Überlegungen zur Gestaltung des Stadtkerns zurückgestellt bzw. abgeändert werden. Sogar im Wohnungsbau waren Abstriche erforderlich. Konnten 1962 bereits 632 Neubauwohnungen übergeben werden, so waren es 1963 noch 550, 1964 nur 326 und 1965 gar 197.

Der wirtschaftliche Aufschwung im Verlaufe des Fünfjahrplans 1966-1970 führte dann dazu, daß die Partei- und Staatsführung der DDR Anfang 1968 Möglichkeiten sah, alle Bezirksstädte, besonders ihre Stadtkerne, beschleunigt aufzubauen. Dem lag zweifellos auch das Bestreben zugrunde, die sozialistische Heimat für ihre Menschen schöner und lebenswerter zu gestalten und damit dazu beizutragen, das sozialistische Nationalbewußtsein herauszubilden. Bei der Realisierung der anspruchsvollen Vorhaben, die die Stadtverordnetenversammlung am 24. Mai 1968 in ihrer städtebaulichen Konzeption festgelegt hatte, ergaben sich bereits Ende 1969 Schwierigkeiten. Die Mittel waren nach wie vor knapp bemessen und ein Jahr später zeigte sich im Republikmaßstab, daß wir mit diesen und anderen zusätzlichen Planvorhaben 1968/69 die volkswirtschaftlichen Möglichkeiten überzogen hatten. Dennoch kam es zu einem Aufschwung im Bauwesen der Stadt. Es wurden Gesellschaftsbauten im Zentrum der Stadt begonnen und im Wohnungsbau ging es allmählich wieder aufwärts. War 1966 mit 168 Neubauwohnungen der tiefste Stand erreicht, so waren es 1967 wieder 241, 1968 gar 707, 1969 allerdings infolge großer Planrückstände nur 334 aber 1970 durch Bewältigung der Rückstände von 1969 insgesamt 906 Neubauwohnungen.



Zu einem reizvollen Ensemble wurden die Neubauten an der Neustädter Havelbucht mit dem 1841/42 von Persius im Stil einer maurischen Moschee erbautem Wasserwerk Sanssouci verbunden

Die Konzeption für die Gestaltung der Stadt knüpfte an die Überlegungen der früheren Jahre an. Sie ging davon aus, die Stadt als politisches, ökonomisches und geistig-kulturelles Zentrum für den Raum Potsdam-Teltow und den ganzen Bezirk zu entwickeln. Besondere Beachtung erhielt die Festlegung: „Potsdam und Babelsberg städtebaulich und architektonisch zu vereinigen und damit die früher bewußt betriebene Abspaltung der Arbeiterstadt Nowawes endgültig zu überwinden.“⁽³⁾ Dabei ging es nicht nur um die Errichtung von Bauwerken im Zentrum der Stadt, sondern um ihre sinnvolle Einordnung in das Gesamtbild, die Zuordnung weiterer Baukomplexe um den Stadtkern herum und die Einfügung des Ganzen in die Havellandschaft, die Nutzung der Hügel, Seen und Auen.

Dieser Konzeption wurde in den siebziger und achtziger Jahren Rechnung getragen. Nach dem VIII. Parteitag der SED wurde eine neue Qualität im Bauwesen erreicht. Dazu trug bei die Orientierung auf eine engere Verbindung von Wirtschafts- und Sozialpolitik, der höhere Stellenwert der jetzt dem Wohnungsbau zugemessen wurde und zugleich die gewachsenen Mög-



Um das architektonische Gepräge der Stadt zu erhalten, werden die notwendigen Ersatzbauten in der Innenstadt in Anlehnung an die barocken Bürgerhäuser errichtet. Der Experimentalblock in der Gutenbergstraße (Aufnahme April 1984)

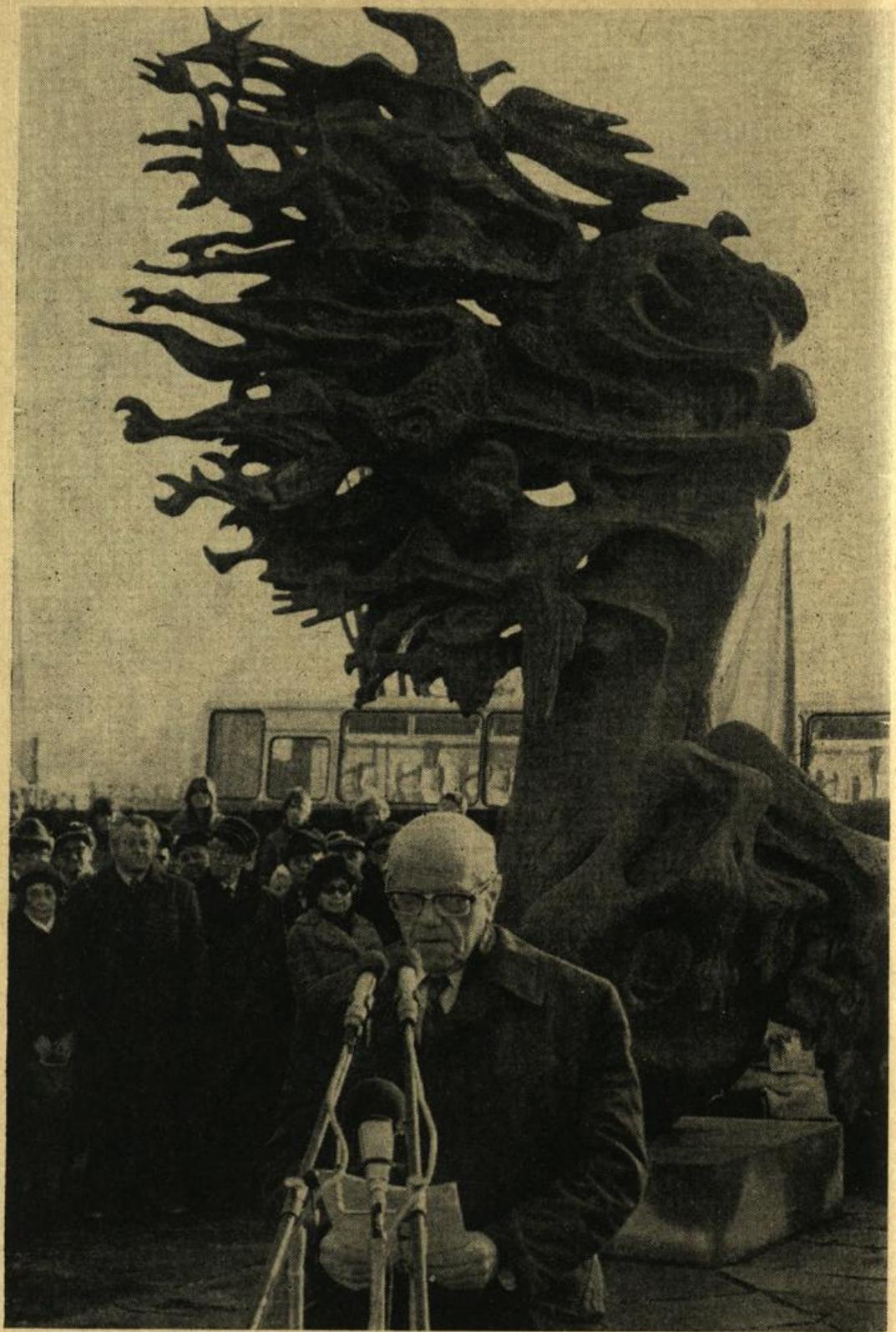
lichkeiten zur Realisierung der Bauvorhaben. Bedeutenden Anteil daran hatte die durch den Parteitag geförderte Aktivität der Arbeiterklasse und ein Aufschwung der Neuererbewegung.

Im Potsdamer Wohnungsbau zeigte sich dies besonders in der Anwendung der Erkenntnisse des Komplexbrigadiers vom Moskauer Häuserkombinat N. A. Slobin. Im September 1972 wurde nach Überwindung vieler Einwände erstmals in der DDR von einem Potsdamer Taktstraßenkollektiv ein Vertrag mit der Leitung des WBK Potsdam abgeschlossen, in dem das Kollektiv der Taktstraße 5 des WBK den Bau eines fünfgeschossigen Wohnblocks vom Setzen der ersten Platte bis zur schlüsselfertigen Übergabe in eigene Regie übernahm. In Rekordzeit von 51 Tagen stand der Block. Je Wohnung waren rund 30 Stunden Arbeitszeit eingespart, eine Qualitätsnote von 1,45 im Durchschnitt erreicht und die Materialkosten wesentlich verringert worden. Das Ergebnis war vor allem dadurch entstanden, daß die einzelnen Gewerke sich stärker füreinander und für den Bau verantwortlich fühlten und dabei mehrere Neuerervorschläge hervorgebracht und unmittelbar realisiert wurden. Der Taktstraße 5 folgte bald die 9, dann die 6, die

das erste 14geschossige Wohnhochhaus nach der Slobinmethode baute. Schließlich fanden diese Erfahrungen auf allen Potsdamer Baustellen Eingang und wurden auch von anderen Wohnungsbaukombinaten der DDR genutzt. 1971 entstanden 1243 Neubauwohnungen, 1972 waren es 1242, 1973 gar 1783. 1974 lag die Zahl nach Abschluß der Arbeit auf dem Kiewitt und an der Gluckstraße wieder etwas niedriger, bei 1431 um dann 1975 wieder 1619 zu erreichen.

Obwohl in der 2. Hälfte der siebziger Jahre die internationalen Bedingungen für die Realisierung der Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik schlechter geworden waren, konnte 1976 bis 1980 mit 8725 Neubauwohnungen das bereits imposante Ergebnis des vergangenen Fünfjahrplans mit mehr als 1000 Wohnungen überboten werden. Schön gestaltete Wohnkomplexe mit Schulen, Kaufhallen, Kinderkombinationen, Gaststätten und anderen Versorgungseinrichtungen entstanden am Kiewitt (1966–1973), in Potsdam-West (1971–1973), Zentrum-Ost (1972–1975), Stern (1974–1980), Waldstadt II (ab 1979) und entstehen gegenwärtig noch am Schlatz.

Zum 30. Jahrestag der Gründung der DDR, am 7. Oktober 1979 bot sich das Zentrum der Stadt dem Betrachter bereits in neuer Gestalt. 1966 war das 1945 zerstörte ehemalige Rathaus neu errichtet und als Kulturhaus Hans Marchwitza der Öffentlichkeit übergeben worden. 1969 stand inmitten eines großen Baugeländes das Interhotel an der Langen Brücke. 1971 konnte die Schwimmhalle am Brauhausberg eingeweiht werden. Daneben befand sich seit dem 60. Jahrestag der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution das von Potsdamer und Minsker Bauschaffenden und Künstlern entworfene, gebaute und ausgestattete Terrassenrestaurant „Minsk“. Die Klement-Gottwald-Straße war 1976 bis Ende 1978 mit Hilfe von Bauarbeitern aus allen Kreisen des Bezirkes als Hauptgeschäftsstraße im Zentrum der Stadt rekonstruiert und zu einer Fußgängerzone umgestaltet worden. Im Oktober 1974 konnte die Wissenschaftliche Allgemeinbibliothek des Bezirkes mit 120 Studienplätzen und einer Freihandbibliothek übergeben werden, und im September 1977 begann das neue Studienjahr des Instituts für Lehrerbildung in einem neuen Gebäude am Alten Markt. 1979 war auch die Nikolaikirche im Äußeren wieder voll aufgebaut. Vor ihr auf dem alten Marktplatz stand wie vor dem Luftangriff vom 14. April 1945 ein Obelisk aus rotem und weißem Marmor, jetzt allerdings nicht mehr mit den Bildnissen der preußischen Könige, sondern denen der bedeutenden Potsdamer Baumeister Gontard, Knobelsdorff, Persius und Schinkel. Vom Alten Markt weitete sich der Blick über die 1973 anlässlich der Weltfestspiele in Berlin von deutschen, sowjetischen und polnischen Jugendlichen neu gestalteten Freundschaftsinsel nach Zentrum Ost und Potsdam-Babelsberg. Dorthin war auch die Verbindung durch den zweiten Havelübergang, die 1981 fertiggestellte Humboldtbrücke, enger geworden.



Monument „Herz und Flamme der Revolution – Karl Liebknecht“ von Theo Balden. Genosse Karl Schirdewan, Vorsitzender des Kreiskomitees Potsdam der Antifaschistischen Widerstandskämpfer, spricht zur Einweihung am 20. Dezember 1983

In den nachfolgenden Jahren entstand in der Wilhelm-Külz-Straße und um die Neustädter Havelbucht ein Ensemble, in dem es besonders gelang, die Zielstellung des IX. Parteitages der SED für das innerstädtische Bauen in Potsdam zu realisieren, „eine sinnvolle Verbindung der Neubauten, vor allem des Wohnungsbaus, mit der Restauration historisch wertvoller Bauwerke zu gewährleisten.“⁴⁾

Am Beginn dieser Magistrale befindet sich das Karl-Liebknecht-Forum mit der eindrucksvollen Plastik Theo Baldens „Karl-Liebkecht – Herz und Flamme der Revolution“ und den farbigen Natursteinmosaiktafeln Kurt-Hermann Kühns. Dieser Platz verbindet in besonderer Weise Potsdamer Geschichte mit dem Geschehen der Gegenwart. Hier ist das Wirken Karl Liebkechts in dieser Stadt lebendig. Hier befinden sich der als Filmmuseum der DDR ausgestaltete nach den Plänen seines Erbauers Knobelsdorff restaurierte Marstall des königlichen Schlosses, die beiden vom gleichen Baumeister geschaffenen Bürgerhäuser am Eingang zur Wilhelm-Külz-Straße mit dem Klub der Arbeiterjugend „Spartakus“ und dem Klub der Künstler und Architekten „Eduard Claudius“, das 1949 im Beisein von Wilhelm Pieck eingeweihte, in vielen freiwilligen Arbeitsstunden von den Potsdamern geschaffene Ernst-Thälmann-Stadion.

Manifestation für den Frieden

Die Bürger hatten sich unter der Führung ihrer marxistisch-leninistischen Partei eine neue Stadt geschaffen, in der sie ihr Leben sinnvoll gestalten konnten. Um dies Erreichte zu bewahren galt es angesichts einer Eskalation imperialistischer Rüstungspolitik Ende der siebziger und Anfang der achtziger Jahre die Anstrengungen zur Friedenssicherung zu verstärken. Am 8. September 1980 bekundeten 180 000 Einwohner der Bezirksstadt und ihrer Umgebung gemeinsam mit Einheiten, Truppenteilen und Stäben der Staaten des Warschauer Vertrages in Anwesenheit der Partei- und Staatsführung der DDR zum Auftakt des Manövers „Waffenbrüderschaft“ die über der Tribüne vor dem Brandenburger Tor in Deutsch und Russisch verkündete Losung: „Waffenbrüder – vereint für Frieden und Sozialismus – dem Feind keine Chance!“

Drei Jahre später, zu Pfingsten 1983, war Potsdam Gastgeber eines Friedenstreffens der Jugend sozialistischer Länder. Auf dem nunmehr schon traditionsreichen Platz der Nationen, der diesen Namen während der Weltfestspiele der Jugend und Studenten 1951 erworben hatte, endete eine gewaltige Friedensdemonstration. Vom Karl-Liebkecht-Forum ausgehend hatte sie sich durch die neugestaltete Wilhelm-Külz-Straße und die Leninallee bewegt. An ihrer Spitze schritten Erich Honecker und weitere Mit-



Genosse Erich Honecker, Generalsekretär des ZK der SED und Vorsitzender des Staatsrates der DDR, an der Spitze des Friedensmarsches der Jugend sozialistischer Länder Pfingsten 1983 in Potsdam

glieder der Partei- und Staatsführung mit den Repräsentanten der Jugendorganisationen der sozialistischen Länder. Wie vor drei Jahren sprach Erich Honecker erneut auf dem Platz der Nationen. Auf dem Platz und in den Nebenstraßen standen dicht gedrängt 250 000 Teilnehmer des Treffens und Potsdamer Bürger. Junge FDJler in ihren Blauhemden kündeten in ihren Sprechchören „DDR – unser Vaterland!“ Erich Honecker verwies darauf, daß Potsdam besonders eindringlich an die Lehren der Geschichte erinnert. Einst Zentrum des deutschen Militarismus und Symbol des Machtantritts des Faschismus, wurde Potsdam der Ort, an dem die Antihitlerkoalition den Schlußstrich unter den zweiten Weltkrieg zog. Die Teilnehmer des „Friedenstreffens der Jugend sozialistischer Länder“ stimmten dem „Ruf an die Jugend der Welt“ zu: „Vereinen wir unsere Kräfte, damit die Gefahr eines dritten, die Menschheit auslöschenden Weltkrieges für immer von den Völkern abgewendet wird! Schmieden wir die Aktionseinheit der fortschrittlichen Weltjugend für den Frieden! Wir sehen nicht tatenlos zu, daß unser Leben von endloser imperialistischer Hochrüstung überschattet wird. Wir sehen nicht tatenlos zu, daß der USA-Imperialismus und seine Verbündeten Feindschaft zwischen den Völkern säen und den gesellschaftlichen



Ein festliches Konzert und ein Höhenfeuerwerk am Schloß Sanssouci bildeten den unvergeßlichen Abschluß des Friedenstreffens der Jugend sozialistischer Länder am 22. Mai 1983

Fortschritt zurückzudrängen versuchen. Wir wollen, daß die Erde dem Menschen ein wohnliches Zuhause ist. Die Welt braucht keine neuen Nuklearwaffen, sondern Schritte zur Abrüstung, kein Wettrüsten, sondern Fortsetzung der Entspannung!⁶⁾

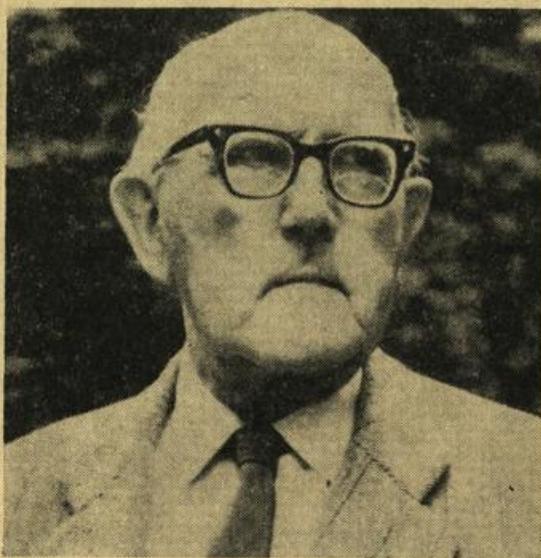
Anmerkungen:

- 1 Märkische Volksstimme, Potsdam, 5. 10. 1949
- 2 Ebenda, 10./11. 12. 1949
- 3 Stadtarchiv, Rat der Stadt Potsdam, o.2.226–o.2.227.
- 4 Protokoll des IX. Parteitages der SED, Bd. 2, Berlin 1976, S. 438.
- 5 Märkische Volksstimme, Potsdam, 9. 9. 1980
- 6 Ebenda, 24. 5. 1983

Dr. Otto Korfes

Der Weg eines Generals zum Mitglied des NKFD und Kämpfer für deutsch-sowjetische Freundschaft

Von Helmut Lötze, Sigrid Wegner-Korfes



Dr. Otto Korfes

Die Entwicklung von Generalmajor Dr. Otto Korfes zum Freund der Sowjetunion wurde vor allen Dingen durch das Erlebnis des zweiten Weltkrieges und der Schlacht um Stalingrad ausgelöst. Sie wurde ihm aber auch durch seinen vorherigen Lebensweg und die dabei erhaltenen Denkanstöße erleichtert. Otto Korfes wurde am 23. November 1889 als zweiter Sohn einer bildungsfreundlichen, humanistisch und sozial denkenden und materiell bescheiden lebenden Pfarrersfamilie geboren. 1901 zogen seine Eltern mit ihren inzwischen acht Kindern in das Pfarrhaus in Cattenstedt, einem Dorfe am Fuße des Harzes, über. Ihre fünf Söhne besuchten nun im nahe gelegenen Blänkenburg das Gymnasium.

Von 1901 bis 1909 war Otto Korfes Schüler dieses Gymnasiums des kaiserlich-wilhelminischen Deutschlands. Doch der „Stumpfsinn“ dieser „Penne“ befriedigte ihn nicht, wie er in den letzten Jahren seiner Schulzeit seinem Tagebuch anvertraute. Wichtigere Impulse gab ihm neben dem Elternhaus ein außerschulischer, relativ demokratisch orientierter Literaturzirkel, der möglicherweise von der damals in dieser kleinen Harzstadt durch das frühe-

re Wirken von Wilhelm Pieck relativ starken Sozialdemokratie beeinflusst wurde.

Neben deutschen Schriftstellern, darunter Gerhard Hauptmann, Wilhelm Raabe und Theodor Fontane, las er damals auch viel russische Literatur, besonders Maxim Gorki und Leo Tolstoj. Diese Schriftsteller veranlaßten ihn dazu, über gesellschaftliche und soziale Probleme im allgemeinen und speziell auch im zaristischen Rußland nachzudenken. Seinem Tagebuch vertraute er damals folgendes an: „Ich versuche, das 19. Jahrhundert zu verstehen . . .“ Solche großen Geister „müssen kommen, entweder durch die Zeit oder für eine spätere Zeit hervorgebracht, genau so wie die sozialen Bewegungen unserer Zeit . . . kommen mußten; wenn man eben auf extrem materialistischem Standpunkt steht, so sind die ganzen Bestrebungen der Sozialisten gerechtfertigt.“¹⁾ Am Ende seiner Schulzeit entstand in Otto Korfes der Wunsch, Literatur oder Geschichte zu studieren.

Doch dieser Studienwunsch und diese Geisteshaltung seines Sohnes stießen auf den heftigsten Widerstand bei Pastor Korfes und bewogen diesen dazu, sich energisch dafür einzusetzen, daß Otto Korfes vom Kommandeur des 3. Magdeburgischen Infanterie-Regiment Nr. 66 die Laufbahn eines aktiven Offiziers ermöglicht wurde. Obwohl dieser Beruf nicht den Wünschen des jungen Korfes entsprach und er sehr unter dem Eingriff seines Vaters in seine eigenen Lebenspläne litt, fügte er sich schließlich doch. Noch 1952 erinnerte er sich in einem Brief an seine älteste Tochter an diese einschneidende Wendung seiner Berufspläne: „Ich hätte am liebsten Literatur und Geschichte studiert . . . Ich tat es schließlich nicht, weil die Aussicht eines Erwerbes – außer im Schulberufe – zu ungewiß war, und mein Vater noch mehr Söhne zu finanzieren hatte.“

Doch das Erlebnis des I. Weltkrieges und das Inferno an der Westfront stießen den jungen Leutnant Korfes wieder von seinem ihm aufgezwungenen Berufe ab. In Briefen von der Front an Eltern und Geschwister schilderte er seine Erlebnisse „in diesem schrecklichen Kriege“, der ihn „wie ein Kind zum ersten Mal seit vielen Jahren“ zum Weinen brachte. Die Eindrücke des Leutnants Korfes aus dem I. Weltkrieg hat später Bernhard Kellermann, mit dem Otto Korfes befreundet war, in seinem Roman „Der 9. November“ verarbeitet. Trotz seines Entsetzens über das Erlebnis des I. Weltkrieges blieb Otto Korfes jedoch, anders als zum Beispiel sein damaliger Regimentskamerad Erich Weinert, bis zum Ende des Krieges in den Traditionen des Kaiserlichen Deutschland und der imperialistischen Politik befangen. Doch als die Novemberrevolution ausbrach und der Krieg beendet wurde, und Otto Korfes im Januar 1919 von einer schweren Verwundung genesen war, kam endlich für ihn die Zeit, seine früheren Jugendpläne wenigstens annähernd in die Tat umzusetzen. Später schrieb er darüber: „Als ich dann mich selbst ernähren konnte, habe ich doch noch studiert – National-

ökonomie, Jura und Geschichte. Im ersten ... beschäftigte mich naturgemäß die damalige Gegenwart, der Zwang aber, sie zu verstehen, führte wieder zur Geschichte.⁽²⁾

Im Alter von nun schon fast dreißig Jahren begann Otto Korfes im Frühjahr 1919 sein Studium an der Philosophischen Fakultät der Universität Berlin und schloß es im Sommer 1922 mit der Promotion zum Doktor der Staatswissenschaften bei Max Sering ab. Schon während dieser Studienjahre nahm bei ihm – sicherlich beeinflusst durch Wissenschaftler der Berliner Universität wie Otto Hoetzsch, Max Sering, Werner Sombart, Martin Hobohm u. a., bei denen er damals Vorlesungen hörte – das Interesse an der Wirtschafts- und Kriegsgeschichte Rußlands und anderer osteuropäischer Staaten, an den Veränderungen im jungen Sowjetstaat und an der Politik der Weimarer Republik gegenüber diesem 1917 entstandenen Staat zu. Das verstärkte sich, als er Archivrat in der Kriegsgeschichtlichen Abteilung des Reichsarchivs in Potsdam wurde. Mit dem Präsidenten des Reichsarchivs auf dem Brauhausberg, Generalmajor a. D. Hermann Mertz von Quirnheim, der 1929 sein Schwiegervater wurde, mit General Hans von Haefen (bis 1931 Leiter der Kriegsgeschichtlichen Abteilung, von 1931–1934 Präsident dieses Archivs), mit den Archivräten Dr. Wilhelm Dieckmann und Dr. Karl Rupert verband ihn bald ein enges Vertrauensverhältnis. Otto Korfes kannte und billigte offensichtlich die Auffassungen dieser und anderer bürgerlicher bzw. konservativer und nationalistischer, doch im Bismarckschen Sinne realpolitisch denkender Männer über die Aufgaben der Außenpolitik der Weimarer Republik, nämlich, daß „eine besonnene Zurückhaltung Deutschlands ... und die behutsame Wiederherstellung des internationalen Vertrauens ... der einzige Weg in die gesicherte Zukunft“ Deutschlands war. Er verurteilte wie sie die extreme „nationalistische und revanchistische Hetze der Rechtsradikalen“, begrüßte den Vertrag von Rapallo und billigte die Haltung des Generalobersten von Seeckt zur Roten Armee.⁽³⁾ Berichte deutscher Wissenschaftler über sowjetische Archive und Forschungsstätten und Kontakte zu sowjetischen Historikern und Offizieren, die damals die Bestände des Reichsarchivs benutzten, gaben Otto Korfes einen ersten Einblick in die sowjetische Geschichtsforschung und in die Entwicklung der Sowjetunion. Seine eigene Publikations- und Vortragstätigkeit u. a. auch im Rahmen der Deutschen Gesellschaft zum Studium Osteuropas in den folgenden Jahren zeigten sein wachsendes Interesse an der Entwicklung der östlichen Nachbarn Deutschlands und ihrer Geschichte und sein Eintreten für die Rapallopolitik.

Doch erkannte er damals den Charakter und die weltgeschichtliche Rolle der Oktoberrevolution noch nicht und war auch kein Freund des ersten sozialistischen Staates. Er blieb im bürgerlichen, militaristisch und nationalistisch geprägten Denken befangen, und seine Anschauungen unterschieden

sich nicht wesentlich von den damals im Reichsarchiv dominierenden. Auch seine aktive Tätigkeit im Stahlhelm bewies dies.

Ende September 1937 verließ Otto Korfes das Reichsarchiv und Potsdam und wurde als aktiver Offizier, als Major, nach Magdeburg versetzt, wo er Kommandeur eines Bataillons des Infanterie-Regiments Nr. 66 wurde. Zu dieser Zeit war seine anfängliche kurze Faszinierung von den ersten sozialpolitischen Maßnahmen der faschistischen Machthaber längst abgeklungen. An ihre Stelle waren starke Zweifel des Pastorensohnes an der Richtigkeit, vor allem der Kirchenpolitik Hitlers, an der auch im Reichsarchiv einsetzenden, von ihm kategorisch abgelehnten Judenverfolgungen, an der Diskriminierung anderer Völker und Rassen, an der faschistischen Kulturpolitik und am Revanchismus der Faschisten getreten. Familienangehörigen und engsten Freunden gegenüber begründete Otto Korfes seinen Eintritt in das faschistische Heer damit, sich auf diese Weise dem auch im Reichsarchiv immer stärker werdenden ideologischen Druck durch die NSDAP entziehen zu können. Mit der Möglichkeit einer baldigen Entfesselung eines zweiten Weltkrieges durch die faschistischen deutschen Machthaber hat er damals nicht gerechnet, vor allem auch nicht mit einem Überfall Hitlerdeutschlands auf die Sowjetunion.

Später schrieb er über das Verhältnis der meisten Offiziere der faschistischen Wehrmacht zur Sowjetunion vor 1941 folgendes: Sie hätten seit 1933 zwar eine antikommunistische und antisowjetische Haltung gehabt, doch die Stärke der Roten Armee sei ihnen seit deren Kämpfen im Bürgerkrieg und deren Siegen über die Interventen wohl bekannt gewesen. Die Vorstellung, daß das deutsche Heer einmal gegen die Rote Armee kämpfen müßte, lag der Masse des Offizierskorps vollkommen fern. Als die faschistische Politik das Verhältnis zur Sowjetunion verschlechterte und Hitler gegen den Kommunismus hetzte, fürchteten die vernünftigen, einsichtigen Deutschen, es könne aus dieser Hetze Feindschaft zur Sowjetunion und ein Krieg entstehen. „Sie fühlten sich daher von einem Alpdruck befreit, als im August 1939 zwischen der Sowjetunion und dem deutschen Reiche ein Nichtangriffspakt abgeschlossen wurde. Daß der Pakt von Hitler nicht ehrlich gemeint war, wußten sie nicht.“⁽⁴⁾

Auch Otto Korfes gehörte zu diesen „vernünftigen, einsichtigen Deutschen“. Die Erfahrungen Napoleons in Rußland, der Verlauf und die Ergebnisse des I. Weltkrieges, das geistige Erbe deutscher Politiker – eines Clausewitz, eines Bismarck oder eines Rathenau – und seine eigenen militär-historischen Forschungen seit den zwanziger Jahren im Potsdamer Reichsarchiv waren die Grundlage für seine feste Überzeugung, daß ein Krieg Deutschlands gegen seinen starken östlichen Nachbarn, die Sowjetunion, mit einem völligen Fiasco für Deutschland enden und das Weiterbestehen eines starken einheitlichen imperialistischen deutschen Staates ernsthaft gefährden mußte. Er

gründete dieses Urteil im Jahre 1941, wie er später vor Angehörigen der Sowjetarmee erklärte, speziell „auf die allgemeinen politischen Umstände, auf die trotz der Erfolge im Westen nach wie vor gefährdete Lage Deutschlands, auf die Weiträumigkeit und die besonderen geographischen Eigenschaften des großen Landes und ... auf den bedrückenden Gedanken, man begeben sich mutwillig in die Gefahren eines Zweifrontenkrieges“. Und während er sich an den Feldzügen Hitlerdeutschlands gegen Polen und Frankreich offensichtlich ohne größere innere Konflikte beteiligt hatte, gab der vertragsbrüchige Überfall der faschistischen deutschen Armee auf die UdSSR ihm somit offensichtlich den ersten Anstoß dazu, ernsthaft über den von Deutschland entfesselten II. Weltkrieg nachzudenken. Doch obwohl er früher als andere Offiziere der Truppe von den Plänen Hitlers der Sowjetunion gegenüber informiert wurde und länger als andere Gelegenheit dazu hatte, über seine eigene Rolle dabei nachzudenken, kündigte er 1941 wie fast das gesamte deutsche Offizierkorps dem Faschismus den Gehorsam nicht auf. Zu dieser Entscheidung brauchte auch er noch fast zwei Jahre bitterster Erfahrungen – eine Tatsache, die ihn bis ans Ende seines Lebens selbst stark belastete.

Otto Korfes besuchte am 3. Januar 1941 seinen Schwager, Oberst Albrecht Mertz von Quirnheim, der damals ebenso wie dessen Freund, Oberst Graf Claus Schenk von Stauffenberg, Stabsoffizier in der Organisationsabteilung des Generalstabes war, im Generalstab in Zossen. Dort erfuhr er während eines Gesprächs mit einem Generalmajor und drei anderen Generalstabs-offizieren, daß die faschistische Heeresführung den Plan habe und bereits vorbereite, im Sommer des gleichen Jahres die Sowjetunion zu überfallen. Er trat entschieden gegen ein solches Vorhaben auf und begründete seine Haltung damit, daß Deutschland diesen Krieg dann verlieren würde. Doch der General war der festen Überzeugung, daß Hitler auch in diesem Fall den Krieg gewinnen könne.⁶⁾

Drei Monate später lag Otto Korfes, zum Oberst befördert, mit seiner Einheit, dem Infanterie-Regiment 66, 40–60 km vor der sowjetischen Grenze in Polen. Einige Tage vor dem Überfall Hitlerdeutschlands auf die Sowjetunion hatte er mit Karl Heinrich von Stülpnagel, damals Oberbefehlshaber der 17. Armee an der Ostfront – später wegen seiner Beteiligung am Attentat gegen Hitler am 20. Juli 1944 hingerichtet – ein Gespräch. Beide verurteilten dieses Vorhaben und waren sich einig darin, daß Deutschland mit dem Beginn des Krieges gegen die Sowjetunion in sein Verderben rannte. Stülpnagel erklärte, als sie erwogen, im letzten Augenblick noch den Überfall zu verhindern: „Nachdem wir uns so eng mit dem Handeln Hitlers verstrickt haben, ist es dazu leider zu spät.“⁽⁷⁾

So blieben diese und andere ihnen gleichgesinnte Offiziere trotz ihrer Zweifel und ihrer Gewissensnot weiterhin aktiv im faschistischen Militärapparat

und trugen, wie Otto Korfes 1949 an Anton Ackermann schrieb, einen weiteren wesentlichen Teil zu der Schädigung des Kluges des deutschen Namens bei . . .“ Obwohl sie sich von den ersten Tagen des Überfalls auf die Sowjetunion an davon überzeugen mußten, daß die sowjetischen Truppen entgegen der Behauptungen der faschistischen Propaganda, sich nicht auf einen Angriffskrieg gegen Deutschland vorbereitet hatten und daß sich die Rote Armee, überrascht von dem hinterhältigen Überfall, mit vorbildlicher Kampfmoral und unter größten Opfern gegen die deutschen Eindringlinge verteidigte, führten sie, den Befehlen der Hitlerschen Heeresführung ergeben, ihre Truppen weiter bis ins Innere der Sowjetunion vor. Sie versagten dem „Führer“ den Gehorsam auch nicht, obwohl sie die faschistischen Verbrechen an der sowjetischen Zivilbevölkerung, vor allem an Juden, und an sowjetischen Kriegsgefangenen entsetzte. Und wenn Otto Korfes diesen Verbrechen in seinem Wirkungsbereich soweit dies möglich war entgegentrat so erfüllte er doch weiterhin aktiv seine militärische „Pflicht“ und drang mit seiner Division schließlich als einer der Ersten bis an die Wolga vor. Doch hier sollte er endlich zum Stillstand und zur Besinnung gebracht werden.

Am Inferno der Kesselschlacht um Stalingrad haben hunderttausende deutsche Männer teilgenommen und die meisten von ihnen verloren hier ihr Leben. Für viele, die in sowjetische Kriegsgefangenschaft kamen, darunter auch für zahlreiche Offiziere, wurde dieses Erlebnis zum Wendepunkt ihres weiteren Lebens. Zu diesen gehörte auch Otto Korfes, Kommandeur der 295. Infanterie-Division, der inzwischen zum Generalmajor befördert worden war.

Verantwortungsbewußt denkenden Angehörigen der Führung der 6. Armee konnte der verbrecherische Charakter der faschistischen deutschen Kriegsführung während dieser Kesselschlacht nicht mehr verborgen bleiben. Hitler lehnte die Vorschläge von Generalfeldmarschall Paulus, aus dem Kessel auszubringen, ab, verbot der 6. Armee, sich zu ergeben und befahl ihr, „bis zum letzten Mann zu kämpfen“. Damit verurteilte er mehr als hunderttausend unschuldige deutsche und sowjetische Menschen zum Tode. Trotz seiner ablehnenden Haltung zu diesen Befehlen Hitlers, blieb auch Otto Korfes der militärischen Disziplin ergeben. Doch es war für ihn ein grausames Erlebnis, mitschuldig daran zu werden, daß von der von ihm geleiteten Division, die vor Beginn dieser Schlacht noch 12.000 Mann stark gewesen war, Ende Januar 1943 nur noch 3.000 am Leben geblieben waren, daß von den 235.000 Angehörigen der 6. Armee am Ende der Stalingrader Schlacht nur noch 90.000 in sowjetische Gefangenschaft kamen und daß im Kessel von Stalingrad auch viele sowjetische Kriegsgefangene und Zivilisten starben. Und dieses Erlebnis verfolgte ihn bis ans Ende seines Lebens. In einer seiner ersten Reden über den Sender „Freies Deutschland“ des NKFD sagte er zum Beispiel dazu: „Noch heute, nach dem Abstand eines Jahres, kann ich nur

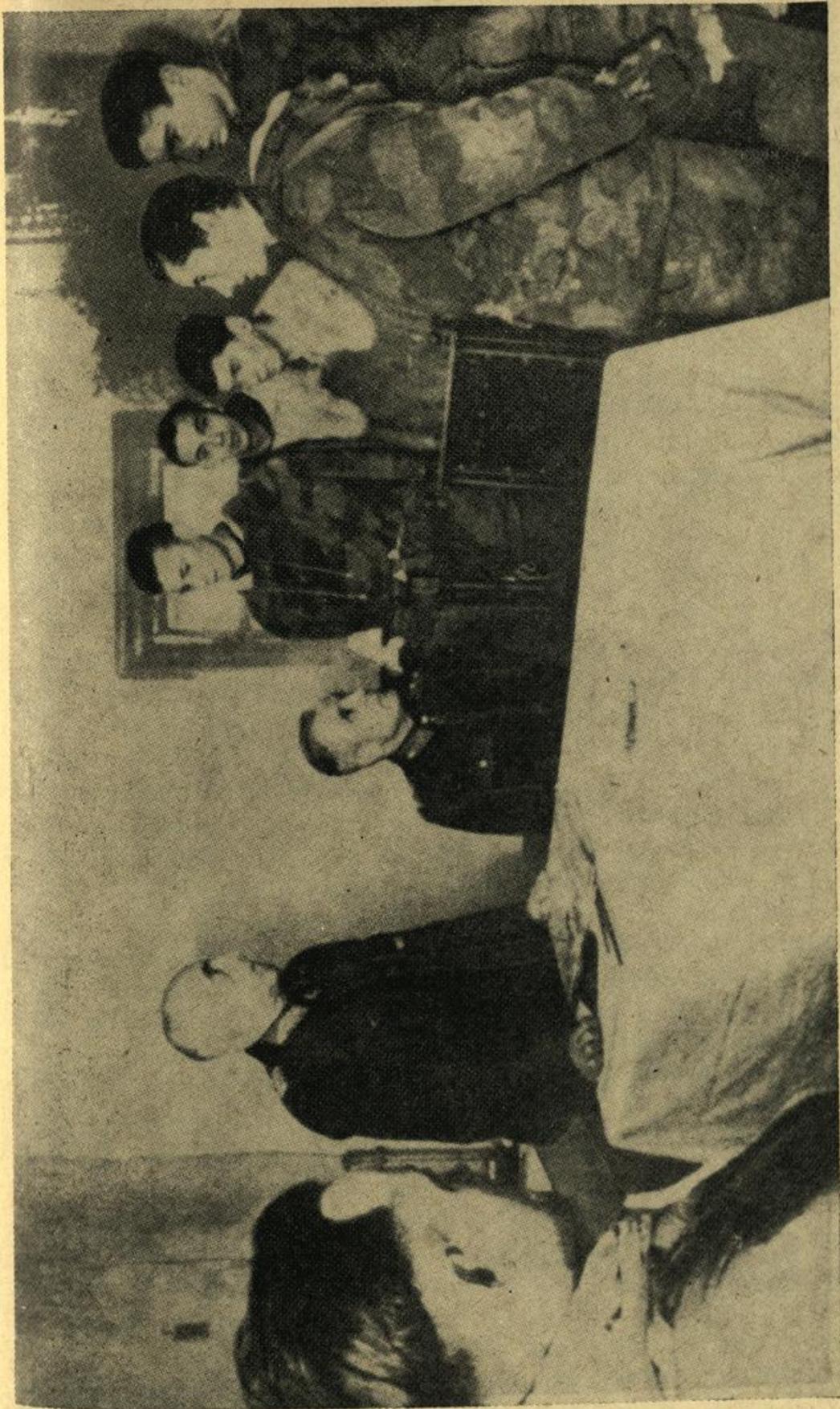
mit bedrücktem Gewissen an das Inferno der letzten Wochen von Stalingrad denken. Manchmal wache ich von Traumbildern geschreckt aus dem Schlafe auf und sehe die Gestalten der Toten vor meinen Augen. Was wollen sie von mir? Wollen sie Antwort haben auf die Frage nach dem Sinn dieses Krieges, nach dem Recht, das sie in die eisigen Steppen gezwungen hat, nach den Beweggründen Adolf Hitlers und seiner Helfer, der Generale und Offiziere, denen sie gläubig vertrauend in die Stätte des Massentodes gefolgt sind? Ja, auch nach denen der Generale und Offiziere . . . Die mit erfrorenen Gliedern dahinschleichenden Kranken, die unzähligen Verwundeten und wie vor Hunger und trüben Gedanken geplagten Kämpfer fragten, wie das enden werde und Was sie tun sollten. Die Generale *mußten* das doch wissen! Unsere kurze und verschlossene Antwort lautet: „Kämpfen“ . . .⁸⁾

Otto Korfes zog als einer der ersten Generäle der 6. Armee aus diesem Erlebnis schließlich in sowjetischer Kriegsgefangenschaft die richtigen Schlussfolgerungen. Doch dies war noch ein komplizierter Prozeß, den er allein auf sich gestellt wohl kaum mit diesem Ergebnis abgeschlossen hätte. Vor allen Dingen sowjetische und deutsche Kommunisten und Antifaschisten halfen ihm dabei, während des quälenden Durchdenken der letzten Kriegsjahre und besonders der Schlacht von Stalingrad und seiner eigenen Rolle während dieses Geschehens allmählich die richtige Antwort zu finden, aus seinen eigenen Kenntnissen der Geschichte endlich die entsprechenden Handlungen für sein weiteres Leben abzuleiten.

Schon im Kessel von Stalingrad hatte Otto Korfes auf einem letzten Gefechtsstand den Lautsprecher der sowjetischen Seite hören können, über den sich deutsche Kommunisten in deutscher Sprache an ihre eingekesselten Landsleute wandten. In mancher Nacht hörte er Erich Weinerts Stimme, die Stimme seines Regimentskameraden aus dem I. Weltkrieg, von dem er wußte, daß er ein „aufrichtiger ehrlicher Mann und ein weitsichtiger Politiker war, der als Kommunist mutig gegen den Faschismus gekämpft hatte.“⁹⁾ Otto Korfes konnte damals noch nicht ahnen, welche Rolle Erich Weinert schon von den nächsten Monaten an in seinem Leben spielen und daß ihn mit ihm bis zum Tode Weinerts 1953 eine feste Freundschaft verbinden sollte.

Am 31. Januar 1943 führte W. I. Tschuikow, Oberbefehlshaber der 62. Armee, ein Gespräch mit einigen an diesem Tag gefangen genommenen deutschen Generälen, unter denen sich auch Otto Korfes befand. Der sowjetische General erklärte ihnen, daß es ihre Pflicht gewesen wäre, Hitler, der Deutschland in den Untergang stürzte, den Gehorsam zu verweigern.

Otto Korfes konnte sich „dem Eindruck der Worte des Siegers nicht entziehen“. „Noch wehrte ich mich gegen die Wahrheiten, die auf mich eindrangten. Aber ich mußte mir eingestehen, daß irgend etwas in unserem Denken



Dr. Otto Korfes als Bevollmächtigter des Nationalkomitees „Freies Deutschland“ an der Front des Kessels von Korsun-Schewtschenkowski im Gespräch mit kriegsgefangenen deutschen Soldaten. Am Tisch sitzend General der Artillerie Walther von Seydlitz

und Handeln falsch gewesen war und daß wir so wie bisher nicht weiterleben durften.“¹⁰⁾

Diesem ersten Gespräch mit einem Vertreter der sowjetischen Seite folgten in den Kriegsgefangenenlagern in Krasnogorsk, Suzdal und Woikowo, in denen die Generäle untergebracht wurden, viele andere sowohl mit den Vertretern der Lagerleitungen als auch mit sowjetischen Gästen. Besonders freudig überraschte Otto Korfes wie andere der ihm Gleichgesinnten, die Aufnahme, „die wir bei den vom Faschismus aus Deutschland vertriebenen deutschen Landsleuten und insbesondere auch bei den deutschen Kommunisten fanden. Sie hatten uns voraus die politische Erfahrung, sie waren durch ein hartes Schicksal geprüft, einige hatten in Spanien gekämpft, alle aber waren vom Tode bedroht gewesen.“¹¹⁾ Diese Begegnung war entscheidend und übte den größten Einfluß auf den Umdenkungsprozeß bei Otto Korfes aus. Zu ihnen gehörte Wilhelm Pieck, der in Suzdal im Frühsommer 1943 auch mit ihm sprach und „schnell durch sein ehrliches, offenes Wesen und durch die ernste Sorge, die er sich um Deutschland machte, wie durch seinen echten Patriotismus Vertrauen und Ansehen erwarb.“¹²⁾ Zu ihnen gehörten Johannes R. Becher, Erich Weinert, Walter Ulbricht, Friedrich Wolf, Wolf Stern und viele andere.

Die Gespräche mit diesen und anderen deutschen Landsleuten und mit sowjetischen Offizieren, die regelmäßige Berichterstattung über den weiteren Kriegsverlauf, seine Pressestudien und die Diskussionen mit einigen anderen kriegsgefangenen Generälen, besonders mit von Seydlitz und Lattmann, lösten bei ihm folgende Gedankengänge aus: „Die psychologische Rückwirkung der grausamen Leiden bei der Verteidigung des Kessels, die Nutzlosigkeit der ungeheuren Opfer, der gemeine Mißbrauch übermenschlicher soldatischer Leistungen, der Bruch des Versprechens, den Kessel zu entsetzen, und die ganze Sinnlosigkeit dieser Schlacht empörte viele Gefangene aufs Äußerste.“¹³⁾ „Die Frage nach dem Sinn dieses Geschehens“ beschäftigte uns und forderte Antwort. Wir „waren zu der Überzeugung erzogen worden, daß Disziplin und Ehre verpflichten, Befehlen gehorsam Folge zu leisten, auch wenn man mit dem Inhalt des Befehls nicht einverstanden war. Die selbstquälerische Frage wurde heftig umstritten, ob wir in Stalingrad gehorchen durften . . . Eine Antwort darauf schien sich zu erübrigen, als die folgenden Ereignisse eindeutig bewiesen, daß die Niederlage von Stalingrad nur der Anfang der Niederlage der deutschen Wehrmacht gewesen war und daß Deutschland den Krieg gar nicht gewinnen konnte.“ Bald aber trat die Befürchtung auf, „daß nicht nur der Krieg verloren sein dürfte, sondern daß Deutschland und das deutsche Volk wie die 6. Armee zugrunde gehen würden, wenn nicht das Hitlersystem und seine starke Stütze, der Militarismus, entmachtet und der Krieg so schnell wie möglich beendet wird. . . Die alten Hitlergegner standen ihren Kameraden auf der Suche nach dem rech-

ten Wege bei und überzeugten sie, daß Deutschland nur gerettet werden könne, wenn den Feinden im *eigenen* Lande die Macht aus der Hand genommen würde.“ So kam Otto Korfes wie andere deutsche Offiziere und Soldaten zu der Erkenntnis, daß er als Kriegsgefangener nicht abwarten dürfe, „bis sich in Deutschland selbst die Hitlergegner erheben und die Fortsetzung des Krieges verhindern“ würden, sondern „aus der Gefangenschaft heraus das deutsche Volk vor der furchtbaren Gefahr zu warnen und aufzurufen“ hatte, „sein Geschick in die eigene Hand zu nehmen.“¹⁴⁾

Sowjetische und deutsche Kommunisten und Antifaschisten gaben Otto Korfes die Möglichkeit, diese Erkenntnisse in die Tat umzusetzen. Er gehörte zu den ersten drei Generälen, die sich am 11. und 12. September 1943 aktiv an der Gründung des „Bundes Deutscher Offiziere“ beteiligte. Er wurde Mitglied des Vorstandes des Bundes, wenige Tage später in das Nationalkomitee „Freies Deutschland“ aufgenommen und in den Geschäftsführenden Ausschuß des NKFD gewählt. Außerdem wurde er Vorsitzender der Fachgruppe Kultur des NKFD. Und von dieser Zeit an begann sein aktiver Kampf für den Sturz des Hitlerfaschismus, für die Beendigung des vom deutschen Faschismus entfesselten Völkermordens und für die Entwicklung freundschaftlicher Beziehungen zwischen einem antimilitaristischen, demokratischen Deutschland und dem ersten sozialistischen Staat in der Welt. Dabei verhehlte er nicht, daß „für uns, die wir im bürgerlichen Denken groß geworden und in der militärischen Schule erzogen worden waren, . . . der Bruch mit allen Bindungen, die uns an die Wehrmacht und unsere Kameraden fesselten, einen tief einschneidenden Entschluß“ darstellte¹⁵⁾ und war sich darüber klar, daß dieser Entschluß seine Familie in Deutschland, besonders seine Frau und seine fünf Töchter, in Gefahr bringen konnte. Doch seine Sorge und das weitere Schicksal der gesamten deutschen Nation war größer als diese Bedenken und bestimmte sein ganzes weiteres Handeln. Die mutige Entscheidung von Otto Korfes im September 1943 ist um so mehr hervorzuheben, als sich in dieser Zeit die meisten anderen deutschen Generäle in sowjetischer Gefangenschaft einem solchen Schritt kategorisch entgegenstellten und der größere Teil von ihnen, der sich später der Bewegung des NKFD anschloß, erst der weiteren katastrophalen Niederlage des faschistischen Heeres vor allem an der Ostfront sowie der Ereignisse des 20. Juli 1944 in Deutschland bedurfte, um sich zu dieser Entscheidung durchzuringen.

Otto Korfes' Tätigkeit im Rahmen des NKFD war sehr vielseitig. Die sowjetischen Dienststellen und seine Mitkämpfer im NKFD schufen ihm die Möglichkeit, intensive Literaturstudien zu betreiben – seine „zweite Universitätszeit“ zu absolvieren. Er las Werke von Marx, Engels und Lenin, Veröffentlichungen deutscher und sowjetischer marxistischer sowie auch bürgerlicher Historiker und Kriegshistoriker und viele Romane der Weltlite-

ratur, darunter auch sowjetischer Schriftsteller. Er machte sich Aufzeichnungen aus fast allen Büchern, die er damals las, und ordnete sie nach den Problemkreisen, die ihn besonders beschäftigten. Diskussionen mit anderen Angehörigen des NKFD und sowjetischen Wissenschaftlern und Offizieren über das Gelesene halfen ihm dabei, seinen Umdenkungsprozeß zu vertiefen. Das gab ihm die Grundlage dazu, eine fundierte propagandistische Arbeit im Rahmen des NKFD zu leisten.

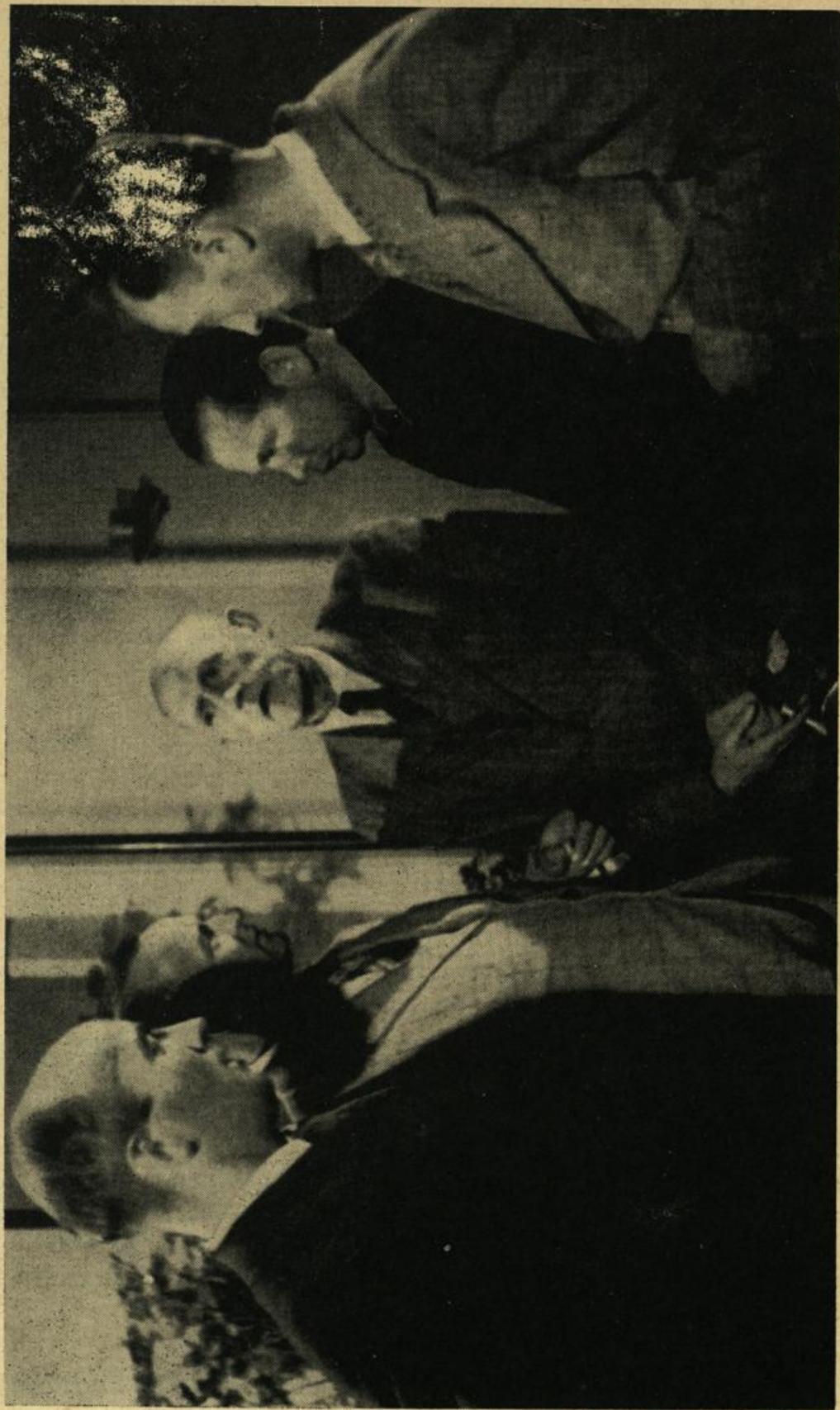
Otto Korfes schrieb zahlreiche Beiträge für die Zeitung „Freies Deutschland“, die vom NKFD herausgegeben wurde. Er verfaßte Flugblätter und Aufrufe, die ebenso wie die Zeitungen „Freies Deutschland im Bild“ hinter der Front abgeworfen wurden. Gemeinsam mit anderen Mitgliedern des NKFD fuhr er in Kriegsgefangenenlager, trat vor ehemaligen deutschen Soldaten und Offizieren auf und nützte die Weihnachtstage des Jahres 1943 dazu aus, im Lager Woikowo andere kriegsgefangene Generäle für die Bewegung des NKFD zu gewinnen. Er nahm an Einsätzen des NKFD an der Front teil und sprach zum Beispiel zu seinen in Korsun eingekesselten Landsleuten. Auf den Plenarsitzungen des NKFD ergriff er mehrmals das Wort. Als Mitglied der Fachgruppe Kultur des NKFD widmete er sich der Ausarbeitung des Lehrplanes für Geschichte an den Schulen eines zukünftigen antifaschistischen Deutschland. Vor allen Dingen aber hielt er vom 11. November 1943 bis zum Juli 1945 über den Sender „Freies Deutschland“ etwa 45 Reden an seine Landsleute in sowjetischer Gefangenschaft, an der Front und in Deutschland. In diesen Reden, die sich heute in seinem Nachlaß im Zentralen Staatsarchiv in Potsdam befinden, stellte er sich ebenso wie in seinen Veröffentlichungen der faschistischen Ideologie und besonders der faschistischen Lügenpropaganda über die Sowjetunion entgegen, entlarvte die verbrecherische Kriegsführung Hitlerdeutschlands, analysierte den Kriegsverlauf besonders an der Ostfront und machte seine Hörer darauf aufmerksam, daß das faschistische Deutschland seiner totalen Niederlage entgegenging. Er stellte seinen eigenen Entwicklungsweg vom gehorsamen Werkzeug des faschistischen Militärapparats zum Mitkämpfer der Sowjetunion dar und ging in diesem Zusammenhang wiederholt auf den Lebensweg deutscher Patrioten, die während der Befreiungskriege gegen Napoleon dem preußischen König den Gehorsam verweigert und auf Seiten Rußlands gekämpft hatten, ein. In all diesen Reden versuchte er, seine Hörer zum Nachdenken über das weitere Schicksal Deutschlands und ihre eigene Rolle dabei zu bringen, rief sie wiederholt zum Kampf gegen den deutschen Faschismus und Militarismus und für die sofortige Beendigung aller Kriegshandlungen auf und versuchte, sie für den Aufbau eines friedliebenden demokratischen Deutschland zu gewinnen.

Und seine Stimme wurde trotz aller Gegenmaßnahmen der hitlerschen Machthaber von seinen Landsleuten besonders in der Wehrmacht vernom-

men. Otto Korfes kann sogar mit vollem Recht das Verdienst zugesprochen werden, zu den deutschen Offizieren gehört zu haben, deren Appelle von den Patrioten des 20. Juli um Stauffenberg, die das Attentat gegen Hitler ausführten, erhört wurden. Albrecht Mertz von Quirnheim, ein enger Freund und Mitkämpfer Stauffenbergs, wußte von der Tätigkeit seines Schwagers Otto Korfes im Rahmen des NKFD, billigte diese und sah in ihr Vorbild und Ansporn für seinen eigenen Kampf gegen den Hitlerfaschismus und die sofortige Beendigung des Krieges, besonders gegen die Sowjetunion. Er wurde nach dem mißglückten Attentat auf Hitler am 20. Juli 1944 in den späten Abendstunden gemeinsam mit Claus von Stauffenberg und Werner von Haeften, einem Sohn des zweiten Präsidenten des Potsdamer Reichsarchivs, in der Bendlerstraße Berlin erschossen. Und auch der Mann der einzigen Schwester der Frau von Korfes, Dr. Wilhelm Dieckmann, der bis zum 20. Juli 1944 im Reichsarchiv in Potsdam gearbeitet hatte, wußte von der Tätigkeit seines Freundes und Verwandten in der Sowjetunion und billigte sie. Er wurde Ende Juli 1944 verhaftet und für seine Verbindungen zu den Patrioten des 20. Juli und seine eigene antifaschistische Tätigkeit im Rahmen der bekennenden Kirche zum Tode verurteilt. Die Ehefrauen und Kinder von Korfes und Dieckmann und die Eltern und die Frau von Albrecht Mertz von Quirnheim wurden wegen der antifaschistischen Tätigkeit ihrer Familienangehörigen nach dem 20. Juli verfolgt, die Erwachsenen alle verhaftet. Otto Korfes' Frau, Gudrun, kehrte als einzige von ihnen erst nach dem Sturz des Hitlerfaschismus aus der Sippenhaft zu ihren fünf Kindern zurück. Sie beteiligte sich seit 1945 aktiv am Aufbau eines antifaschistischen Deutschlands.

Otto Korfes kam im Herbst 1948 in die Sowjetische Besatzungszone, nach Potsdam, zurück. Noch 16 Jahre seines Lebens war es ihm vergönnt, nun wieder auf heimatlichem Boden den von ihm 1945 eingeschlagenen Weg konsequent fortzusetzen. Ab 15. Oktober 1948 übernahm er die Leitung des 1946 neugegründeten Zentralarchivs in Potsdam (des heutigen Zentralen Staatsarchivs). Hier erwarteten ihn komplizierte politische und fachliche Aufgaben und Probleme, die sich aus dem Aufbau des Zentralarchivs für eine neue Staats- und Gesellschaftsordnung ergaben. Dabei waren auch, wie überall, als Folge des vom faschistischen Deutschland angezettelten Krieges enorme Alltagsschwierigkeiten im stark zerstörten Potsdam zu überwinden. Zielstrebig und tatkräftig packte Otto Korfes diese Aufgaben an und bewies in der Praxis seine in einem jahrelangen Prozeß gewonnene neue politische Haltung, seine Hartnäckigkeit und seinen Einfallsreichtum bei der Bewältigung der vielfältigen Probleme ebenso wie seine besondere Fähigkeit im Umgang mit Menschen und seine Menschenkenntnis.

Nach der Gründung der DDR und der Zuordnung des staatlichen Archivwesens in den Bereich des Ministeriums des Innern wurde Dr. Korfes mit



Dr. Otto Korfes (Mitte) während eines Heimkehrertreffens 1949

den
se
den
in
san
von
ein
da
ter
ka
sic
Er
de
wa
ne
de
ler
sch
de
in
di
D
zü
lic
be
de
ar
w
an
O
D
lic
ke
D
st
E
d
be
St
d
so
so

der Leitung der neugebildeten Hauptabteilung Archivwesen beauftragt. Diese verantwortliche Funktion, mit der er sich an die Spitze des Archivwesens der Republik gestellt sah, war einmal Ausdruck eines großen Vertrauens in seine Person, das er sich durch seine bisherige Entwicklung und Wirksamkeit erworben hatte. Zum anderen waren damit bedeutende Aufgaben von historischer Dimension verbunden. Es galt, die Basis für den Aufbau eines sozialistischen Archivwesens im Republikmaßstab zu schaffen, mit den dazu erforderlichen rechtlichen, organisatorischen, kadermäßigen und weiteren Voraussetzungen. Die gesellschaftliche Zielsetzung dieser Arbeit erkannte Otto Korfes klar. „Die Archive sollen aber nicht nur ordnen und sicher aufbewahren. Sie sollen auch geben“, schrieb er in seinem Aufsatz zur Eröffnung der neuen Fachzeitschrift „Archivmitteilungen“. „Sie müssen aus den wohlgeordneten Zeugnissen der Vergangenheit dem Kampf der Gegenwart die Hilfen zur Verfügung stellen, die ihn erleichtern und fördern können. Der in der politischen Arbeit stehende Archivar weiß, daß die Fülle des Inhalts unserer Bestände scharfe Waffen für den nationalen und sozialen Kampf zu liefern vermag, und er bedauert nur, daß diese Waffen nicht schon früher zur Verfügung gestanden haben.“¹⁶⁾ Entsprechend dieser Forderung handelte er auch und gestaltete seine vielfältigen Leitungsaufgaben in den Jahren 1950–1952. Eine Vielzahl von Rechtsnormen, insbesondere die Verordnung des Ministerrats über das Archivwesen in der Deutschen Demokratischen Republik vom 13. Juli 1950 bildete die Grundlage für den zügigen Aufbau eines einheitlich organisierten und zentral gelenkten staatlichen Archivwesens. Die Mehrzahl der damals begründeten Archivtypen besteht bis in die Gegenwart weiter. Für Potsdam, das u. a. auch eine Stadt der Archive ist, können hier beispielhaft genannt werden das Zentrale Staatsarchiv und das Staatsarchiv, das Stadt- und Kreisarchiv, Betriebs- und Verwaltungsarchive und Archive wissenschaftlicher Einrichtungen. Schon daran zeigt sich die umfassende Bereitstellung historischer Quellen durch die Organisation des Archivwesens für vielseitige Forschungen.

Die Auswertung des Archivgutes für vielfältige staatliche und gesellschaftliche Zwecke, vor allem für die aktuellen Fragestellungen der sich entwickelnden marxistisch-leninistischen Geschichtsforschung in der DDR, war für Dr. Otto Korfes als letztlcher Endzweck jeder archivarischen Tätigkeit ein ständiges Anliegen. Dabei engagierte er sich persönlich sehr stark für die Erforschung geschichtlicher Erfahrungen und Ursachen, die zur Herrschaft des Faschismus in Deutschland und zur Niederlage von 1945 geführt haben. Die Entlarvung des deutschen Imperialismus und seines faschistischen Stadiums mußte seiner Auffassung nach einher gehen mit der Erforschung der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, der die Zukunft des deutschen Volkes bestimmenden Klasse und der Geschichte der deutsch-sowjetischen Beziehungen. Hier traf er sich, auch in persönlichen Kontakten, mit

Prof. Dr. Leo Stern, Prof. Dr. Eduard Winter und sowjetischen Historikern. 1952 folgte Otto Korfes dem Ruf der bewaffneten Organe und war als Generalmajor der Kasernierten Volkspolizei bis 1956 vor allem auch auf militärhistorischem Gebiet tätig. Die Militärgeschichte war naturgemäß eines seiner speziellen Arbeitsgebiete auch als Wissenschaftler. Beispielhaft hervorzuheben ist die gemeinsam mit Prof. Dr. Ernst Engelberg verfaßte Einführung in das bekannte Werk von Clausewitz, Vom Kriege.

Neben der beruflichen und wissenschaftlichen Arbeit stand seine hohe und vielseitige gesellschaftliche Aktivität, die ihm gerade auf Grund seiner persönlichen Erfahrungen und Einsichten zu einer inneren Notwendigkeit geworden war.

Als Mitglied der National-Demokratischen Partei Deutschlands und auch des Zentralvorstandes der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft wirkte er engagiert für die politische Erneuerung des deutschen Volkes und für den Ausbau freundschaftlicher Beziehungen zur Sowjetunion, in der er die entscheidende Wende seines Lebens vollzogen hatte. Seine Tätigkeit im Nationalrat und vor allem als Vorsitzender des Bezirksausschusses Potsdam der Nationalen Front sowie als Abgeordneter des Bezirkstages Potsdam führte ihn mitten hinein in Zentren sozialistischer Demokratie, in denen er seine Fähigkeiten, sein umfassendes Wissen und seine ganze Lebenserfahrung zur Geltung bringen konnte. Das gemeinsame Handeln aller demokratischen Kräfte im Kampf um Frieden und Sozialismus war ihm ein echtes Anliegen. Im Jahre 1958 übernahm er auch den Vorsitz in der neuen Arbeitsgemeinschaft ehemaliger Offiziere, deren Wirken sich in dem seit 1958 herausgegebenen Mitteilungsblatt eindrucksvoll widerspiegelt.

Die Vielzahl der Aufgaben und Verpflichtungen füllte ihn ganz aus und verlangte seinen vollen Einsatz, trotz des eingeschränkten Gesundheitszustandes. Seine Leistungen haben wiederholt hohe Anerkennung gefunden. Die Vorgesehene Verleihung des Professorentitel zu seinem 75. Geburtstag konnte nicht mehr erfolgen, da er kurz vorher, am 24. August 1964 starb.

Damit erfüllte sich ein reiches und bewegtes Leben, das eng mit Potsdam und dem unterschiedlichen Charakter dieser Stadt vor und nach 1945 verbunden ist. Wer Otto Korfes noch persönlich gekannt hat, erinnert sich gern an seine beeindruckende und zugleich schlichte Persönlichkeit. Seine Lebensleistung hat eine historische Bedeutung erreicht und „sein Name bleibt für immer mit der Schaffung und den Erfolgen der Deutschen Demokratischen Republik verbunden.“¹⁷⁾

1 Zentrales Staatsarchiv Potsdam (ZStA Potsdam), Nachlaß Otto Korfes, Tagebuch 1907-1908. - Vgl. zu seinem Entwicklungsweg die Darstellung von S. Wegner-Korfes, Zur Biographie von Otto Korfes, in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft 1982, H. 1, S. 51 ff.

2 O. Korfes an seine Tochter Sigrid, 16. 1. 1952

- 3 O. Korfes, Väter und Söhne, in: Mitteilungsblatt der Arbeitsgemeinschaft ehemaliger Offiziere, 1962, H. 9. S. 5.
- 4 ZStA Potsdam, Nachlaß Otto Korfes, Manuskript eines Vortrages vor sowjetischen Militärangehörigen in Potsdam: Gedanken eines ehemaligen Generals der deutschen Wehrmacht zum Kriege des Faschismus gegen die Sowjetunion, S. 3 (2. Hälfte 1961)
- 5 Ebenda, S. 4
- 6 Vgl. Ebenda, S. 5
- 7 O. Korfes, Antikommunismus und politische Einsicht, in: Freiheit, 2. 5. 1962, S. 3
- 8 ZStA Potsdam, Nachlaß Otto Korfes, Rede über den Sender „Freies Deutschland“ vom 14. 1. 1944 zum Thema: Die Unentschlossenheit. – Nur aus Erkennen wächst die Tat. S. 1 f.
- 9 O. Korfes, Die große Zäsur. Gedanken zum 20. Jahrestag der Stalingrader Schlacht, in: DDR in Wort und Bild, 1963, H. 2, S. 17
- 10 Ders., Mein Weg zur Deutschen Demokratischen Republik, in: Berliner Zeitung, 8. 4. 1962, S. 2; vgl. W. I. Tschuikow, Anfang des Weges, Berlin 1962, S. 315.
- 11 O. Korfes, Der Sieg des neuen Denkens, in: Leipziger Volkszeitung, 12. 6. 1961.
- 12 Ders., Zum Kampf des Nationalkomitees „Freies Deutschland“, in: Zur Geschichte der deutschen antifaschistischen Widerstandsbewegung 1933–1945, Berlin 1958, S. 237
- 13 Ders., Stalingrad – die große Wende, in: Deutscher Dienst, Nr. 3, 1958, S. 3
- 14 Ders., Der Sieg des neuen Denkens, a. a. O.
- 15 Ebenda
- 16 Otto Korfes, Unsere Aufgaben, in: Archivmitteilungen (1951) 1, S. 1
- 17 Schreiben des Ersten Sekretärs des ZK der SED und Vorsitzenden des Staatsrates, Walter Ulbricht, an Frau Korfes vom 26. August 1964, in: Mitteilungsblatt a. a. O., S. 10

Die sozialistische Umgestaltung des Havelländischen Obstanbaugebietes

Von Rüdiger Beetz

Anfang 1960 war im Bezirk Potsdam die durchgehende Vergenossenschaftlichung in der Landwirtschaft durchgesetzt worden. Nicht so im Havelländischen Obstanbaugebiet (im folgenden HOG). Hier erwies sich die sozialistische Umgestaltung als besonders schwierig. Die Entwicklung der Produktivkräfte war im Obstbau vergleichsweise zurückgeblieben, die Produktion war äußerst zersplittert, und der imperialistische Gegner hatte einen sehr starken Einfluß. Die sozialistische Entwicklung des HOG erbrachte – 1956 begonnen – erst ab 1960 entscheidende Fortschritte und konnte dann in relativ kurzer Zeit zum Siege geführt werden, im wesentlichen bis Anfang 1963. Das wurde erreicht durch eine Konzentration der gesamten Bezirksparteiorganisation der SED auf die Durchsetzung des Sozialismus im Obstbau an der Havel.

Der Entwicklungsstand der Obstproduktion im Havelland vor der Umgestaltung

Zu Beginn der 60er Jahre war das Bild des Obstanbaugebietes um Potsdam und Werder noch ein völlig anderes als etwa heute. Damals beruhte der Obstbau an der Havel auf kleinen Familienbetrieben und war somit äußerst zersplittert. Es wurde noch fast alles mit der Hand, mit der Schuffel „auf barbarische Weise intensiv“¹⁾ bearbeitet. So betragen die Selbstkosten für 1 dz Obst 1958 im HOG 40,00 DM bei individueller Wirtschaft, im sozialistischen Großbetrieb mit Maschineneinsatz hingegen 12,00 bis 15,00 DM.²⁾ In den Zwergbetrieben war ein Maschineneinsatz praktisch unmöglich. Dabei ist zu beachten, daß die Entwicklung der Produktivkräfte im Obstbau insgesamt bei weitem noch nicht so weit fortgeschritten war wie etwa in der landwirtschaftlichen Feldwirtschaft. Maschineneinsatz war bis dahin nur möglich beim Hacken, Spritzen, Stäuben, Düngen und bei Pflegearbeiten, und auch dabei ist dies mit heute üblichen Methoden nicht zu vergleichen. Im Prinzip gab es anfangs nur Traktoren, und auch die mußten größtenteils teuer importiert werden.

Insgesamt waren hier keinerlei Voraussetzungen gegeben, die von der 8. Tagung des SED Zentralkomitees im Frühjahr 1960 geforderten 50% Ertragssteigerung und die Umgestaltung in einen Produktionsgürtel zur Versorgung des Industriezentrums Berlin und der bezirklichen Industriezentren zu sichern.³⁾

Dazu trug auch bei, daß die politische Massenarbeit der SED hier auf besondere Schwierigkeiten stieß, die dieses Gebiet 1960 zu einem politischen Schwerpunkt werden ließen. Das hatte Ursachen, die vor allem historisch bedingt waren. Einmal wirkte vielerorts nach, daß in der Zeit der Weimarer Republik vor allem im Gebiet um Glindow sog. Zwölfender – aus der Reichswehr entlassene längerdienende Soldaten – angesiedelt worden waren. Zum anderen hatten die Obstbauern traditionell gute Handelsbeziehungen zu Berlin, dessen Obst- und Gemüseversorgung schon jahrzehntelang ihre Aufgabe war. Das betraf wegen der günstigen Verkehrswege vor allem den Westteil Berlins. Die westlichen Manipulationen mit unserer Währung ließen diesen Handelsweg noch verlockender erscheinen, so daß ein großer Teil der Erzeugnisse für die Versorgung der DDR-Bevölkerung verloren ging. Das bedeutete aber auch, daß viele Obstbauern günstige Bedingungen für ihren Warenabsatz hatten und in keiner Weise vor der Notwendigkeit standen, genossenschaftlich zu arbeiten, denn die objektiven Bedingungen für eine solche Entwicklung traten für sie – durch die offene Grenze und den manipulierten Wechselkurs begünstigt – in den Hintergrund. Hier wird schon ein weiterer hemmender Einfluß deutlich: Über diese Beziehungen zu Westberlin und durch die geographische Lage der Kreise, die das HOG erfaßt, hatte der Gegner hier außerordentlich günstige Einflußmöglichkeiten, die er auch nach Kräften nutzte. So wurde am Bodensee eine Siedlung Neu-Glindow angelegt, in der republikflüchtige Glindower Obstgärtner angesiedelt werden sollten oder man benutzte die Westkonten vieler Obstbauern, um sie damit zu erpressen und zum Verlassen der DDR zu zwingen.⁴⁾ Das größte Hemmnis aber war die sehr starke Zersplitterung der Produktion, wie die folgende Statistik für die Mitte der 50er Jahre zeigt:⁵⁾

Größengruppen (ha)	Anzahl der Betriebe	Anteil in %	Gesamtfläche (ha)	Anteil in %
0,07–0,10	224	4,5	19	0,5
0,10–0,20	526	10,6	82	2,2
0,20–0,50	1524	30,8	557	13,6
0,50–1,00	1321	26,7	975	24,2
über 1,00	1355	27,4	2394	59,5
	4950	100,0	4027	100,0

Die Durchschnittsgröße der Obstbaubetriebe betrug z. B. in Glindow 1,57 ha, in Werder 2,02 und in Caputh 0,98 ha.⁶⁾

Diese Schwierigkeiten waren also viel gravierender als etwa in der Landwirtschaft. Hier mußte es viel schwieriger sein, große Flächen zu schaffen, um auch moderne Technik einsetzen zu können; auch konnten die Flächen nicht so ohne weiteres zusammengelegt werden.

Der Beginn der genossenschaftlichen Arbeit in der gärtnerischen Produktion

Seit März 1956 arbeitete die SED an der Schaffung von Gärtnerischen Produktionsgenossenschaften (GPG) im Havelland. Grundlage für eine systematische Arbeit wurde das „Programm zur sozialistischen Umgestaltung des Obstbaues und der Steigerung der Erträge im Obst- und Gemüsebau des Kreises Potsdam“, das die Kreisdelegiertenkonferenz der SED am 27. April



In der LPG Bochow, Kreis Potsdam-Land, galt es, eine Obstplantage anzulegen. Jungen und Mädchen pflanzten an einem Tag unter fachmännischer Anleitung 1500 Obstbäume. Die Kosten für die Bäume, 5600 DM, wurden von den FDJ-Grundeinheiten und den Jungen Pionieren des Bezirkes aufgebracht.

Mit Musik und Gesang zogen die Jugendfreunde aus Potsdam und anderen Städten und Dörfern hinaus. An ihrer Spitze der 1. Sekretär der Bezirksleitung der FDJ, Genosse Fred Müller, und der 1. Sekretär der SED-Kreisleitung Potsdam-Land, Genosse Franz Rentmeister.

Bild und Text dieses Dokumentes sind der Illustrierten Zeitschrift „Unser Obstgarten im Havelland“ entnommen, die der Bezirksausschuß der Nationalen Front 1959 herausgab

1958 verabschiedete. Schnelle Erfolge konnten aber zunächst nicht erzielt werden, nicht zuletzt wegen der massiven Einflußnahme des Gegners, aber auch, weil sich die Kräfte der Partei und der Staatsorgane zunächst vorrangig auf die Vergenossenschaftlichung in der Landwirtschaft, auf die LPG konzentrierten, was von deren ökonomischer Bedeutung her völlig gerechtfertigt und notwendig war.

Zur Schaffung der materiell-technischen Basis für eine Großproduktion wurde 1958 in Glindow eine Spezial-MTS für den Obstbau geschaffen, der sich besonders die FDJ annahm. Damit war nicht nur ein Maschinenpark in den Anfängen da, sondern auch ein Stützpunkt der Arbeiterklasse, mit dem der gesamte Prozeß geführt werden konnte. Die Einsatzmöglichkeiten der Maschinen waren aber noch im März 1960 sehr beschränkt, denn es gab zu diesem Zeitpunkt (als die Landwirtschaft vollgenossenschaftlich war) im HOG erst 20 GPG.⁷⁾ Es war auch ersichtlich, daß es nicht möglich sein würde, durchgehende sozialistische Produktionsverhältnisse schnell zu verwirklichen. Dem standen noch zu viele ideologische Vorbehalte der meisten Obstbauern entgegen, zum Beispiel das Argument von der angeblichen Obstbaumüdigkeit des Havellandes, d. h., daß die neugepflanzten Bäume kaum noch wachsen könnten aufgrund wachstumshemmender Wurzelabscheidungen. Das war aber falsch, da gerade durch die Sandböden und die Zusatzbewässerung eine ständige Auswaschung gegeben war. Die „Müdigkeit“ rührte von einem akuten Humusmangel her. Den zu beheben waren gute Möglichkeiten vorhanden. Anstatt des Stalldung aus den Potsdamer Kavalleriekasernen von einst, konnte man jetzt übergehen zur Nutzung von Schweinemist, zur Kompostierung der Sommerabfälle in Verbindung mit Stalldung, zur Nutzung von Torfmull, Seeschlick u. a. organischer Substanzen.⁸⁾

Das Politbüro des ZK der SED bildete für die sozialistische Umgestaltung des Obstbaus einen Operativstab, der am 6. 5. 1960 neue Festlegungen für eine wirksamere massenpolitische Arbeit traf,⁹⁾ die dann auch im Verlaufe der nächsten Zeit erste Erfolge erbrachten. Danach kam es vor allem darauf an, den Obstbauern eine klare Perspektive zu zeigen – besonders durch die schon vorhandenen Genossenschaften – und kadermäßige Voraussetzungen zu schaffen, die einen Erfolg garantierten. Dazu kamen Fachkräfte auch aus anderen Bezirken ins HOG. Desweiteren wurde eine Arbeitsgruppe aus Genossen des Zentralkomitees, wissenschaftlichen Mitarbeitern und erfahrenen Obstbauern gebildet, die sofort Musterstatuten, ein Kaderprogramm, wichtige Sofortmaßnahmen und Verbesserungen der ideologischen, kulturellen und staatlichen Leitungsarbeit ausarbeiten sollte.¹⁰⁾ Die leitenden Genossen des Bezirkes Potsdam nutzten zudem viele Möglichkeiten, um über die Presse oder direkt mit den Bauern ins Gespräch zu kommen.¹¹⁾ Erreicht wurde, daß bis zum 25. 4. 1960 im Bezirk 67 GPG bestanden, 33 davon im

Kreis Potsdam-Land.¹²⁾ Die Gemeinde Geltow war sogar schon vollgenossenschaftlich und konnte bis Mitte Juni als Beispiel schon Technik von der MTS übernehmen.¹³⁾

Von großer politischer Bedeutung war das von den Bezirksparteifunktionären mit ausgearbeitete, von den Obstbauern breit diskutierte und von der DDR-Regierung bestätigte Musterstatut nach dem Vorbild aus der Landwirtschaft. Weiterhin wurde durch Diskussionen mit dem Genossen Kurt Seibt, 1. Sekretär der SED-Bezirksleitung Potsdam, und durch einen Offenen Brief des Vorsitzenden des Rates des Bezirkes, Genossen Herbert Rutschke, an die Obstbauern vom 13. Mai 1960¹⁴⁾ eine verbreitete Unsicherheit unter den Werktätigen beseitigt und eine Basis für Vertrauen geschaffen. Dabei ging es um die Garantie einer individuellen Hauswirtschaft und eines Monatsmindesteinkommens von 600,00 DM. Diskutiert wurde auch um das neue Musterstatut (das mit dem Typ I der LPG vergleichbar ist), das eine große individuelle Wirtschaft vorsah.

Trotzdem waren zunächst kaum große Fortschritte zu erkennen, denn noch war mit vielen hemmenden oder feindlichen Einflüssen zu kämpfen. Gegnerische Elemente versuchten, die bestehenden Genossenschaften durch Austritte von Mitgliedern zu schwächen. In vielen Fällen machten die Obstbauern nach gründlicher Aussprache einen solchen Schritt wieder rückgängig. Es war aber nicht zu übersehen, daß sich gegnerische Aktivitäten mehrten. Starke Austrittsbewegungen gab es in Werder, Glindow, Ferch und Bliesendorf; im letzteren Ort verließen an einem Tag 46 Personen die Genossenschaft. In Göhlsdorf verhinderte der Pfarrer lange Zeit jede Aussprache, indem er immer zur gleichen Zeit eine Versammlung der Männer ansetzte.¹⁵⁾ Ebenso gab es in Glindow keine Bereitschaft zu Aussprachen und so auch keine GPG.¹⁶⁾ Deshalb wurde im Juli ein politischer Kampfstab für das HOG unter der Führung des 1. Kreissekretärs der SED von Potsdam-Land, Genossen Franz Rentmeister, gebildet, und ab 4. 7. arbeitete eine Gruppe von 30 Genossen aus bezirklichen Institutionen für längere Zeit in diesem Gebiet. Bald war deutlich zu sehen, welchen Wert ein starker Parteieinfluß hatte, denn in GPG, die eine Parteiorganisation der SED hatten, gab es keine Austritte.

Im Sommer konnten dann die ersten wesentlichen Fortschritte erreicht werden. Bis Mitte August wurden (seit Anfang Juli) 134 Obstbauern neu für die Genossenschaften gewonnen und 8 neue GPG gegründet: 2 in Ferch, 4 in Werder, je eine in Bliesendorf und Göhlsdorf. Damit waren vor allem in den beiden letztgenannten Orten feindliche Einflüsse zurückgedrängt worden. Mitte August bestanden 13 GPG Typ III (davon 8 mit SED-Parteiorganisation) und 11 GPG Typ I (eine mit SED-Parteiorganisation.)¹⁷⁾ Allein, von einem generellen Aufschwung konnte dabei noch nicht gesprochen werden. Noch gab es starke Austrittsbewegungen und auch Republik-

fluchten von Obstbauern. In vielen Genossenschaften gab es zudem große Schwierigkeiten bei der Organisierung der Gemeinschaftsarbeit, was aber bei den objektiven ökonomischen und natürlichen Gegebenheiten nicht unnormal war, denn ein Wandel der Arbeitsweise war hier langwieriger als in der Landwirtschaft.

Durch einen erneuten Einsatz von 84 Agitatoren bis Ende August kam es zu Versammlungen mit den Obstbauern in vielen Orten, so in Glindow, Ferch, Werder und Caputh sowie zu einer Ortsparteiaktivtagung in Werder. Dabei gingen die Partei- und Staatsorgane auf manchen berechtigten kritischen Hinweis der Werktätigen ein und organisierte vor allem den schnellen und möglichst verlustlosen Aufkauf der Rekordernte 1960, nachdem es dabei ernste Schwierigkeiten gegeben hatte.¹⁸⁾

Ende September standen noch ca. 1400 Obstbauern abseits, etwa 1100 gehörten einer GPG an.¹⁹⁾ Hinzu kamen noch Obstbauern in allen Gemeinden des HOG, die Mitglied einer LPG waren. Damit waren seit dem Frühjahr 1960 schon 29 GPG gebildet worden, so daß es jetzt in jeder Obstbaugemeinde mindestens eine Genossenschaft gab.²⁰⁾ Diese Erfolge wurden errungen gegen alte, überkommene und überholte Denkgewohnheiten, aber auch gegen einen z. T. organisierten Widerstand. Das zeigte sich z. B. in Göhlsdorf, wo zunächst 20, dann 30–40 Genossen wochenlang kämpften, ehe sie eine GPG mit 8 Mitgliedern gründen konnten.²¹⁾ Und nicht nur der Widerstand war organisiert und geschürt nach dem Motto feindlicher Massenmedien, die den Obstbauern suggerierten, der Typ I sei nur ein Köder – in Kürze würde sowieso alles Typ III, auch die Republikfluchten waren organisiert, denn sie traten in einigen Orten konzentriert auf, in anderen – z. B. in Ferch – gar nicht. Hingegen hatte die sozialistische Presse einen geringen Einfluß: z. B. kamen in Caputh auf 14 Einwohner 1 „Märkische Volksstimme“ und auf 36 ein „Neues Deutschland“, in Glindow auf 30 Einwohner eine „MV“ und auf 35 ein „ND“.²²⁾ Folglich mußte sehr stark mit anderen Agitationsmitteln gearbeitet werden, von der Zeitung „Havelländischer Obstbau“ bis zu Lautsprecherwagen und Vorspannfilmen in den Kinos. Auch war der Einfluß politischer Parteien und Organisationen sehr gering: Von den 29 715 Einwohnern des MTS-Bereichs Glindow waren 2,4 % Mitglied der SED, dabei waren es zudem meist ältere Genossen, deren Durchschnittsalter beispielsweise in Werder 57,3 Jahre betrug, in Bliensdorf 58,5 Jahre. 55 % aller Einwohner waren Mitglied der VdgB und von den 16 500 Frauen waren nur 7,1 % Mitglied des DFD. In nur 8 GPG von den 35 bestanden Grundorganisationen der SED. Das HOG mußte also besonders kadermäßig wesentlich gestärkt werden. Bis zum Oktober 1960 wurden 30 Genossen dort neu angesiedelt. Sie übernahmen Höfe von republikflüchtigen Bauern und stärkten damit die Genossenschaften. Darüber hinaus organisierte die SED im Sommer wichtige Bündnishilfe. Mit-

glieder der FDJ, Angehörige der NVA und der Bereitschaftspolizei sowie Schüler leisteten fast 20 000 Stunden Arbeitseinsätze zur Einbringung der sehr reichen Obsternte 1960.²³⁾ Das war für die GPG eine sehr wertvolle Hilfe und ein Beitrag zu deren Festigung.

„Der Apfel ist reif“ – die Orientierung auf die sozialistische Umgestaltung

Am 20. 5. 1960 hatte in Werder eine Konferenz des Ministeriums für Landwirtschaft, Erfassung und Forstwirtschaft wichtige Beschlüsse gefaßt über eine weitreichende, systematische Hilfe für das Obstanbaugebiet. Darauf beschloß der Rat des Bezirkes Potsdam am 8. 8. 1960 ein Sofortprogramm politischer und ökonomischer Maßnahmen für das HOG. Dazu zählte die weitere Ausstattung der MTS Glindow mit Spezialmaschinen und Spezialagronomen. Statt der bis dahin geplanten 60 ha wurden im Herbst 90 ha Gewächshausanlagen neu installiert, wurden 134 ha Erdbeeren neu gepflanzt, wobei erstmals eine neuentwickelte Pflanzmaschine des Instituts für Obstbau Marquardt (Kreis Potsdam-Land) zum Einsatz kam.²⁴⁾ Der zweifellos wichtigste Beschluß dieses Sofortprogramms war aber die Bildung einer Zentralen Arbeitsgemeinschaft „Havelländischer Obstbau“ mit ihren 11 Arbeitsgruppen, in denen 88 Wissenschaftler und Praktiker wirkten. Schwerpunkte für deren Tätigkeit waren ökonomische Probleme, der Obstbau einschließlich Baumschule und Standortkartierung, Gemüse- und Zierpflanzenbau, Nebenbetriebszweige, Pflanzenschutz, Technik, Be- und Entwässerung, Humusversorgung, Baumaßnahmen, Marktbeschickung, Verarbeitung, Handel, sowie Schulung bzw. Qualifizierung. Das Leitungskollektiv konstituierte sich aus Vertretern der SED-Bezirksleitung und Kreisleitung, des zuständigen Ministeriums, des Rates des Bezirkes, der Räte des Kreises und der Gemeinden, aus Wissenschaftlern des Institutes für Obst- und Gemüsebau der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg, der Arbeitsgemeinschaft Obstbau des Instituts für Sonderkulturen der Karl-Marx-Universität Leipzig und der Fachschule für Obstbau Werder; die wissenschaftliche Anleitung lag in den Händen des Direktors des Instituts für Obstbau der Humboldt-Universität in Marquardt, Prof. Dr. H. Krümmel.²⁵⁾ Mit diesem Sofortprogramm wurde Entscheidendes zur Entwicklung der neuen sozialistischen Produktionsverhältnisse getan und der Fortschritt der Produktivkräfte wesentlich stimuliert, eben besonders durch die Heranziehung von Wissenschaftlern, die nun hier ein breites, lohnendes Betätigungsfeld fanden.

Der Apfel ist reif!

Zu dieser Erkenntnis kommen immer mehr Obstbauern.

Sie meinen damit, daß es auch im Obstbau höchste Zeit ist, mit der sozialistischen Großproduktion zu beginnen.

Immer deutlicher wird sichtbar, daß der Vormarsch des Sozialismus unaufhaltsam ist, weil der Sozialismus der kapitalistischen Gesellschaftsordnung weit überlegen ist.

Welcher Obstbauer kann uninteressiert bleiben, wenn er sich überlegt, wie in gemeinsamer Arbeit große moderne Obstanlagen und Gewächshauskomplexe geschaffen werden können, in denen durch seine Erfahrungen und seinen Fleiß, vereint mit dem Einsatz moderner Technik und Wissenschaft, die Arbeit erleichtert wird?

Und eines wird immer klarer:

Durch die gemeinschaftliche Arbeit entwickeln sich neue Beziehungen der Menschen zueinander. Diese Beziehungen bestehen darin, daß der Erfahrene seine Erfahrungen allen anderen mitteilt und die gemeinschaftlichen Interessen im Mittelpunkt stehen. Wenn jeder einzelne seine ganze Kraft für die gemeinsamen Interessen einsetzt, dann wird unsere Bevölkerung ein Leben in Glück und Wohlstand führen, wie es in Deutschland noch nie erreicht wurde.

Nur die sozialistische Gesellschaftsordnung ist Grundlage für ein Leben in sozialer Geborgenheit, in Glück und Frieden. Deshalb ist das Bekenntnis zum Sozialismus ein Bekenntnis für den Frieden.

In eine Produktionsgenossenschaft eintreten heißt deshalb, den westdeutschen Militaristen die Tür weisen, die unser Volk schon zweimal ins Verderben gestürzt haben und heute schon wieder zum Kriege hetzen.

Wie kann der sozialistische Weg im Obstbau beschritten werden?

Auch im Obstbau gibt es, ähnlich wie in der Landwirtschaft, eine einfache Form der genossenschaftlichen Bewirtschaftung (Typ I) und die höchste Form der genossenschaftlichen Bewirtschaftung (Typ III).

Auf welcher Grundlage wird im Typ I gewirtschaftet?

Dies ist gewissermaßen der erste Schritt zur sozialistischen Produktion im Obstbau.

Die genossenschaftliche Produktion beginnt hier auf Flächen (Eigentum oder Pachtland),

die von Genossenschaftsmitgliedern in die Genossenschaft eingebracht werden,

auf Flächen, die der Genossenschaft vom Staat zur kostenlosen Nutzung übergeben wurden,

auf sonstigem Boden, der zur Nutzung in die genossenschaftliche Produktion übernommen wird (zum Beispiel Austauschflächen).

Bei allen Hemmnissen, die zunächst natürlich zu beseitigen waren, so stellte dieses Programm einen wichtigen Schritt zur Entwicklung des HOG dar. Zur unmittelbaren Unterstützung der Obstbauern wurden neue Handels-, Absatz- und Verarbeitungseinrichtungen geschaffen.

Als außerordentlich massenwirksam erwies sich die von der SED-Bezirksleitung beschlossene „Woche des Havelobstbaugebietes“, die vom 28. 11. bis 4. 12. 1960 durchgeführt wurde. Alle Veranstaltungen, Tagungen, Kundgebungen, Vorträge und Foren, hatten das Ziel, die Werktätigen mit den Vorzügen der sozialistischen Großproduktion vertraut zu machen. Anschaulich erläuterten dabei auch ausländische Delegationen ihre eigenen praktischen Erfahrungen. Besondere Hilfe leisteten dabei die Fachkollegen aus der Moldauischen SSR, zu denen bis heute ständige Verbindungen bestehen. Ende 1960 konnte mit gutem Grund von einem Umschwung gesprochen werden. Durch einen konzentrierten Einsatz der Kräfte der SED, der anderen Parteien und Massenorganisationen, des Staates wurden in dieser relativ kurzen Zeit wichtige Erfolge erzielt, die es galt, in den folgenden Jahren auszubauen und unumkehrbar zu machen. Diesem Ziel vor allem diente auch die „Woche des Havelländischen Obstbaus“, die vom 25. 2. bis 4. 3. 1961 in Werder stattfand. Die SED-Kreisleitung Potsdam-Land und die verantwortlichen Staatsorgane hatten ein Programm mit 40 fachlichen Veranstaltungen zum Thema Obstbau und viele gesellige Veranstaltungen organisiert, die schließlich von ca. 3500 Obstbauern besucht wurden.²⁶⁾ Das Programm war äußerst vielfältig. Es reichte von Unterhaltungs- und populärwissenschaftlichen Filmen über wissenschaftliche Vorträge anerkannter Experten bis zu Exkursionen in Betriebe und Einrichtungen, die auf dem Gebiet des Obst- und Gemüseanbaus beispielhafte Leistungen vollbracht hatten, wie z. B. die GPG Nauen, die Institute in Groß-Beeren und Marquardt oder die GPG Neu Fahrland (Kr. Potsdam-Land). Die wissenschaftlichen Vorträge beschäftigten sich mit wichtigen Fragen des HOG, wie z. B. der Humusversorgung, des Zierpflanzenbaus, des modernen Pflanzenschutzes, der Hebung der Bodenfruchtbarkeit, der Nutzung von Gewächs- und Treibhäusern, mit Vermarktungsproblemen u. a. m.²⁷⁾ Der Schwerpunkt lag eindeutig – wie der Aufruf der SED-Kreisleitung Potsdam-Land zu dieser Woche²⁸⁾ betonte – auf dem Erfahrungsaustausch und der Beratung von Problemen mit Wissenschaftlern und Praktikern. Dabei wurde deutlich gemacht, daß die Probleme des Havellandes im Obstanbau nur durch die Genossenschaften lösbar sind, denn beispielsweise würde kein einzelner Obstbauer in der Lage sein, die dringenden Rekultivierungsarbeiten größerer Flächen zu bewältigen oder die Neuerschließung von Anbauflächen, die Bodenverbesserung, nicht zu reden von der Lösung der Be- und Entwässerung in komplexer Art.

Die „Woche des Havelländischen Obstbaus“ war aber auch durch bedeutende praktische Ereignisse gekennzeichnet. So wurde zu ihrem Auftakt erstmalig MTS-Technik aus Glindow an einige GPG übergeben. Als erste erhielt die GPG „Aufstieg“ Geltow (Kr. Potsdam-Land) durch den 1. Sekretär der SED-Bezirksleitung, Kurt Seibt, einen modernen Schlepper mit Anbaugeräten leihweise überreicht.²⁹⁾ Am 2. 3. legte Minister Hans Reichelt den Grundstein für den 2. Bauabschnitt der Gewächshausanlage der GPG Caputh. Am letzten Tag dieser Woche wurden die besten Betriebe ausgezeichnet: Die Wanderfahne des Landwirtschaftsministeriums erhielt die GPG Nauen; die Wanderfahne der VE-Gärtnereien errang die VE-Gärtnerei Werder.³⁰⁾ Ein weiteres wichtiges Ereignis dieser Woche war die Aktivierung der Dorfklubs und die Durchführung von Kultur- und Sportveranstaltungen unter ihrer Mitwirkung.

Insgesamt konnte im I. Halbjahr 1961 eine wesentliche Festigung der GPG erreicht werden. Das gelang vor allem dadurch, daß nun schon 13 Genossenschaften mit einer SED-Grundorganisation arbeiteten, in 11 von den 23 GPG Typ III und in 2 der 14 GPG Typ I. Zur Festigung der Genossenschaften (und der außerdem in diesem Gebiet existierenden 14 LPG-Gartenbaubrigaden) trug auch bei, daß sich viele Obst- und Gemüseproduzenten im Winter hatten qualifizieren können, allein 15 % der GPG-Mitglieder. Es war auch geschafft worden, daß verlassene Obstanlagen wieder in Ordnung gebracht wurden. Vertrauen gewann die Partei und der sozialistische Staat ebenfalls durch die konsequente Verwirklichung des o. g. Sofortprogrammes des Rates des Bezirkes. Es waren z. B. neue jugoslawische Traktoren für den Obstbau erworben worden, erfahrene Kader aus der gesamten Republik halfen im HOG, VEG-Kader und Spezialisten engagierten sich für die Umgestaltung des Havellandes, neue Wasserleitungen waren gelegt worden u. a. m. Ein deutliches Zeichen für die Erfolge der Partei war in diesem Zusammenhang, daß es gelang, seit Herbst 1960 die Republikfluchten einzudämmen.³¹⁾

Die Durchsetzung einer guten genossenschaftlichen Arbeit in den GPG

Die SED legte 1961 allgemein nicht das Schwergewicht auf die Neuwerbung von Obstbauern für die GPG, sondern auf die Konsolidierung der Betriebe (in diesem Jahr wurden nur 2 Genossenschaften neu gegründet)³²⁾. Im Mittelpunkt stand der Ausbau der Produktionsbasis der GPG. Waren schon 1960 3,5 ha zur Produktion von Treibhausgemüse verglast worden, 100 ha Obstanlagen neu bewirtschaftet und 55 ha rekultiviert worden, so plante man für 1961 150 ha Neupflanzungen und 120 ha Rekultivierung. Außerdem erhielt

die MTS Glindow 80 Schlepper des Typs ITM 150 und Pflanzmaschinen. Durch Direktverträge sicherten die GPG die Versorgung der Hauptstadt Berlin. In Anlehnung an die Erfahrungen aus der Landwirtschaft wurden Konsultationspunkte eingerichtet: In der GPG Neu Fahrland für Obstbau, in der GPG Geltow für den Gemüseanbau und in der GPG Glindow. Die Genossenschaften konnten auch gute Einnahmen erzielen: Das Durchschnittseinkommen pro Mitglied betrug 1960 6448,00 DM, was einem AE-Wert von durchschnittlich 15,17 DM entspricht.³³⁾ 50 % aller GPG-Mitglieder waren Mitte 1961 als Meister oder Facharbeiter qualifiziert (vor allem durch die Dorfakademien).

Somit war eine solide Basis geschaffen, die es erlaubte, nun von Seiten der SED auf die schrittweise Übergabe der MTS-Technik an die GPG zu orientieren, auf die Vereinigung der beiden Hauptproduktionsmittel, Boden und Technik in einer Hand. Die erwähnte sozialistische Arbeitsgemeinschaft ging schon erste Schritte zur Großproduktion und bereitete die Einrichtung eines agrarwissenschaftlichen Stützpunkts, gemeinsam mit dem Institut für Obstbau Marquardt, vor. Die Jugend nahm stärker aktiv an der Umgestaltung teil; eine Jugendbrigade in Geltow übernahm z. B. den Gewächshauskomplex in Eigenverantwortung. Durch die beschriebene Intensivierung der Parteiarbeit konnten auch Republikfluchten bis dahin fast völlig verhindert werden. Mängel gab es noch im Erfahrungsaustausch der GPG verschiedenen Typs untereinander und in der Zusammenarbeit mit BHG und VdGB.

Große Hilfe erhielten die Obstbauern 1961 wiederum in der Zeit der Ernte. Beispielhaft beteiligten sich viele Jugendliche des Stadt- und Landkreises Potsdam, die einem Aufruf des Rates des Kreises, der Nationalen Front sowie der beiden FDJ-Kreisleitungen folgten. Darunter waren Oberschüler aus Beelitz ebenso wie Studenten der damaligen Arbeiter-und-Bauern-Fakultät der Pädagogischen Hochschule Potsdam und der Schule für Außenhandel in Plessow bei Werder.³⁴⁾ Mit großer Begeisterung halfen auch sowjetische Pioniere und Komsomolzen, die vielversprechende Ernte der GPG „V. Parteitag“ Glindow zu bergen.³⁵⁾

In der Zeit um den 13. August 1961 bewies sich die Stärke und Festigkeit des Sozialismus auch im Havelland. Die aufs Äußerste verstärkte Hetze des Gegners gegen die DDR und die sozialistische Landwirtschaft – vor allem von Westberlin aus – konnte die Masse der Obstbauern nicht mehr zum Umkehren bewegen. Auch die angestrebte Aufweichung der GPG von innen gelang den feindlichen Elementen nicht, lediglich 100 Genossenschaftsgärtner ließen sich zu Austrittserklärungen verleiten.³⁶⁾ Auf die Masse der Obstbauern hatte der 13. August eine klärende Wirkung, auch wenn die sich zunächst vielfach nur in Zurückhaltung äußerte. Die Bauern erkannten die Stärke und die Möglichkeiten des Sozialismus sowie seine Perspektive. So konnte z. B. in Werder bis zum Oktober die Vergenossenschaftlichung im

wesentlichen abgeschlossen werden. 145 neue Mitglieder kamen aus den Reihen der Werderaner Obstzüchter.³⁷⁾ Je eine neue GPG wurde in Göhlsdorf und Alttöplitz (Kr. Potsdam-Land) gegründet.³⁸⁾ An dem unmittelbar nach dem 13. August initiierten Produktionsaufgebot beteiligten sich 16 GPG des Bezirkes Potsdam und nur eine GPG mußte 1961 Überbrückungskredite beantragen.³⁹⁾ Das ist sicher das deutlichste Zeichen für die großartige Entwicklung der Obstbaugenossenschaften. Es konnte 1961 begonnen werden mit der Konzentration und Spezialisierung der GPG; auch kadermäßig waren dafür alle Voraussetzungen geschaffen worden, indem insgesamt 1961 weitere 200 GPG-Mitglieder qualifiziert wurden. 110 ha Erdbeeren und 150 ha Obstbäume waren neu gepflanzt worden. Aber natürlich gab es auch noch manche Probleme in den Betrieben. In der GPG „Aufstieg“ Geltow konzentrierte man sich noch sehr auf die individuelle Wirtschaft und in der GPG Caputh bestanden die ehemaligen 18 Einzelbetriebe im Prinzip weiter als eine „genossenschaftliche Arbeitsgemeinschaft“⁴⁰⁾, einige GPG hatten statutenwidrig sehr große individuelle Wirtschaften in ihren Grundsatzdokumenten festgelegt.⁴¹⁾ Es gab also auch hier Erscheinungen der „Doppelehe“, wie sie Anfang 1962 Genosse Jordan in seinem berühmten „Wendland-Brief“⁴²⁾ kritisiert hatte, und dagegen mußte in diesem Bereich genauso gekämpft werden. Das stand auch im Produktionsaufgebot im Mittelpunkt, wo es darum ging, im Kampf gegen Überreste kleinbürgerlicher Ideologie eine feste Ordnung in den Genossenschaften herzustellen. Vorbildlich ging bei diesem Klärungsprozeß und bei der Organisierung des Produktionsaufgebotes die Kreisleitung Potsdam-Land der SED voran, in deren Bereich 7 Betriebe mit Programmen im Produktionsaufgebot standen und 9 bereits vom Typ I zum Typ III übergegangen waren⁴³⁾, so daß der Typ I schon Ende 1961 keine große Bedeutung mehr hatte. Die SED war auch nach dem 13. August dazu übergegangen, bei Neugründungen gleich auf den Typ III zu orientieren, um große individuelle Wirtschaften von Anbeginn an auszuschließen, so daß die seit dem 13. August neu hinzugekommenen 850 Einzelbetriebe meist in die hochentwickelten GPG Typ III eintraten. Ende 1961 gab es im Landkreis Potsdam noch 1050 individuelle Betriebe (meist Klein- und Kleinstbetriebe) und im ganzen Bezirk gab es zu diesem Zeitpunkt noch 557 Gartenbaubetriebe mit ständig oder nichtständig beschäftigten Lohnarbeitern. Ein weiteres Problem stellte die Anbaustruktur der GPG dar, denn viele Betriebe konzentrierten sich stark auf Gewinnbringendes, z. B. Pflaumen oder Zierpflanzen. Das hatte zur Folge, daß die Erlöse der GPG erheblich über den geplanten Werten lagen, aber beispielsweise der Plan für Treibhausgemüse per 30. 9. 1961 nur mit 60 % erfüllt wurde.⁴⁴⁾ Hier galt es also noch wichtige Überzeugungsarbeit zu leisten, denn dadurch wurde die ganzjährige Gemüseversorgung gefährdet.

Mit den noch zu lösenden Problemen beschäftigte sich am 13. und 14. 10. 1961 auch die 1. Konferenz der Genossenschaftsgärtner in Erfurt. Sie orientierte in Anlehnung an die Landwirtschaft auf die Durchsetzung der guten genossenschaftlichen Arbeit, um die Marktproduktion zu erhöhen. Der Parteieinfluß sollte überall verstärkt werden und alle Genossenschaften sollten sich am Produktionsaufgebot beteiligen. In absehbarer Zeit sollte auch die Vollgenossenschaftlichkeit erreicht werden.⁴⁵⁾ Die Erhöhung der Marktproduktion hatte gerade 1961 große Bedeutung im Zusammenhang mit der Mißernte in der Landwirtschaft. Darauf wies auch der Vorsitzende des Rates des Bezirkes Potsdam, Genosse Franz Peplinski, in einem Brief an die GPG, die Obstbaubrigaden der LPG und alle mit dem Obst- und Gemüsebau Beschäftigten Anfang November 1961 hin, als er die Angesprochenen aufforderte, im Frühjahr in den Treibhäusern zusätzlich Gemüse anzubauen und das Gemüseangebot zu vergrößern, um die bei der Landwirtschaft entstandene Kartoffellücke zu schließen. Speziell sollten zusätzlich Mohrrüben und Frühgemüse angebaut sowie Kartoffeln vorgekeimt werden.⁴⁶⁾ Damit leisteten die Obst- und Gemüsebauern einen wichtigen Beitrag, um die Versorgung der DDR-Bevölkerung 1962 zu entspannen.

Die Vorzüge der sozialistischen Produktion werden durchgesetzt und bringen erste Ergebnisse

Im Jahre 1962 ging die Entwicklung im Havelländischen Obstbaugebiet zügig voran. Bis zum Mai des Jahres wurden drei weitere GPG gebildet – die vorerst letzten im HOG (1967 wurde die letzte in Ferch gegründet).⁴⁷⁾ So wurde im Juli 1962 die ca. 4000 ha umfassende Obstfläche des HOG (zu ca. 78 % zum Kreis Potsdam-Land gehörig) von etwa 2500 Genossenschaftsgärtnern und -bauern bewirtschaftet, rund 1000 davon waren Frauen. Es bestanden 38 GPG und 12 Gartenbaubrigaden in LPG. 11 ha Obst- und Gemüsefläche waren bereits verglast.⁴⁸⁾ Damit waren alle Voraussetzungen gegeben, das Havelland zum „Obstgarten der Republik“ werden zu lassen. Insgesamt gab es im Bezirk Potsdam 65 GPG, die die 8548 ha Obstland und 6688 ha Gemüseland des Bezirkes gemeinsam mit den Obstbaubrigaden der LPG bewirtschafteten.⁴⁹⁾

Für das Jahr 1962 stellte die Bezirksdelegiertenkonferenz der SED im Juni folgende Schwerpunkte: Großflächiger Gemüseanbau, hoher Mechanisierungsgrad, hohe Arbeitsproduktivität. Das bedeutete, es mußte die Zersplitterung des Gemüseanbaus überwunden, es mußten alle Gewächshausanlagen intensiv genutzt und stärker wissenschaftliche Erkenntnisse einbezogen und angewendet werden, vor allem bei der Rekultivierung und Neupflanzung von Plantagen.⁵⁰⁾ Das machte es auch notwendig, die restlichen

Obstbauern an die GPG heranzuführen, damit die Zersplitterung des Bodens, die noch nicht vollständig überwunden war, beseitigt werden konnte. Mitte 1962 arbeiteten im HOG von den 5287 gärtnerischen Betrieben 64,7 % genossenschaftlich, in Werder schon alle, in Glindow gab es aber noch über 100 Privatwirtschaften. Deren Zurückhaltung konnte wirtschaftlich kaum noch begründet sein, denn die GPG hatten 1962 einen durchschnittlichen AE-Wert von 16,00 bis 17,00 DM erreicht.

1962 sollten laut Beschluß des Sekretariats der SED-Bezirksleitung 150 ha Obstanlagen rekultiviert, 250 ha Stammobst neugepflanzt, 180 ha Erdbeeren neu angelegt und 150 ha Spargelanbaufläche neu gewonnen werden.⁵¹⁾ Deutliche Fortschritte erreichte dabei z. B. die GPG „Pomona“ Werder, die 1962 75 ha Neuanlagen unter Verwendung modernster wissenschaftlicher Erkenntnisse schuf, auf 40 Morgen (10 ha) wurde die Erdbeerpflanzung maschinell vorgenommen.⁵²⁾

Ein neuer Entwicklungsabschnitt begann für das Havelländische Obstanbaugebiet Anfang 1963. In Auswertung des VI. Parteitages der SED wurde auf Beschluß der Bezirksleitung der Partei vom 14. 2. 1963 hier ein besonderes Produktionsgebiet „Havelländischer Obstbau“ geschaffen, dem zunächst die Orte Werder, Glindow, Geltow, Caputh, Bliesendorf, Plötzin, Plessow, Ferch, Alttöplitz, Neu Fahrland, Potsdam, Bornim, Bornstedt, Nedlitz, Marquardt und Leest, später auch die Obstbaumschule des VEG Ketzin (Kr. Nauen), angehören sollten. Das war ein Gebiet von ca. 7400 ha LN, davon 3680 ha Obst- und 389 ha Gemüsefläche. Als Leitung sollte neben dem Kreislandwirtschaftsrat und dem Büro für Landwirtschaft der SED-Kreisleitung Potsdam eine gesonderte Produktionsleitung installiert werden.⁵³⁾ Das HOG umfaßte 1963 insgesamt 31 GPG⁵⁴⁾, 6 LPG Typ III mit ausgedehntem Gemüseanbau, 6 LPG Typ I mit großer Gemüsebaufläche, 4 VEG (einschließlich Ketzin), 1 Spezial-MTS, das Institut für Obstbau mit Lehr- und Versuchsgut Marquardt, die Fachschule für Obstbau Werder, ca. 2000 Obstbauern und Gärtner mit Betrieben unter 1 ha, die z. Z. noch individuell arbeiteten, sowie spezielle Industriebetriebe. Die Grundlagen für diese Neustrukturierungen waren 1962 geschaffen worden. Die GPG erreichten 1963 einen AE-Wert von 17,61 DM, das entspricht einer Bruttoproduktion je Beschäftigten von mehr als 15 100 DM. 1962 wurden 21 500 t Obst, ca. 7000 t Gemüse (meist Feingemüse) sowie 500 t Treibhausgemüse produziert. Es existierten 1962 in den o. g. Betrieben 30 SED-Grundorganisationen mit 329 Mitgliedern. In der Hälfte der GPG bestanden solche Grundorganisationen.⁵⁵⁾

Die 1956 in Angriff genommene sozialistische Umgestaltung des Havelländischen Obstanbaugebietes konnte im wesentlichen 1962 abgeschlossen werden. Das wurde erreicht, weil die SED die durch die Konzentration auf die Zuendeführung der Vergenossenschaftlichung der Landwirtschaft bedingte

Stagnation der Entwicklung im Obstbau mit der Kraft der ganzen Parteiorganisation des Bezirkes (und darüber hinaus), mit einer klaren Strategie überwinden und die Obstbauern in die GPG führen konnte. Daran hatten alle politischen Parteien und Massenorganisationen, alle gesellschaftlichen Kräfte wesentlichen Anteil. Die SED konnte sich hierbei kaum auf Erfahrungen anderer Kreise oder Bezirke bei der sozialistischen Umgestaltung des Obstbaus stützen, hier mußte mit spezifischen Mitteln schöpferisch gearbeitet werden. Jedoch konnten die Erfahrungen aus der Landwirtschaft genutzt werden, so daß dieser Prozeß vergleichsweise schnell abzuschließen war. Die Betriebe hatten sich relativ rasch stabilisiert und erreichten bald gute Produktionsleistungen. Somit konnten auch im havelländischen Obstbau Anfang der 60er Jahre die sozialistischen Produktionsverhältnisse im wesentlichen durchgesetzt und Voraussetzungen geschaffen werden für einen derartig intensiven Obst- und Gemüseanbau, wie er das Havelland heute kennzeichnet.

Anmerkungen

- 1 Wochenpost, Nr. 23/1976, S. 7.
- 2 Wachs, H.: Die Perspektive des Havel-Obstbaugebietes. In: Potsdamer Land, Potsdam 1959, S. 71.
- 3 Vgl.: Die Erhöhung der landwirtschaftlichen Produktion und die Entwicklung der landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften (Beschluß der 8. Tagung des ZK der SED vom 2. April 1960). In: Der Kampf der sozialistischen Staaten für einen Überfluß an landwirtschaftlichen Produkten und die Erhöhung der Marktproduktion der LPG in der DDR, Berlin 1960, S. 293 ff.
- 4 Vgl. BPA SED-BL Potsdam IV/2/3/207.
- 5 Kreisarchiv Potsdam, Akte Nr. 20.01/22. Zit. nach: Schreckenbach, H.-J./van Pee, A.: 20 Jahre sozialistische Entwicklung im Havelländischen Obstanbaugebiet. Teil 1, Potsdam 1977, S. 5.
- 6 Vgl. BPA SED-BL Potsdam IV/411/1045.
- 7 Vgl. Schreckenbach, H.-J./van Pee, A. . . . a.a.O., S. 64.
- 8 Vgl. Wachs, H., a.a.O., S. 73 f.
- 9 Vgl. BPA SED-BL Potsdam IV/2/3/219.
- 10 Vgl. BPA SED-BL Potsdam IV/2/3/207.
- 11 Vgl. Schreckenbach, H.-J./van Pee, A., a.a.O., S. 36f., 38f., 41f.
- 12 Vgl. BPA SED-BL Potsdam IV/2/3/206; nach: Schreckenbach, H.-J./van Pee, A., a.a.O., S. 64 nur 26 GPG.
- 13 Vgl. BPA SED-BL Potsdam IV/2/3/206.
- 14 Vgl. Schreckenbach, H.-J./van Pee, A., a.a.O., S. 38 f.
- 15 Vgl. BPA SED-BL Potsdam IV/2/3/211.
- 16 Vgl. BPA SED-BL Potsdam IV/2/3/214.
- 17 Vgl. ebenda; nach: Schreckenbach, H.-J./van Pee, A., a.a.O., S. 64 waren es insgesamt 33 GPG.
- 18 Vgl. BPA SED-BL Potsdam IV/2/3/215.
- 19 Vgl. BPA SED-BL Potsdam IV/2/3/218.
- 20 Vgl. BPA SED-BL Potsdam IV/2/3/216.

- 21 Vgl. BPA SED-BL Potsdam IV/2/3/219.
- 22 Vgl. ebenda.
- 23 Vgl. ebenda.
- 24 Vgl. ebenda.
- 25 Vgl. Krümmel, H.: Vorschläge zur Rekonstruktion des Havelländischen Obstbau-
gebietes. In: Der deutsche Gartenbau, Nr. 10/1960. Sonderdruck.
- 26 Vgl. BPA SED-BL Potsdam IV/2/3/235.
- 27 Vgl. Schreckenbach, H.-J. / van Pee, A., a.a.O., S. 47 f.
- 28 Vgl. Havelländischer Obstbau vom 24. 2. 1961, S. 1. Nach: Ebenda, S. 49 f.
- 29 Vgl. ebenda vom 3. 3. 1961, S. 1. Nach: Ebenda, S. 52.
- 30 Vgl. BPA SED-BL Potsdam IV/2/3/235.
- 31 Vgl. BPA SED-BL Potsdam IV/2/3/240.
- 32 Vgl. Schreckenbach, H.-J. / van Pee, A., a.a.O., S. 64.
- 33 Vgl. BPA SED-BL Potsdam IV/2/3/244.
- 34 Vgl. Unser Potsdamer Land vom 2. 7. 1961, S. 3. Nach: Schreckenbach, H.-J. / van
Pee, A., a.a.O., S. 54.
- 35 Vgl. Märkische Union vom 14. 6. 1961, S. 6.
- 36 Vgl. BPA SED-BL Potsdam IV/2/3/248.
- 37 Vgl. Potsdamer Blick vom 27. 10. 1961. Nach: Schreckenbach, H.-J. / van Pee, A.,
a.a.O., S. 59.
- 38 Vgl. Schreckenbach, H.-J. / van Pee, A., a.a.O., S. 64.
- 39 Vgl. BPA SED-BL Potsdam IV/2/3/254.
- 40 Vgl. ebenda.
- 41 Vgl. Potsdamer Blick vom 2. 2. 1962, S. 5. Nach: Schreckenbach, H.-J. / van Pee, A.,
a.a.O., S. 60.
- 42 Vgl. Neues Deutschland (A) vom 6. 1. 1962, S. 1.
- 43 Vgl. BPA SED-BL Potsdam IV/2/3/254.
- 44 Vgl. ebenda.
- 45 Vgl. ebenda.
- 46 Vgl. ebenda.
- 47 Vgl. Schreckenbach, H.-J. / van Pee, A., a.a.O., S. 64.
- 48 Vgl. Intensivobstbau Nr. 7/1962, S. 100.
- 49 Vgl. BPA SED-BL Potsdam IV/2/3/284.
- 50 Vgl. BPA SED-BL Potsdam IV/1/17.
- 51 Vgl. BPA SED-BL Potsdam IV/2/3/267.
- 52 Vgl. BPA SED-BL Potsdam IV/411/1079.
- 53 Vgl. BPA SED-BL Potsdam IV A-2/3/62.
- 54 Vgl. BPA SED-BL Potsdam IV A-2/3/63. (Nach Schreckenbach, H.-J. / van Pee, A.,
a.a.O., S. 64 waren es 38).
- 55 Vgl. ebenda.

Märkische Stadtmusikanten im 18. Jahrhundert

Von Vera Grützner

Die brandenburgisch-preußische Musikentfaltung im 18. Jahrhundert ist vielfach beschrieben worden. Größte Aufmerksamkeit wurde dem Aufblühen der königlichen Oper und Kammermusik um die Jahrhundertmitte unter Friedrich II. gewidmet. Die Hofmusiker – unter ihnen Repräsentanten wie Carl Philipp Emanuel Bach, Franz Benda, Johann Joachim Quantz oder Carl Heinrich Graun – gehörten zum Hofstaat; ihr interpretatorisches und kompositorisches Wirken blieb – zumindest bis zum Siebenjährigen Krieg – weitgehend dem höfischen Kreis vorbehalten. Das Volk der mittleren und kleinen Städte und des platten Landes aber blieb vom Glanze der höfischen Musik ausgeschlossen.

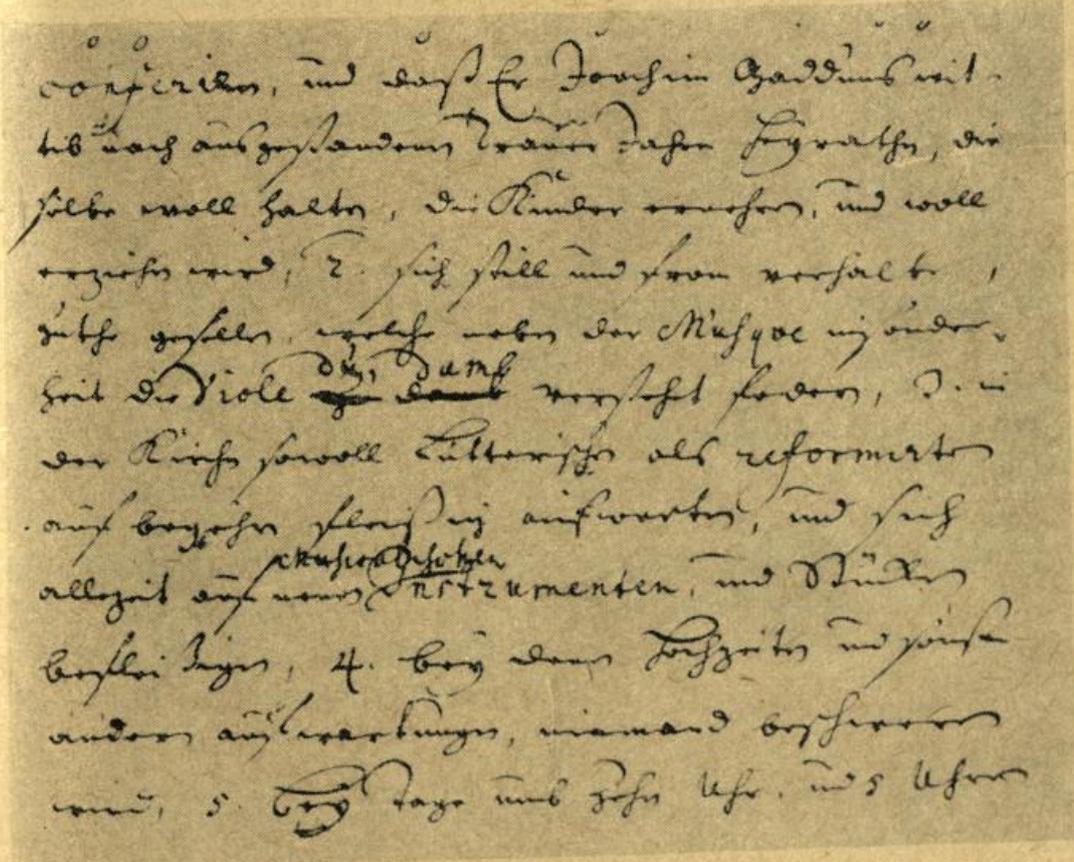
In den kurmärkischen Städten waren, wie auch in anderen europäischen Regionen, seit Generationen Stadtmusikanten ansässig, die das Privileg hatten, in ihren Städten und umliegenden Dörfern zu bestimmten öffentlichen und privaten Anlässen mit Musik aufzuwarten. Sie hatten oft Jahrzehnte, meist bis zu ihrem Tode, das Stadtpfeiferamt inne und waren zur Ausbildung von Lehrlingen und Gesellen verpflichtet. Sie beherrschten eine Anzahl von Instrumenten und mußten, den unterschiedlichen Anlässen entsprechend, flexibel in ihrer Handhabung sein. Das Repertoire bestand im wesentlichen aus mehrstimmigen Kirchen- und Volksweisen, feierlichen und munteren Marschsätzen sowie gravitätischen und fröhlichen Tänzen.¹⁾ Ihr Aktionsradius und die musikalische Qualität waren unterschiedlich. Dafür sprechen u. a. die autobiographischen Zeugnisse von Johann Joachim Quantz oder Carl Friedrich Zelter. Quantz war fünf Jahre in der Lehre bei dem Merseburger Stadtmusikanten Johann Adolf Fleischhack und lernte dort alle in dieser Sphäre gebräuchlichen Instrumente wie Violine, Oboe und Trompete, aber auch Posaune, Zinken, Waldhorn, Flöte, Baßgeige, Violoncello und Viola da gamba.²⁾ Bevor er Hofmusiker wurde, vervollkommnete er als Stadtpfeifergeselle in verschiedenen Städten seine musikalischen Kenntnisse und Fertigkeiten. Auch Zelter war in seinen Jugendjahren im Dienste eines Stadtmusikanten. Der Berliner Stadtpfeifer Johann Friedrich George war sein Lehrmeister, und Zelter lobte die Gewandigkeit, Reinigkeit, Kraft und Präzision seines Spiels auf verschiedenen Instrumenten.³⁾

Es sind uns aus den Orten des heutigen Bezirkes Potsdam Jüterbog, Lindow, Luckenwalde, Neuruppin, Potsdam-Stadt und Werder Akten aus dem 18. Jahrhundert überliefert, die Aufschluß über den sozialen Status, den

Wirkungskreis und die Befugnisse der Stadtmusikanten und damit über die Berührungen unterer Volksschichten mit der Musik geben.

In den Jahren 1720 und 1766 erließen Friedrich Wilhelm I. und Friedrich II. eigens zur Regelung der musikalischen Aufwartung spezielle Edikte. Das geschah freilich weniger, um das bürgerlich-städtische Musikleben zu befördern als vielmehr, um auch aus den gemeinen Musikanten Steuern für die Aufbesserung der Staatskassen herauszupressen.

Dokumente des frühen 18. Jahrhunderts – bis zum Edikt von 1720 – liegen aus Ruppin, Lindow und Luckenwalde vor. Ihnen zufolge hatten die Stadtmusikanten bei Hochzeiten, Kindtaufen und anderen Ehrentagen mit Musik aufzuwarten, den musikalischen Kirchendienst zu versehen und das Abblasen vom Turm vorzunehmen. Außer diesen alle betreffenden Pflichten wurden besondere Festlegungen in den einzelnen Orten getroffen. 1703 z. B. wurde vom Ruppiner Rat fixiert, daß der Kunstpfeifer Friedrich Witzel die vakante Stadtmusikantenstelle erhält, wenn er sich „guthe Gesellen, welche neben der Music insonderheit die Viole dú Gamb“ spielen, hält und sich „allezeit auf neuen Musicalischen Instrumenten, und Stücken befließigt“ und dem Senatskollegium „auf Verlangen mit einer guten Musique



conferieren, und daß für Jousim Gaddins mit
16. März aufzustehen, davon dasjenige, die
selbe wohl halten, die Kinder zu erziehen, und wohl
erziehen, 2. sich nicht mit fremden verhalten,
nicht spielen, welche neben der Musique insonder-
heit die Viole ~~du~~ ^{du} Gamb ~~spielen~~ ^{spielen} sollen, 3. in
dem Rufe sowohl Luthers als reformirter
auf beyden seits aufzuwarten, und sich
allezeit auf ^{christlichen} Instrumenten, und Stücken
befleißigen, 4. bey dem Tantzzeiten in keine
andere aufwartungen, niemand erfragen
soll, 5. bey Tage und Nacht alle 12 Ufren

Aus den Bedingungen, die der Ruppiner Rat dem Kunstpfeifer Friedrich Witzel bei der Übernahme des Amtes des Stadtmusikanten stellte, 1703

gratis aufwartet,“ wenn er außerdem die Kirchenglocken läutet, den Turm reinhält und im Gefahrenfalle Feuealarm gibt – und damit nicht genug! – wenn er „Joachim Gadduhns Wittib [des verstorbenen Kunstpfeifers Witwe] nach ausgestandenem Trauer Jahre heyrathe, die selbe voll halte, die Kinder ernehre, und woll erziehen wird.“⁴⁾ Anders geartet sind die speziellen Vereinbarungen des Amtes Zinna vom Jahre 1708 mit dem Kunstpfeifer von Luckenwalde, Martin Hertzberg. Allen „Ampts Säßigen Bürgern und Unterthanen“ wurde bei Strafe befohlen, „keine anderen frembde und einheimische Musicos“ zu nehmen als Hertzberg, „wenn Sie der Musicalischen Aufwartung verlangen, auf Hochzeiten, Kindtauffen, Ehren- und dergleichen Gelagen.“ Hertzberg war berechtigt, unbefugten „Musicanten die Instrumenta musicalia zu confisciren.“ Bei Zuwiderhandlungen erhielt er außerdem die Hälfte des Strafbetrages. Er war verpflichtet, „einem jedweden nach Verlangen gehörige Music gegen billige Bezahlung . . . zu verschaffen,“ wenn dieser wenigstens vier bis acht Tage vorher den gewünschten Tag benannte. Hertzberg versprach dafür, an das Amt jährlich 12 Taler Pacht zu entrichten, „jedoch mit diesem außdrücklichen Vorbehalt, da einige Trauer-Fälle sich ereigneten und dadurch die Music solte Verbothen werden; Er alß dann, so lange dieser Stillstandt wäret, mit abführung des angebotnen Canonis würllich verschonet bleiben solte.“⁵⁾ Die Bedingungen für den Kunstpfeifer Caspar Böttcher aus Lindow aus dem Jahre 1711 sind in den wesentlichen Punkten übereinstimmend. Eine Abweichung besteht darin, daß Böttcher „wegen der Kirchen Musique und abblasen vom thurm von aller Einquartierung befreyet“ blieb, „hergegen gleich anderen privilegirten Kunst-Pfeiffen“ eine jährliche Summe von 4 Talern zu zahlen hatte.⁶⁾

Mit diesen Dokumenten des frühen 18. Jahrhunderts sind die Befugnisse und Aufgabenbereiche der märkischen Stadtmusikanten deutlich umrissen, die sich, wie ersichtlich ist, nicht nur auf rein musikalische Dienstleistungen beschränkten. Ihre Musik hatte unmittelbare Gebrauchsfunktion, war immer verbunden mit bestimmten Zeremonien bzw. Verrichtungen des einfachen Volkes. Für Bürger und Bauern war das Stadtmusikantentum neben Kirche und Volksmusikieren die wichtigste Quelle der Aneignung von Musik. Musikalische Veranstaltungsformen wie Opern und Konzerte waren ihnen zu jener Zeit noch unbekannt. Übrigens existierte unter Friedrich Wilhelm I. im Gegensatz zu anderen Höfen auch keine Hofkapelle. Er hatte die von Friedrich I. übernommene gleich nach seinem Regierungsantritt 1713 aufgelöst. Die Hofmusiker wurden entlassen, gingen an andere Höfe oder ins Ausland.

1720 kam es auf Grund eines Ediktes zur organisatorischen Neuregelung der musikalischen Aufwartungen in Preußen.⁷⁾ Alle Musikanten, die in Städten zu bestimmten Anlässen zum Verdienst spielten, mußten zuvor bei der Stadt-Akzisekasse einen gestempelten Zettel zu einer bestimmten fest-

gesetzten Taxe lösen. Die Höhe der Taxe war abhängig von der Größe der Städte, vom Anlaß des Musizierens und dem sozialökonomischen Status der Auftraggeber. Die Einwohner wurden als vermögende (königliche Bediente, Ratsherren, Kaufleute), mittelmäßig vermögende (Brauer, Bäcker, Schlächter) und geringe (übrige Handwerker und Bürger) klassifiziert. Der Stadtmusikus selbst gehörte freilich zu den geringen. So mußte er z. B. einen Zettel für eine Hochzeit bei vermögenden Einwohnern in einer großen Stadt mit einem Taler, bei geringen Einwohnern in einer kleinen Stadt mit 6 Groschen bezahlen. Verstöße wurden mit 6 Talern, im Wiederholungsfall mit Spielverbot bestraft. Auf dem platten Lande wurde durch die Landräte die musikalische Aufwartung in bestimmten festgelegten Distrikten an den meistbietenden Musikanten verpachtet. Die Pacht war an die Akzisekasse der Kreishauptstädte abzuführen. Hierdurch war den Ämtern der Einfluß auf die Besetzung vakanter Stellen möglich. In der Tat nahm im 18. Jahrhundert die Tendenz zu, daß ausgediente, invalide Militärmusiker in Stadtmusikantenstellen avancierten. Das hatte notwendig ein Nachlassen der musikalischen Qualität zur Folge. Militärhautboisten und -trompeter ließ Friedrich Wilhelm I. im Potsdamer Militärwaisenhaus gleich nach dessen Gründung 1724 ausbilden.⁸⁾ Er setzte speziell einen Direktor für die Musikabteilung des Waisenhauses ein, der aus der königlichen Hofstaatkasse ein Jahresgehalt von 400 Talern erhielt. Dieses Prinzip setzte Friedrich II. fort. Der Direktor hatte im Hinblick auf die berufliche Einweisung seiner Schüler unmittelbare Kontakte mit den Regimentern. Direktor Pauly legte dar: „Es haben Se. Königliche Majestät Allergnädigst geruhet, sowohl meinen Vorfahren, als mir selbst die Erlaubniß zu ertheilen, daß ich die aus dem hiesigen großen Waisenhaus zu informierenden Waisenknaben nach vollbrachter Lehrzeit an die Königlichen Regimenter als Hoboisten verkaufen kann, wo ich will.“⁹⁾ Jeder ausgebildete Zögling brachte 50 Taler. Auf diese Weise wurde aus den Militärwaisen Profit geschlagen zur weiteren Militarisation des Landes. Friedrich Wilhelm I. räumte in dem Edikt den Regiments-Hautboisten und -Trompetern das Vorrecht ein, daß sie keine Zettel zu lösen brauchten, wenn „sie den in unsern Diensten stehenden Officiers in derselben Häusern und Quartieren aufwarten.“¹⁰⁾ Hierdurch wurde der Wirkungskreis der Stadtmusikanten deutlich beschnitten.

Leuchten wir weiter in die Musikgeschichte der benannten märkischen Orte hinein. Wie Akten aus Ruppin, Werder und Luckenwalde aus dem Zeitraum von 1720 bis zum Siebenjährigen Krieg ausweisen, gleichen sich die Pachtverträge zur musikalischen Aufwartung in den kleinen Städten und auf dem platten Lande auffallend. Die Einwohner eines bestimmten Amtes wurden verpflichtet, sich ausschließlich an den zuständigen Musikpächter zu halten und ihm den Aufwartungstermin und die gewünschte Anzahl der Musikanten vierzehn Tage vorher anzumelden. Der Kunstpfeifer als Musik-

pächter mußte „mit dem, was ihm aus freyem Willen wird gereicht werden, . . . zufrieden seyn,“ auch durfte er „wegen der Hin- und Rückfuhr Niemanden, der nicht von selbstem sich dazu offeriret, beschwerlich fallen.“¹¹⁾ Er war befugt, unangemeldet spielenden Musici die Instrumente abzunehmen. Die Pachtverträge beliefen sich in Ruppin auf 6, in Werder auf 10 und in Luckenwalde auf 12 Taler jährlich, ausgenommen die Zeiten angesetztter Landestrauer, in denen „mit der Music eingehalten werden“ mußte.¹²⁾

Die absoluten Einkünfte der Musiker gehen aus den Akten nicht hervor. Anhaltspunkte sind jedoch gegeben durch einige Aufstellungen auferlegter Abgaben. Der Jüterboger Stadtmusikant Johann Christoph Strohmann hatte z. B. von seinen Jahreseinnahmen Oktober 1758 bis Oktober 1759 aus Hochzeiten und Ehrengelagen 17 Taler abzuführen, die sich aus Einkünften von 8 großen Hochzeiten (je 1 Taler), 10 kleinen (je 16 Groschen) und 7 Ehrengelagen (je 8 Groschen) in Jüterbog und angrenzenden Dörfern zusammensetzten.¹³⁾ Wie die Kontrakte aussagen, zahlten die Auftraggeber nach eigenem Ermessen und freiem Willen. Zu entlohnen waren die Gesellen, die in der Regel von einem Talerverdienst des Meisters 6 Groschen abbekamen. Sämtliche Kirchendienste hatten gratis zu erfolgen. Die wirtschaftliche Lage der gemeinen Musikanten war insgesamt schlecht. Der Lindower Kunstpfeifer Caspar Böttcher mußte nachsuchen, daß ihm die „jährlich erlegten 4 Thaler erlassen werden mögten“, er wollte dafür lieber „gleich anderen Bürgern die Einquartierung übernehmen.“¹⁴⁾ Als er nach Erlaß des Ediktes zu höherer Pacht aufgefordert wurde, erwiderte er, daß er „außer dem was Er vermöge Privilegii albereits 12 Jahre dem Amte jährlich erleget nichts declariren“ könne, „weil ihm dieses abzutragen hart genug fiehle.“¹⁵⁾ Johann Christoph Schwartz, Stadtpfeifer von Werder, klagte, daß die Einkünfte nicht hinreichend waren, „mich und die meinigen zu ernehren, habe auch mein bisgen Armuth, so ich in meinem Hautboisten Stande erworben, schon dabey zu gesetzt.“¹⁶⁾ Der Luckenwalder Stadtmusikant Martin Hertzberg gab an, daß er durch den „schlechten Verdienst in die größte Armseligkeit gerathe, da [er] zudem noch jährliche Pacht in Königliches Amt abtragen muß.“¹⁷⁾ Sein späterer Amtsnachfolger Heinrich Christian Creta schilderte den Zustand während des Siebenjährigen Krieges: „Ich bin dadurch ein armer Mann geworden, und bey der feindlichen Plünderung habe ich alle meine musicalische Instrumente, Kleider und Leinen verlohren. Der Verdienst hingegen ist so schlecht, daß ich meine . . . Pacht nicht einmal davon abgeben kan, geschweige, daß ich mir dasjenige wiederum anzuschaffen im Stande wäre . . . Die Nahrung ist hierselbst so schlecht, daß ich auf meinem Verdienst nicht einmal einen Gesellen zu halten im Stande bin.“¹⁸⁾ Wie kraß tritt hier der Unterschied zwischen den Hof- und Stadtmusici zutage! Friedrich II., der nach seinem Regierungsantritt 1740 seine Rheinsberger Musiker

mit in die Residenzstadt genommen und den Bau des großen Opernhauses veranlaßt hatte, zahlte seiner Lieblingssängerin Giovanna Astrua jährlich 6000 Taler, dem Kastraten Felice Salimbeni 4400 Taler, seinem Hofkomponisten Johann Joachim Quantz 2000 Taler. Die Gehälter der Mitglieder der Hofkapelle lagen zwischen 300 und 1000 Talern. Insgesamt beliefen sich die Ausgaben für die Hofmusik im Jahre 1750 auf 28 585 und 1756 sogar auf 33 137 Taler.¹⁹⁾ Aufschlußreich wäre die jährliche Gesamtsumme aller Abgaben der preußischen Stadtmusikanten. Möglicherweise würde sie an die Ausgaben für die musikalische Repräsentation am Hofe heranreichen oder sie gar übersteigen. Während des Siebenjährigen Krieges versiegte allerdings auch die Hofmusik; die Instrumentalisten und Sänger waren ohne Existenz und Einkommen.

In den Nachkriegsjahren führte Friedrich II. nach französischem Vorbild eine selbständige Steuerverwaltung ein. Der Steuerdruck und die Bürokratisierung der Steuerverwaltung nahmen zu. In diesem Zusammenhang wurde 1766 ein neues Edikt zur Regelung der musikalischen Aufwartung erlassen, das aber in seinen Grundsätzen in dem von 1720 wurzelte. Neu war, daß sämtliche Abgaben aus Einkünften der Stadtmusikanten und Musikpächter der Haupt-Stempel- und Kartenkammer zufließen mußten, daß der Strafsatz auf 10 Taler erhöht wurde und daß „in Ansehung des platten Landes . . . die Music . . . allenfalls auch den Unterthanen selbst, auf Verlangen gegen ein locarium“ überlassen werden durfte.²⁰⁾ Es konnten also Nichtmusiker über die musikalische Aufwartung verfügen, wenn sie nur das geforderte Geld entrichteten! Mit dem Edikt wurden die Taxen neu festgesetzt. Ein Stadtmusiker mußte z. B. nunmehr für einen gestempelten Zettel bei der Hochzeit eines „wirklichen Schutz-Juden, deren Söhne und Töchter“ 5 Taler, eines Bankiers und reichen Großhändlers 4, bei höheren Bedienten und Standespersonen 1 Taler, 8 Groschen, bei Magistrats- und Gerichtspersonen, königlichen Sekretären, Amt- und Kaufleuten in mittleren und kleinen Städten 16 Groschen und bei Kossäten und Tagelöhnern auf dem Lande 4 Groschen bezahlen. In der Taxenordnung erschien jetzt auch „ein Concert publique, wo die Entrée bezahlet wird“ mit 16 Groschen und ein „Ball publique oder Assamblée“ mit 12 Groschen Abgaben.²¹⁾ Diese Veranstaltungsformen etablierten sich in der 2. Hälfte des 18. Jahrhunderts und nahmen fortan mit dem Erstarken des Bügertums zu.

Die königlichen Instruktionen liefen nun stärker auf das Lösen von Musikzetteln aus. Dieses System versprach größere Akziseeinnahmen. Die Durchsetzung der Maßgabe, die Pachtsätze zu erhöhen, bereitete dagegen erhebliche Schwierigkeiten. Es heißt in einer königlichen Anweisung: „Obgleich die Musik an vielen Orten verpachtet ist, so werden dennoch Musikzettel gehalten, weil an allen Orten, sich Eximirte . . . aufhalten, welche nicht zum Musikzwang des Pächters gehören, und wovon folglich der Pächter keine

Pacht bezahlt . . . , desgleichen wenn in denen Wirths-Häusern Music gemacht wird . . . , weil die Pächter eigentlich nur von der Music der Hochzeiten und Kindtaufen in denen Städten und Creysen Pacht bezahlen, daher zu allen übrigen Aufwartungen andere Musici nach gelöseten Music-Zettel adhibiret (gebraucht) werden können.²²⁾ Es wird deutlich, daß sich die königlichen Order notwendig an die sich allmählich verändernde sozialökonomische Struktur zugunsten bürgerlicher Entfaltung anpassen mußten.

In den benannten märkischen Orten blieben offenbar im ausgehenden 18. Jahrhundert die Aufgaben der Stadtmusikanten und Musikpächter auf das Abblasen vom Turm, auf das Musizieren anläßlich von Hochzeiten und Kindtaufen und auf Kirchenmusiken beschränkt. Konzerte für Eintrittsgelder wurden zumindest in den vorhandenen Akten nicht erwähnt. Kunstpfeifer Gottfried Heinemann aus Luckenwalde hatte z. B. neben den Hochzeitsmusiken, für die er vorher Zettel kaufen mußte, laut Kontraktes von 1783 „die bisher gewöhnliche Kirchenmusic an den 3 hohen Festen den ersten Feyertag auch des Nachmittags nicht weniger am Ernte Feste und Neu Jahrs Tage unentgeltlich“ auszuführen und „auch an gedachten 3 ersten hohen Heiligen Festtagen nicht nur früh von drei bis halb 4 Uhr, sondern auch nach geendigtem Gottesdienst vom Thurm“ zu spielen „und so ebenmäßig den Johann und Michael“ einzublasen.²³⁾ Bemerkenswert ist, daß mancherorts auch unterschieden wurde zwischen geringer Tanz- und Unterhaltungsmusik und der Musik der gelernten Stadtmusiker. Es heißt in einem Bericht des Amtes Zinna, „daß die Fuscher und Bier-Fiedler nichts anders, als in Jahr-Markt-Zeiten und in Bier-Häusern, gegen Lösung der Music-Zettel, Music machen, und denen privilegirten und erlernten Musicis die Aufwartung mit der Music bey Ehren-Gelagen, als Hochzeiten Kind-tauffen bey denen so dem Music-Zwang unterworfen sind, gegen gleiche Lösung der Music-Zettel, allein vorbehalten seyn soll.“²⁴⁾ Nicht in allen Orten gab es diese fixierten Differenzierungen. Der Werdersche Kunstpfeifer Christian Bornstedt beschwerte sich darüber, „daß in den Dorfschaften auf den Hochzeiten die Pfuscher sich umschleichen und mir solcher gestald vielen Schaden thun. Den Herbst sind mir auf diese Arth 4 Hochzeiten entwand worden.“²⁵⁾ Für die Residenzstadt Potsdam wurde unmittelbar nach Erlaß des Ediktes 1766 ein „Regulativ in Ansehung der musikalischen Aufwartung“ erlassen. Es ist zu bedenken, daß hier unterschiedliche soziale Musiziersphären nebeneinander bestanden bzw. sich gegen Ende des Jahrhunderts immer stärker durchdrangen. In Potsdam wohnten Mitglieder der Hofkapellen Friedrichs II. und des Prinzen von Preußen, die teilhatten an der Gründung und Entfaltung des bürgerlichen Konzertbetriebes. Es waren außerdem Regimentshautboisten (Militärmusiker) ansässig, ferner Kantoren und Stadtmusikanten. Die Musik war hier nicht mehr verpachtet, alle Aufwartungen bedurften grundsätzlich der Musikzettel. Das Regulativ besagte, daß „die König-

Königl. Generalitaet und Officiers hiesiger Residentz,
 die Königl. und Printzliche Hoff-Staat und dazu gehöriger Persohnen von Obern Range“ und „die Exi-
 mirten von Civil-Etat“ sich nach eigenem Gefallen Hautboisten, Stadtmusi-
 ker oder andere Musiker nehmen konnten. Den Hautboisten verblieben „die
 Garnison und was dazu gehöret oder unter Militair und Comendantur Juris-
 diction stehet.“ Den Stadtmusikanten waren vorbehalten „die Unter-bedi-
 enen des Hoff-Staates, Stalles und Jägerey, bürger und alles was unter der
 Civil Jurisdiction stehet. Wohin auch gehören Soldaten so mit eigenen Häu-
 sern ansäßig, oder beurlaubte von auswärtigen Regimentern, wenn sie in
 denen beurlaubungs Monathen hierselbst in Arbeit stehen, oder sich sonst
 für beständig hierselbst nähren, ingl. die so concendirte Höckre Crämer ha-
 ben.“ Es hatten gleichberechtigt die Wahl, entweder Militär- oder Stadt-
 musiker zu nehmen, „die gesamten Wirthe von denen Bier, Wein und Tantz-
 häusern in und vor der Stadt“ und „die Einwohner von Novawest.“²⁶⁾ Wie
 die Bestallung zum Stadtmusikanten in Potsdam vor sich ging, erfahren wir
 aus einem Bericht von 1754. Es meldeten sich für die durch den Tod des
 Stadtpfeifers Müller vakant gewordene Stelle zwei Anwärter, der Sohn und
 Geselle des Verstorbenen und der Hautboist Johann Gottfried Tannenberg.
 Beide mußten ein Probespiel bei den königlichen Kammermusikern Benda

Aus einem Edikt, das die Zuständigkeit der Musiker für ihre Tätigkeit in der Stadt
 Potsdam regelt, 1766

liche Generalitaet und Officiers hiesiger Residentz, die Königl. und Printzliche
 Hoff-Staat und dazu gehöriger Persohnen von Obern Range“ und „die Exi-
 mirten von Civil-Etat“ sich nach eigenem Gefallen Hautboisten, Stadtmusi-
 ker oder andere Musiker nehmen konnten. Den Hautboisten verblieben „die
 Garnison und was dazu gehöret oder unter Militair und Comendantur Juris-
 diction stehet.“ Den Stadtmusikanten waren vorbehalten „die Unter-bedi-
 enen des Hoff-Staates, Stalles und Jägerey, bürger und alles was unter der
 Civil Jurisdiction stehet. Wohin auch gehören Soldaten so mit eigenen Häu-
 sern ansäßig, oder beurlaubte von auswärtigen Regimentern, wenn sie in
 denen beurlaubungs Monathen hierselbst in Arbeit stehen, oder sich sonst
 für beständig hierselbst nähren, ingl. die so concendirte Höckre Crämer ha-
 ben.“ Es hatten gleichberechtigt die Wahl, entweder Militär- oder Stadt-
 musiker zu nehmen, „die gesamten Wirthe von denen Bier, Wein und Tantz-
 häusern in und vor der Stadt“ und „die Einwohner von Novawest.“²⁶⁾ Wie
 die Bestallung zum Stadtmusikanten in Potsdam vor sich ging, erfahren wir
 aus einem Bericht von 1754. Es meldeten sich für die durch den Tod des
 Stadtpfeifers Müller vakant gewordene Stelle zwei Anwärter, der Sohn und
 Geselle des Verstorbenen und der Hautboist Johann Gottfried Tannenberg.
 Beide mußten ein Probespiel bei den königlichen Kammermusikern Benda

und Koch ablegen. Verschiedene Konzerte waren vorzutragen. Die Hofmusiker schätzten die musikalische Berufung beider Bewerber gleich ein. Die Entscheidung aber wurde vom Magistrat gefällt. Man entschied sich für den ehemaligen Regimentshautboisten.²⁷⁾ Tannenberg sah sich bald in seinen Rechten – insbesondere von Militärmusikern! – beeinträchtigt und bot der Kammerei freiwillig einen jährlichen Betrag von 25 Talern zum Schutze seiner Existenz an.²⁸⁾ Um häufig auftretenden Kollisionen entgegenwirken zu können, beantragte er sogar, das Regulativ auf eigene Kosten drucken lassen und es den „Commisarien, Bierschenkern, Concert-Tanz-Wirthen“ auszuhandigen zu können.²⁹⁾ Das wurde ihm auch gewährt. Das Zettelsystem auf der Grundlage des Regulativs war für die königliche Kammer lohnend. Nicht ohne Stolz berichtete der Kriegesrat Richter, „der Ertrag in allem ist pro 1768/9 von Potsdam gewesen = 452 Thaler 17 Groschen“ – vergleichsweise betrug die Jahreseinnahme aus Luckenwalde 1768 12 Taler 22 Groschen³⁰⁾ –, und er kommentierte das Potsdamer Verfahren sarkastisch: „Es ist immer gewiß, daß derjenige welcher tanzt nicht am Hunger laboriret, und folglich muß man rigoreus seyn, daß er zu denen Revenues (Einkünfte) des Staates zugleich etwas beyträgt.“³¹⁾ Tannenberg hingegen, so mußte Richter in demselben Bericht einräumen, hatte „nicht 1 Thaler Tractament (Besoldung) oder Emolumenta (Nebeneinkünfte) außer einer sehr kleinen Wohnung“ und mußte noch „die Musiquen in der Nicolai und St. Spiritus Kirche“ unentgeltlich versehen.³²⁾ Die wirtschaftliche Lage verschlechterte sich bei ihm und seinen Amtsnachfolgern Johann Carl Kruffky und Carl August Humrich zunehmend.

Bis in das 19. Jahrhundert hinein waren in den märkischen Provinzen Stadtmusikanten tätig. Ihr Glanz verblaßte aber mit dem beginnenden Niedergang des preußischen Absolutismus im 18. Jahrhundert. Einst hatten sie Bedeutung im städtischen und ländlichen Musikleben. Ihre Aufgabenbereiche unterschieden sich deutlich von denen der Hofmusiker, die an die königliche Kammer und die Hofoper gebunden waren. Sie waren in den Alltag des arbeitenden Volkes integriert, hatten als Gleiche unter Gleichen teil an seinen Freuden und Leiden. Die Stadtpfeifereien gehörten außerdem zu den frühen musikalischen Bildungseinrichtungen der unteren Bevölkerungsschichten.

Verschiedene Faktoren begünstigten ihren Verfall. Neben den Tatsachen, daß auch Nichtmusiker als Musikpächter fungierten und daß invalide Militärmusiker in den Zivildienst als Stadtmusikanten befördert wurden, ist der Hauptgrund in einer mangelnden musikalischen Spezialisierung zu sehen. Mit dem Aufsteigen des Bürgertums waren neue Veranstaltungsformen, neue musikalische Gattungen, Gestaltungsweisen und Spieltechniken verbunden, die der Spezialisierung des einzelnen Musikers bedurften. Die Hofmusiker waren von diesem gesellschaftlich determinierten Veränderungs-

zwang nicht berührt. Im Gegenteil, sie setzten die Maßstäbe, brachen aus der höfischen Enge aus und initiierten und befruchteten den bürgerlichen Musikbetrieb. Einzelne Stadtmusikanten konnten sich in ihn eingliedern. Ihr Gewerbe allgemein jedoch trat in den Hintergrund.

Quellen:

- 1 Sachs, C., Musikgeschichte der Stadt Berlin bis zum Jahre 1800, Berlin 1908, S. 15
- 2 Quantz, J. J., Autobiographie, in: Kahl, W., Selbstbiographien deutscher Musiker des 18. Jahrhunderts, Köln und Krefeld 1948, S. 104 f
- 3 Zelter, C. F., Autobiographie, in: Carl Friedrich Zelters Darstellungen seines Lebens, hrg. v. Schottländer, J. W., Verlag der Goethe-Gesellschaft Weimar 1931, S. 40
- 4 Staatsarchiv Potsdam, Pr. Br. Rep. 7, Ruppın, Nr. 954, Bl. 11
- 5 ebenda, Pr. Br. Rep. 7, Zinna, Nr. 1595, Bl. 1
- 6 ebenda, Pr. Br. Rep. 7, Lindow, Nr. 109, Bl. 2, 3
- 7 Edikt vom 7. 3. 1720, in: Mylius, Ch. O., Des corporis constitutionum marchicarum, 4. Teil, Abt. 3, Nr. 63, Berlin 1736
- 8 Geschichte des Königlichen Potsdamschen Militärwaisenhauses von seiner Entstehung bis auf die jetzige Zeit, hrg. zur hundertjährigen Stiftungsfeier der Anstalt im November 1824, Verlag Ernst Siegfried Mittler 1824, S. 370
- 9 ebenda, S. 374
- 10 Edikt vom 7. 3. 1720, a.a.O.
- 11 Staatsarchiv Potsdam, Pr. Br. Rep. 7, Ruppın, Nr. 413, Bl. 2, 3
- 12 ebenda, Bl. 4
- 13 ebenda, Pr. Br. Rep. 7, Jüterbog, Nr. 2460, Bl. 9
- 14 ebenda, Pr. Br. Rep. 7, Lindow, Nr. 109, Bl. 4
- 15 ebenda, L. 8
- 16 ebenda, Pr. Br. Rep. 7, Lehnin, Nr. 76, Bl. 8
- 17 ebenda, Pr. Br. Rep. 7, Zinna, Nr. 1595, Bl. 5
- 18 ebenda, Pr. Br. Rep. 7, Zinna, Nr. 1599, Bl. 2
- 19 Brachvogel, A. E., Das alte Berliner Theaterwesen. Ein Beitrag zur Geschichte Berlins und des deutschen Theaters, Berlin 1877, Bd. 1, S. 159
- 20 Edikt vom 13. 5. 1766, in: Mylius, Ch. O., Novum corpus constitutionum prussio-brandenburgensium praecique marchicarum, Verordnungen von 1766, Nr. 41, Berlin 1771, S. 430
- 21 Stadtarchiv Potsdam 7-02/36, M. III, 1765-1780
- 22 Staatsarchiv Potsdam, Pr. Br. Rep. 7, Zinna, Nr. 1598, Bl. 11
- 23 ebenda, Bl. 32
- 24 ebenda, Pr. Br. Rep. 7, Zinna, Nr. 1597, Bl. 5
- 25 ebenda, Pr. Br. Rep. 7, Lehnin, Nr. 76, Bl. 96
- 26 Regulativ von 1766, Staatsarchiv Potsdam, Pr. Br. Rep. 2, Potsdam, Nr. S 6569, Bl. 4
- 27 Stadtarchiv Potsdam, 1-3/130/1
- 28 Regulativ von 1766, a.a.O., Bl. 5
- 29 ebenda, Bl. 15
- 30 Staatsarchiv Potsdam, Pr. Br. Rep. 7, Zinna, Nr. 1597, Bl. 82
- 31 ebenda, Pr. Br. Rep. 2, Potsdam, Nr. S 6569, Bl. 15
- 32 ebenda, Bl. 14

Märkische Stadtmusikanten im 18. Jahrhundert, Anhang

Lindow

1700- bis nach 1721 Caspar Böttcher, seine Söhne Johann Caspar und Johann Friedrich waren seine Gesellen

Ruppin

-1684 Peter Goddun
1684-1703 Joachim Goddun, Sohn d. O., 1703 gest.
1703- bis nach 1721 Friedrich Witzel

Werder

1703-1718 Jacob Herrmann
1718-1720 Martin Hempel, ehem. Hautboist, 1720 gest.
1720-1726 Jacob Herrmann, d. O. übernahm das Amt nochmals
1726-1745 Johann Christoph Schwartz, ehem. Hautboist
1745-1751 Christian Ernst Schwartz, Sohn d. O., 1751 gest.
1751-1778 Christian Bornstedt, ehem. Hautboist, 1778 gest.
1778- Christian Ludewig Bornstedt, Sohn d. O.

Luckenwalde

1708-1720 Martin Hertzberg, sein Sohn Balthasar Gottfried war sein Geselle; Martin Hertzberg 1720 gest.
1720-1730 Gottfried Otto, ehem. Hautboist, 1730 gest.
1730- die Witwe Gottfried Ottos
1749-1768 Heinrich Christian Creta
1768-1782 Wilhelm Heinrich Creta, Sohn d. O., 1782 gest.
1783- Gottfried Heinemann, ehem. Hautboist

Potsdam

-1754 Müller, sein Sohn Andreas Wilhelm war sein Geselle, Müller 1754 gest.
1754-1770 Johann Gottfried Tannenberg, ehem. Hautboist, 1770 gest.
1770- bis nach 1779 Johann Carl Kruffky, ehem. Hautboist, zw. 1779 u. 1781 gest.
-1796 Carl August Humrich, hat das Amt vor 1781 übernommen, 1796 gest.

Die Werte der Heimat schützen und erhalten!

Von Sven Gustavs

Um dieses kulturpolitisch wichtige Ziel zu verwirklichen, hat die Regierung der DDR schon bald nach der Gründung unseres Staates entsprechende gesetzliche Grundlagen erlassen, staatliche Organe geschaffen und gesellschaftliche Organisationen gefördert, deren Aufgabe es ist, im Zusammenwirken mit den Bürgern die Naturschönheiten und historischen Stätten unserer Heimat zu pflegen, sie der Bevölkerung zur Erholung und Bildung sowie der Wissenschaft zur weiteren Erforschung zu erhalten.

Der Naturschutz, die Denkmalpflege und die archäologische Bodendenkmalpflege sind tätig bemüht, das Naturschutzgesetz, das Denkmalpflegegesetz und die Bodendenkmalpflegeverordnung – so die landläufigen Kurzbezeichnungen – zu verwirklichen. Die in vieler Hinsicht ähnlichen Aufgaben führten bisher leider nur gelegentlich zu gemeinsamen Unternehmungen wie z. B. auch am 12. 6. 1980. An diese sei hier, ungeachtet der seitdem bereits verstrichenen Zeit, angeknüpft, um zur Schließung einer offenbar teilweise noch bestehenden Informationslücke speziell über *archäologische Funde und Ausgrabungen* beizutragen¹⁾.

Der Kreisnaturschutzbeauftragte des Kreises Königs Wusterhausen, Oberförster H.-J. Koch, und der Autor führten an dem genannten Tag eine Kontrollfahrt zu eindrucksvollen eiszeitlichen Geländeformen, Dünenbildungen und Gewässerpartien sowie zu ur- und frühgeschichtlichen Bodendenkmälern und Fundplätzen durch, um deren Zustand zu überprüfen. Zwar gab es die Verunreinigung einer einst sorgfältig eingefassten Quellmulde unmittelbar am Dahmeufer mit Gerümpel und den Scherben zerschlagener gläserner Harztöpfe zu beanstanden, doch im übrigen stand anscheinend ein recht befriedigendes Ergebnis in Aussicht.

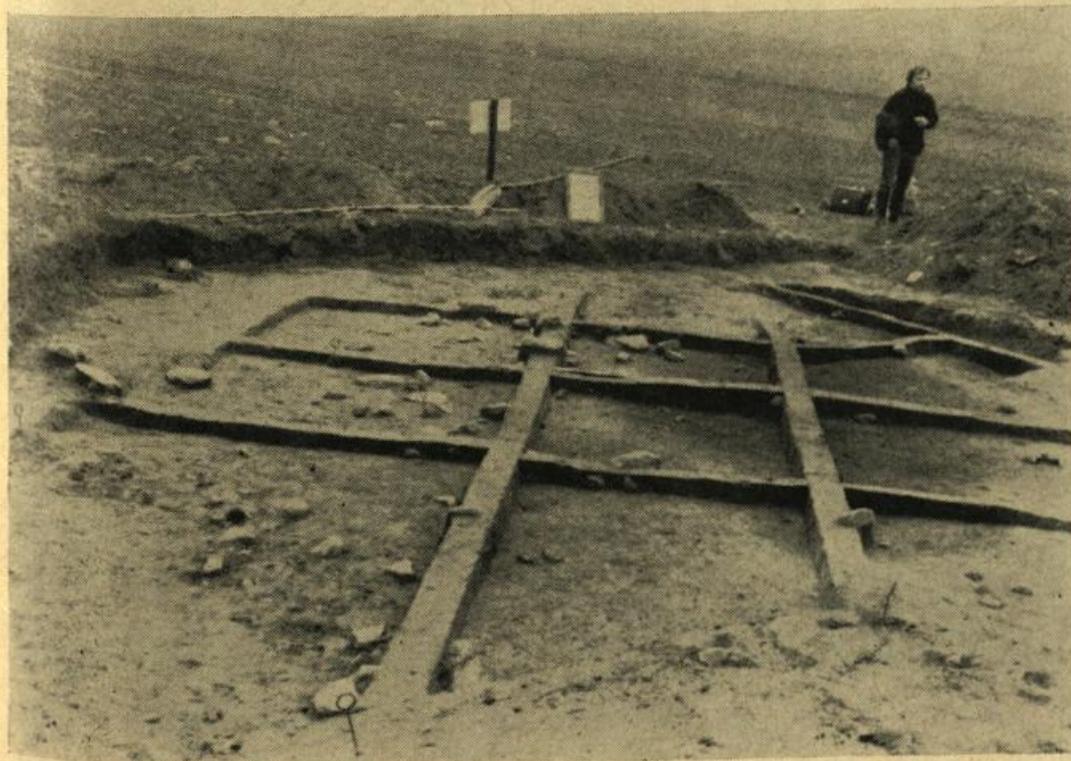
Leider bot sich an der letzten Station ein sehr schlechtes Bild! Der sagenumwobene „Hungrige Wolf“, eine stimmungsvolle Waldlichtung, auf der einst eine Herberge an einer alten, von Süden in Richtung Berlin verlaufenden „Heerstraße“ stand, war an zwei Stellen durchwühlt. Unregelmäßige Gräben und Löcher, herausgewühlte Fundamentsteine „belebten“ den Anblick. Nachdem nach Aussage von Herrn Koch bereits 1979 kleinere Löcher entstanden waren, mußte hier erst in der Woche zuvor weitergewühlt worden

sein; die umfängliche Angrabung eines kleineren Hügels, wohl den Resten eines Backofens, war noch frisch. Der unerfreuliche Tatbestand steht leider nicht ganz allein, so daß einige Hinweise auf wichtige, Bodenfunde und Ausgrabungen betreffende Grundsätze angebracht erscheinen.

Im vorliegenden Fall ist das Landschaftsbild ohne zwingenden Grund in mutwilliger Weise offensichtlich aus persönlichen Gründen und gegen das allgemeine Interesse gestört und damit auch gegen die „Verordnung zum Schutze und zur Erhaltung der ur- und frühgeschichtlichen Bodenaltertümer vom 28. Mai 1954“ (!) verstoßen worden.

Eine „Ausgrabung“ oder richtiger Raubgrabung dieser Art durch Laien zerstört historische Denkmalsubstanz, vernichtet Erkenntnismöglichkeiten und schädigt „Gegenstände von kulturhistorischer Bedeutung“ (ZGB § 361,) d. h. Volkseigentum. Sie ist ganz einfach ungesetzlich, gleich welche Motive ihr im Einzelfall zugrundeliegen, ob naives Interesse, Sammelleidenschaft oder gar Streben nach unrechtmäßigem Gewinn.

Alte Befestigungsanlagen, Siedlungsstellen, wüste Orte oder Begräbnisstätten aus ur- und frühgeschichtlicher Zeit sowie Reste von Produktionsanlagen (Öfen verschiedener Art, Teerbrennerneien u. a.) genießen sämtlich den



Während einer Sondierungsgrabung des Museums für Ur- und Frühgeschichte Potsdam. Fläche und Profilstege sind für die Dokumentation der Befunde sorgfältig gesäubert

Schutz der genannten Verordnung und ihrer Durchführungsbestimmungen. Sie besagen, daß jede Ausgrabung an einem entsprechenden Geländeobjekt vom zuständigen Museum für Ur- und Frühgeschichte schriftlich genehmigt werden muß, wobei vom Veranstalter der Grabung eine Reihe von Forderungen zu erfüllen ist, wie sachkundige Durchführung (Abb. 1), exakte Dokumentation der Befunde und Überführung sämtlicher Fundgegenstände in eine öffentliche Sammlung (Museum). Die Rettung akut gefährdeter Bodentalertümer vor drohender Zerstörung kann jeder Bürger vornehmen, und wenn die geschichtliche Bedeutung der gesicherten Funde und sein Einsatz dies rechtfertigen, auch eine materielle Anerkennung dafür erhalten. Voraussetzung dafür ist allerdings die raschestmögliche Information des zuständigen Museums für Ur- und Frühgeschichte, damit dessen Mitarbeiter erforderlichenfalls weitere Sofortmaßnahmen ergreifen können.

Fundgegenstände von kulturgeschichtlicher Bedeutung (und das sind nicht nur materiell wertvolle Gegenstände wie Münzen, Schmuck, Waffen, sondern ebenso weniger auffallende urgeschichtliche Funde, z. B. Steingeräte,



Kollegen der LPG Obstproduktion Groß Kreuzt mit einem 800jährigen slawischen Tongefäß. Es wurde aufgrund ihrer Meldung über Scherben und Herdstellenfunde bei Erdarbeiten von Archäologen des Museums für Ur- und Frühgeschichte Potsdam aus einer Vorratsgrube geborgen. Aufschlußreich ist das Kreuzzeichen des ansässigen Töpfers auf dem Gefäßboden

Knochenwerkzeuge und unglasierte Tonscherben) gehen laut § 361 des Zivilgesetzbuches mit ihrer Auffindung in Volkseigentum über. Sie sind, gleich wo und von wem sie gefunden wurden und ob dies durch Zufall geschah oder nicht bei den sachlich und regional zuständigen Museen zu melden und abzuliefern. Alle diese Gegenstände stellen Sachzeugen der kulturgeschichtlichen und historischen Entwicklung dar, sind Geschichtsquellen, die neue Erkenntnisse vermitteln helfen. Leider nimmt ihre Zahl ständig ab, denn sicher werden viele von ihnen bei den an Zahl und Ausmaß anwachsenden maschinellen Erdbewegungen nicht erkannt. Umso sorgfältiger sind deshalb diejenigen Fundstücke zu behandeln und auszuwerten, die gefunden werden. Sie gehören in ein Museum mit einer entsprechenden Sammlung, wo sie sowohl den Spezialisten wie der Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden können.

Wer Interesse an diesen Dingen hat, sollte Verbindung zu einem ehrenamtlichen Bodendenkmalpfleger, einem Heimatmuseum oder einem der Museen für Ur- und Frühgeschichte aufnehmen²⁾, um Kontakte zu knüpfen, seine Kenntnisse zu erweitern und sie in größerem Rahmen sinnvoll und wirksam einzusetzen.

Anmerkungen

- 1 Vgl. auch S. Gustavs, Was tun mit Vorzeitfunden? Zu Bedeutung, Wertigkeit und Behandlung ur- und frühgeschichtlicher Bodenaltertümer. In: Heimatkalender für den Kreis Zossen 1984, S. 21-25.
- 2 Für die Bezirke Potsdam, Frankfurt/Oder und Cottbus ist das Museum für Ur- und Frühgeschichte Potsdam, 1502 Potsdam-Babelsberg, Schloß Babelsberg mit seinen Außenstellen in 1200 Frankfurt/Oder, Philipp-Emanuel-Bach-Straße 11 und 7500 Cottbus, Schloß Branitz, zuständig

Münzfunde auf dem Gebiet des Bezirkes Potsdam

Von Hans-Dieter Dannenberg

Münzfunde sind wichtige Zeugen der Geld-, Wirtschafts- und Territorialgeschichte. Sie geben z. B. orts- und zeitbezogene Auskünfte über Siedlungsgeschichte, Handelswege, Ware-Geld-Beziehungen, gesellschaftliche Bedingungen und natürlich zur Münzgeschichte selbst. Hierzu tragen nicht allein die Fundmünzen bei, sondern auch die Fundumstände, eventuell vorhande-

ne Aufbewahrungsbehältnisse (Gefäße usw.) und andere Fundinhalte (z. B. Schmuck). Münzfunde können weiterhin zur Orts- und Zeitbestimmung von bestimmten Ereignissen und Einrichtungen herangezogen werden.

Im wesentlichen unterscheidet man zwischen Einzel- und Verwahr- bzw. Schatzfunden. *Potin*¹⁾ schlägt eine Einteilung in ökonomische, kultische und ethnografische Münzfunde vor. Interessant sind vielfach die Fundumstände, d. h. die Art des Auffindens und des Verbleibs der Münzen, auf die hier nicht umfassend eingegangen werden kann, ebenso nicht auf die Münzbehältnisse und anderen Fundinhalte.

Als Forschungsleistung der Fachgruppe Numismatik Potsdam in der Gesellschaft für Heimatgeschichte wurde in den letzten Jahren versucht, die Münzfunde auf dem Gebiet des heutigen Bezirkes Potsdam zu erfassen. Aus dieser Münzfundzusammenstellung sollen hier vor allem bemerkenswerte Verwahr- und Schatzfunde dargestellt werden.

Es gibt über Münzfunde zahlreiche verstreute Literaturangaben, die hier nicht sämtlich angeführt werden können. Vor rund 50 Jahren hat *Suble*^{2,3)} eine Reihe von Münzfunden in der ehemaligen Mark Brandenburg zusammenfassend beschrieben.

Einige Museen unseres Bezirkes und der Hauptstadt Berlin sowie Numismatiker gaben uns mit Hinweisen wertvolle Unterstützung, wofür an dieser Stelle gedankt sei. Leider bleiben nicht wenige Münzfunde, vor allem Einzelfunde, unbekannt, da sie entweder nicht veröffentlicht oder von den Findern verheimlicht werden.

Die Münzfunde bzw. Fundmünzen lassen sich für unser Gebiet zeitlich etwa folgenden Gruppen zuordnen:

- Funde antiker römischer Münzen,
- Hacksilberfunde, Funde von Fernhandelsdenaren,
- Funde mittelalterlicher Münzen aus der Periode des Regionalpfennigs und der frühen Groschenprägung (Zeit nach der deutschen Besiedlung ab etwa 1150),
- Funde neuzeitlicher Münzen, insbesondere aus der Talerzeit.

Bei den ersten beiden Gruppen handelt es sich um Münzen, die nicht in unserem Gebiet geprägt worden sind. Diese Münzen waren für die hier ansässigen germanischen und später slawischen Stämme auch noch nicht Geld in unserem Sinne, also allgemeines Äquivalent zur Vermittlung der Warenproduktion und -zirkulation.

Funde antiker Münzen

Hierbei handelt es sich ausschließlich um Münzen des Römischen Reiches. Für das Gebiet der DDR hat *Laser*⁴⁾ sämtliche derartigen Funde bis 1980 bezirks- und kreisweise zusammengestellt, *Lebmann*⁵⁾ alle Funde bis 1945

für die Mark Brandenburg. Dabei handelt es sich zum stark überwiegenden Teil nur um Einzel- und Streufunde. So werden für den Kreis Belzig 7 Fundorte angegeben (8 Funde), für den Kreis Brandenburg (Stadt- und Landkreis) 8 Fundorte (12 Funde), den Kreis Potsdam und Zossen je 7. Dagegen haben die Kreise Kyritz und Gransee mit nur je 1 Fund und die Kreise Neuruppin, Pritzwalk und Wittstock mit je 2 Fundorten und Funden nur eine geringe Anzahl zu verzeichnen, unter Berücksichtigung einer immer anzusetzenden Dunkelziffer.

Die über Tauschhandel aus dem Römischen Reich einsickernden oder von germanischen Söldnern mitgebrachten Münzen wurden von den hier ansässigen germanischen Stämmen als Wertmetall (Silber) angesehen und als Tauschäquivalent genutzt. Vielfach dienten die Münzen als Schmuck und Grabbeigaben. Der Zufluß römischer Münzen begann mit dem Vordringen der Römer bis zum Rhein zur Zeit von Julius Cäsar und im 1. Jahrhundert u.Z., vor allem aber in der Regierungszeit Kaiser Hadrians (117–138 u.Z.) und endete in der ersten Hälfte des 6. Jahrhunderts in der Regierungszeit Kaiser Justinians. Aus der Zeit danach bis zum 8. Jahrhundert fehlen Münzfunde im Bezirk Potsdam, bis auf einen weiter unten erwähnten.

Nachstehend einige bemerkenswerte Funde von römischen Münzen:

Niemegk Kr. Belzig 1854: 1 km nördlich des Ortes 74 Denare aus der Zeit 219 v.u.Z. bis 127 u.Z. in einer Tonurne gefunden; darunter 19 Legionsdenare, die Marc Anton, einer der Julius-Cäsar-Nachfolger, um das Jahr 31 v.u.Z. zur Besoldung seiner Legionäre prägen ließ (siehe Abb. 1).

Luckenwalde: Zu Beginn dieses Jahrhunderts 1,5 km nordwestlich der Stadt in der Hetzheide 16 bronzene Münzen gefunden.

Stangenhagen Kr. Luckenwalde 1944: Beim Anlegen eines Spargelbeetes in einem Tongefäß 46 Tetradrachmen (alexandrinische Kolonialmünzen) aus der Zeit 247–361 u.Z. aufgefunden.

Buchow-Karpzow Kr. Nauen 1869: 5 Denare, in einem Torfstich gefunden.

Fernneuendorf bzw. Sperenberg Kr. Zossen um 1860: über 40 Sesterzen (Bronzemünzen).

Hacksilberfunde, Funde von Fernhandelsdenaren

In der ersten Periode des Mittelalters, während der unser Gebiet nach Abwanderung der Germanen von slawischen Stämmen besiedelt wurde, dienten silberne Materialien nach ihrer gewogenen Masse (Gewicht) als Tausch-



Abb. 1: Römischer Legionsdenar um 31 v.d.Z., Marc Anton, Durchmesser 15–18 mm, Masse 3,38 g, Vorderseite Galeere, Rückseite Legionsadler zwischen zwei Feldzeichen. Prägeort Ephesus

äquivalente und zur Schatzbildung. Dazu gehörten ganze und zerteilte Schmuckstücke, Silberdraht und -barren sowie fremde Münzen. Es wird angenommen⁶⁾, daß die ehemaligen slawischen Besitzer der verborgenen Schätze bei Kämpfen ums Leben gekommen sind, wobei auch ihre Siedlungen zerstört wurden. Einzelne Münzen dienten oftmals auch als Grabbeigaben („Wegepfennig“), z. B. in Funden von Schmergow, Fahrland und Phöben Kr. Potsdam.

Beginnend im 8. Jahrhundert und zunehmend im 9. und 10. Jahrhundert erscheinen in den Funden Münzen aus dem arabisch-persischen Raum, vor allem Dirham, aber auch byzantinische Münzen. Sie gelangten auf Handelswegen zu Wasser über das Schwarze Meer, Wolga und Dnepr, die baltischen Länder und die Ostsee zu uns. Ab 10. Jahrhundert nehmen dann die europäischen Münzen in den Funden zu, vor allem Denare der römisch-deutschen Könige und Kaiser sowie anderer deutscher Münzherren. Neben Otto-Adelheid-Pfennigen überwiegen im 11. Jahrhundert Hochrandpfennige, die sogenannten Sachsenpfennige, silberne Denare mit angestauchtem Rand. Beide wurden vorrangig aus Harzsilber in Magdeburg, Goslar und anderen westelbischen Münzstätten geprägt. Wegen ihres häufigen Vorkommens in den ostelbischen Hacksilberfunden hießen diese Sachsenpfennige früher auch Wendenpfennige. Angesichts ihrer Beliebtheit bei den Slawen sind sie im 11. Jahrhundert in größerem Umfang für den Handel mit den Slawen geprägt worden (Abb. 2).



Abb. 2: Sachsenpfennig (Hochrandpfennig) 11. Jh., Dbg. Nr. 1330, 16 mm, 0,87 g

Die Kreise Potsdam und Nauen, also das Havelgebiet, weisen eine auffällige Häufung von solchen Hacksilberfunden auf (siehe Tab. 1), nach *Herrmann*⁶⁾ vor allem auf Grund der früheren, durch dieses Gebiet führenden Handelsstraße Magdeburg – Lebus – Poznan. Der größte Teil der Schatzfunde lag in einer Zone von etwa 5 km beiderseits dieses Handelsweges. Dagegen sind uns solche Funde aus den Kreisen Belzig, Jüterbog und Wittstock bisher nicht bekannt geworden. *Herrmann*⁶⁾ hat für den Bezirk Potsdam 24 münzenhaltige Schatzfunde aus dieser Periode angegeben. Hinzu kommt eine Reihe von Einzelfunden⁷⁾. Außerhalb dieser Hacksilberfunde ist ein Fund von 3 byzantinischen Münzen aus der Zeit 527–775 u.Z. zu erwähnen, der 1928 in Brandenburg in der St. Annen-Straße gemacht wurde.

Funde mittelalterlicher Pfennig- und Groschenmünzen aus der Zeit etwa 1150 bis 1500

Noch unter dem letzten Slawenfürsten in unserem Gebiet, Pribislaw-Heinrich von Brandenburg, begann um 1140 die Prägung eigener Pfennigmünzen, insbesondere von silbernen Dünnpfennigen bzw. Halbbrakteaten (um 1157 wurden auch vom Sprewanenfürst Jaxa in Köpenick Brakteaten geprägt). Der bedeutsamste Fund hierzu und zur brandenburgischen Münzgeschichte kam 1880 in Michendorf bei Potsdam zutage. Beim Pflügen eines Ackers fand man annähernd 2000 Denare, neben magdeburgischen Brakteaten Dünnpfennige von Pribislaw-Heinrich und vermutlich in Brandenburg geprägte Brakteaten seiner Nachfolger, der askanischen Markgrafen Albrecht

dem Bären und Otto I., zusammen mit den Resten eines Tongefäßes. Als Entdecker des Fundes gilt der Potsdamer Fleischermeister und Amateurnumismatiker Julius Lange. Zu diesem um 1177 vergrabenen Münzschatz erschien eine Reihe von Veröffentlichungen. Unter den 11 brandenburgischen Münztypen fand man dort erstmals Dünnpfennige, auf denen neben Pribis-



Abb. 3: Dünnpfennig von Pribislaw-Heinrich von Brandenburg, Fund von Michendorf 1880, Bahrf. Nr. 3, 19,5 mm, 0,73 g, Vs. Brb. des Fürsten, Rs. Brb. seiner Gattin Petrißa, Umschrift HEIN BRAND / PETRIßA

law-Heinrich (auf der Vorderseite) seine Frau Petrißa (auf der Rückseite) dargestellt ist (Bahrfeldt Nr. 3, siehe 8). Der Fund enthielt 320 dieser Petrißa-Pfennige (siehe Abb. 3). Die Ähnlichkeiten im Münztyp dieses Fundes, auch bei anderen Brakteatenfunden, lassen erkennen, daß die brandenburgischen Dünnpfennige und Brakteaten dieser Zeit vielfach auf magdeburgische Vorbilder zurückgingen und die Münzstempel eventuell sogar von den gleichen Handwerkern (Stempelschneider) angefertigt worden sind wie die magdeburgischen. Erzbistum und Stadt Magdeburg waren im Mittelalter ein politisch-ideologischer und ökonomischer Ausgangspunkt der feudalen deutschen Ostexpansion, auch für die Münzprägung.

Von größerem Interesse sind weiterhin die Brakteatenfunde von Seelensdorf bei Pritzerbe 1876, Rothebach bei Lütze 1919/1926, Illmersdorf 1885, Trebbin 1899 und Mittenwalde 1929. Bis auf den letzteren kamen in diesen Funden vorrangig magdeburgische Brakteaten vor. (Abb. 4 u. 5)



Abb. 4: Drei Brakteaten des Erzbistums Magdeburg 1. Hälfte des 13. Jh., Fd. von Trebbin 1899, 22 mm, durchschn. 0,87 g

Die wichtigsten Denar-, Hohlpfennig- und Groschenfunde sind in Tabelle 2 aufgeführt. Hier wird eine Konzentration der Funde auf die Stadt Brandenburg und ihre Umgebung sichtbar, die Bedeutung dieser mittelalterlichen Doppelstadt als wirtschaftliches Zentrum und wichtiger Prägeort in der Markgrafschaft Brandenburg deutlich machend.

Von der Masse her wurde der größte Fund mit 7,9 kg Münzen 1909 in Gransee beim Fundamentausheben zu einem Hausneubau gemacht. Darin

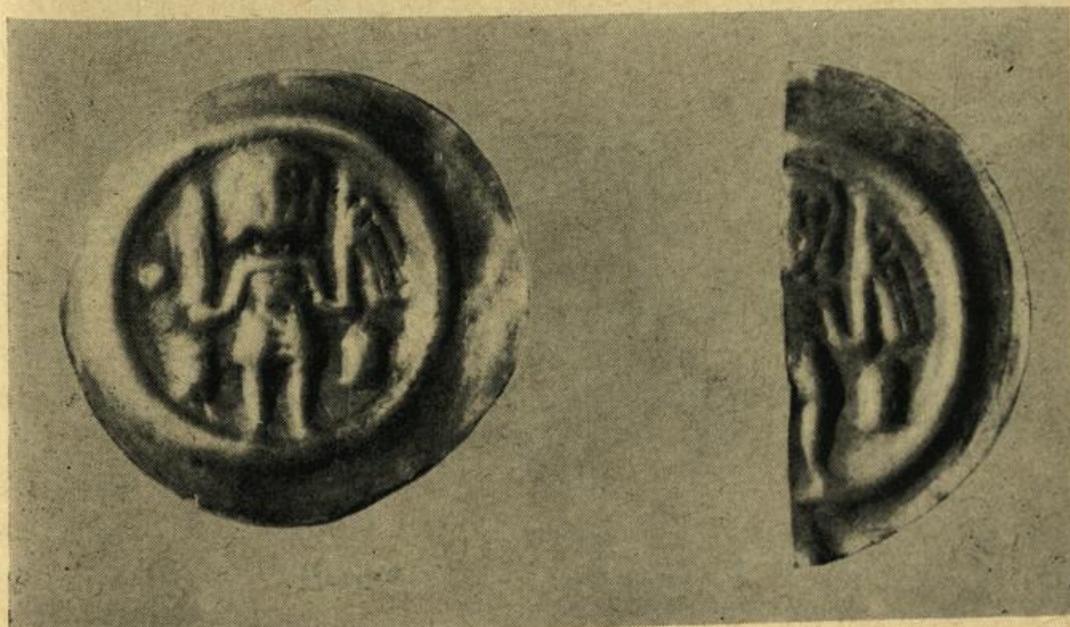


Abb. 5: Brandenburgischer Brakteat (1 und 1/2) 13. Jh., Fd. von Mittenwalde 1929, Bahrf. Nr. 393, 23,5 mm, 0,63 g

befanden sich über 11 800 Denare des 14. Jahrhunderts, 4300 halbe Denare, 46 Brakteaten u.a. 4367 Stück gehörten zum Denartyp Bahrfeldt 666, als dessen Prägeort *Bahrfeldt*⁹⁾ Kyritz angenommen hat (Abb. 6).

Auch in zahlreichen anderen Denar- und Brakteatenfunden kamen in unterschiedlichem Umfang halbe Münzen vor. Die Halbierung nahm man im Mittelalter absichtlich vor, um beim Markthandel auch mit kleineren Münzeinheiten als ganzen Denaren zahlen zu können. Vielfach waren in den Funden Münzen anderer deutscher und ausländischer Münzherren vertreten, die für die damaligen Handelswege fast noch von größerem Interesse sind. Bemerk-



Abb. 6: Zwei brandenburgische Denare 14. Jh., Fd. von Gransee 1909, links: Bahrf. Nr. 666, vermutl. Münzstätte Kyritz, 15 mm, 0,58 g, Vs. Steh. geflügelter Markgraf, Rs. (links unten) Lilienkreuz mit je einem Helm in den Winkeln. Rechts: Bahrf. Nr. 751, vermutl. bischöfliche Münzstätte Havelberg/Wittstock, 14 mm, 0,63 g, Vs. Steh. Bischof mit zwei Krummstäben, Rs (rechts unten) Stern aus drei Eicheln und drei Eichenblättern

are,
als
ter-
Mit-
ein-
den
für
ner-

kenswert ist die große Vielfalt der Denar- und Brakteatentypen in vielen Funden. *Babrfeldt*⁹⁾ hat z. B. für die Zeit 1140 bis 1415 über 750 verschiedene brandenburgische Pfennigtypen beschrieben. Ein Grund war hierfür neben der Vielzahl von Münzstätten die häufige Münzverrufung und -erneuerung im 12. bis 14. Jahrhundert. Es soll hier auch darauf hingewiesen werden, daß bis ins 20. Jahrhundert hinein in unserem Heimatgebiet nicht allein die in Brandenburg-Preußen geprägten Münzen als Geld angenommen wurden und der Schatzbildung dienten, sondern auch fremde Münzen, im wesentlichen entsprechend der Silber- oder Goldmasse, die sie repräsentierten. Dies gilt auch für andere Gebiete. Beispielsweise waren auf unserem Territorium in der Zeit etwa von 1350 bis 1450 Prager (Böhmische) Groschen als größere Zahlungsmittel vorherrschend. Erst danach wurden auch brandenburgische Groschen geprägt (siehe z. B. die Funde von Trebitz, Buckau und Brandenburg 1913).

Funde neuzeitlicher Münzen

Vorherrschend sind hier Verwahr- bzw. Schatzfunde aus dem 17. Jahrhundert, insbesondere aus der Zeit des 30jährigen Krieges 1618–1648 und der schwedisch-brandenburgischen Kampfhandlungen um 1675. Die Funde wurden zumeist im Zusammenhang mit den kriegerischen Ereignissen vergraben, sei es von Soldaten als Beute, sei es von vermögenden Bewohnern aus Angst vor Plünderung.

Eine gewisse Häufung derartiger Funde zeigt sich in den Kreisen Nauen, Potsdam, Zossen und Königs Wusterhausen, also in einem Gebiet westlich, südlich und östlich (hierzu Fund von Fürstenwalde 1959) der damaligen Residenzstadt Berlin-Kölln.

Nachstehend uns bekannt gewordene größere Funde (kreisweise):

Jeserig Kr. Brandenburg 1916: 53 Gold- und 182 Silbermünzen von 18 deutschen und ausländischen Münzherren aus der Zeit 1657 bis 1795, darunter 17 niederländische Dukaten und 155 preußische Taler, vergraben gewesen im Keller eines alten Hauses.

Seelensdorf Kr. Brandenburg 1846: 16 Taler von 7 Münzherren aus der Zeit 1619 bis 1660, beim Ackerpflügen gefunden.

Jüterbog 1935: Beim Umbau eines Restaurationshauses am Markt in 3 Gefäßen 10 277 Münzen aus dem 16. und 17. Jahrhundert gefunden, neben Talern und Groschen über 9000 Pfennigmünzen von über 70 Münzherren, vergraben um 1627.

Ragow Kr. Königs Wusterhausen 1936/1938: Im Abstand von 2 Jahren rd. 1250 Silbermünzen des 17. Jahrhunderts am früheren Standort einer Windmühle gefunden. Überwiegend brandenburgische Groschen und Driteltaler. Vergraben um 1680.

Zachow Kr. Nauen 1835: Größere Anzahl von Talern und Talerteilstücken aus der 2. Hälfte des 17. Jahrhunderts auf einem Bauerngehöft gefunden.

Bergholz bei Potsdam 1929: Bei Gartenarbeiten Fund von 29 Talern und 8 Goldmünzen verschiedener deutscher und ausländischer Münzherren aus dem 16./17. Jahrhundert.

Bliesendorf Kr. Potsdam 1845: Im Garten des Pfarrhauses 12 Gold- und 43 Silbermünzen aus der Zeit 1542 bis 1640 sowie Schmuck gefunden, vermutlich von einem Söldner vergraben.

Sommersberg bei Pritzwalk 1965: Bei Planierungsarbeiten durch einen Traktoristen 785 Silbermünzen aus dem 16. Jahrhundert gefunden, vornehmlich Doppelschillinge der Hansestädte und von Holstein, vergraben um 1600.

Kuhsdorf Kr. Pritzwalk 1913: Zahlreiche Taler und Talerteilstücke aus der Zeit 1672–1766 sowie 2 französische Goldmünzen. Gefunden an der Stelle eines abgerissenen Hauses.

Königsberg Kr. Wittstock 1968: 41 Silber- und 4 Goldmünzen aus der Zeit 1861–1915 sowie Schmuck. Gefunden von Waldarbeitern und von der Volkspolizei sichergestellt.

Gröben (Kietz) Kr. Zossen 1899: Fund von 15 bis 18 Talern und etwa 1 kg kleineren Münzen aus dem 17. Jahrhundert bei einem Hausneubau. Vermutlich im 30jährigen Krieg vergraben.

Groß Kienitz Kr. Zossen 1932: Beim Grabenausheben hinter einer Scheune 407 Silbermünzen aus dem 16. und 17. Jahrhundert gefunden, darunter 33 Taler, 11 halbe Taler, der Rest Groschen. Vergraben um 1636.

Kummersdorf Kr. Zossen 1938: Bei Erdarbeiten zum Bau eines Schuppens 70–80 Silbermünzen des 16./17. Jahrhunderts aufgefunden, neben einigen Talern und Gulden vor allem Groschen und Dreier; vergraben um 1636.

Rehagen Kr. Zossen Ende des 19. Jahrhunderts: 93 Münzen aus dem 16./17. Jahrhundert, darunter 8 Taler aus den Niederlanden.

Zu den Verwahrfunden sind auch solche zu zählen, die in ausgewählten Bauten niedergelegt wurden und bei Rekonstruktionsarbeiten wiedergefunden werden, so z. B.

- 1971 bei der Reparatur des Rathausturmes von Belzig (Münzen aus den Jahren 1834 und 1901),
- 1979 in Potsdam bei Aufbrucharbeiten am Sockel des ehemaligen Denkmals von König Friedrich Wilhelm III. auf dem jetzigen Platz der Nationen (8 preußische Taler aus der Zeit 1770–1844),

- 1938/1978 bei der Reparatur des Turmkopfes des Brandenburger Doms (2 preußische Taler und 2 Pfennigmünzen von 1836, 1978 auch Münzen von 1938),
- 1849 im Turm der Brandenburger Petrikapelle (brandenburgische Pfennig- und Groschenmünzen von 1676/79 sowie 1 Gulden von 1720).
- um 1950 im Turmknauf der Kirche von Rosenwinkel Kr. Pritzwalk (17 Münzen, davon 15 aus der Zeit Friedrich II. von Preußen).

Für den Bearbeiter eines Themas wie Münzfunde wird es schwierig sein zu entscheiden, ob und wann alle aufgetretenen Funde erfaßt sind. Der Autor ist deshalb für Hinweise zu weiteren Funden oder Ergänzungen dankbar, wie er auch zu näheren Angaben über einzelne Funde gern bereit ist.¹⁰⁾

Es erscheint unbedingt notwendig, an dieser Stelle nochmals auf die gesetzliche Melde- und Ablieferungspflicht für Münzfunde hinzuweisen, wie sie im Zivilgesetzbuch der DDR vom 19. 6. 1975 (§ 361) und in der Verordnung zum Schutz und zur Erhaltung der ur- und frühgeschichtlichen Bodentalertümer vom 28. 5. 1954 (GBl. Nr. 54, S. 547) festgelegt ist. Solche Funde stellen ausgehend von dem einleitend dargestellten territorial-, kultur- und geldgeschichtlichem Wert zumeist wertvolles Kulturgut dar. Bei ordnungsgemäßer Meldung und Abgabe des Fundes wird der Finder eine angemessene Belohnung oder Entschädigung erhalten.

Anmerkungen:

- 1 Potin, V. M.: Systematisierung der Münzfunde und ihre Bedeutung für die numismatische Forschung. Actes du 8. congrès international de numismatique, New York/Washington 1973, Paris-Basel 1976, S. 13.
- 2 Suhle, A.: Brandenburgische Münzfunde aus voraskanischer Zeit. Brandb. Jahrb. Berlin 1936, S. 34.
- 3 Suhle, A.: Die märkischen Münzfunde und ihre Probleme. Brandenburgia 40 (1931), S. 155.
- 4 Laser, R.: Die römischen und frühbyzantinischen Fundmünzen auf dem Gebiet der DDR. Akademie Verlag Berlin 1980.
- 5 Lehmann, H.: Römische Fundmünzen der Mark Brandenburg. Berliner Blätter f. Vor- u. Frühgeschichte 10 (1963), S. 28 u. 147.
- 6 Herrmann, J.: Siedlung, Wirtschaft und gesellschaftliche Verhältnisse der slawischen Stämme zwischen Oder/Neiße und Elbe. Akademie Verlag Berlin 1968.
- 7 Herrmann, J. und Donat, P.: Corpus archäologischer Quellen zur Frühgeschichte auf dem Gebiet der DDR (7.-12. Jh.). Akademie Verlag Berlin 3. Lieferung 1979.
- 8 Bahrfeldt, E.: Das Münzwesen der Mark Brandenburg. Verlag W. H. Köhl Berlin 1889 und 1895.
- 9 Bahrfeldt, E.: Mittelaltermünzen. Verlag der Berliner Münzblätter 1915, S. 212.
- 10 Anschrift des Autors: Dr. H.-D. Dannenberg, 1500 Potsdam, Brauhausberg 14

Tabelle 1 Schatzfunde aus der Hacksilber- und Fernhandelsdenar-Periode (kreisweise)

Bei Brandenburg vor 1861	Schatz aus dem 11. Jh. mit zerstückeltem Schmuck und ca. 13 arabischen Münzen.
Barsdorf Kr. Gransee 1850	9 Münzen aus dem 11. Jh. in einem Grabhügel.
Zehdenick Kr. Gransee 1891	Hacksilber u. Münzen aus dem 10./11. Jh. beim Brückenbau in slaw. Gefäß gefunden.
Kyritz vor 1842	In einem Gefäß 36 Silbermünzen, vor allem Sachsenpfennige, vergraben um 1060.
Mechow Kr. Kyritz 1882	Gefäß mit 240 Münzen, darunter 9 Typen magdeburgischer Sachsenpfennige, um 1080 vergraben.
Bredow Kr. Nauen vor 1892	Gefäß mit ca. 400 g Münzen aus der Mitte 12 Jh., darunter 5 von Jaxa v. Köpenick.
Paretz Kr. Nauen 1882	Zerhacktes Silber, Schmuck, arabische, italienische und deutsche Münzen (frühe Sachsenpfennige vergraben um 975.
Quermathen bei Nauen 1926	In einem Gefäß 15 Münzen, darunter 7 Sachsenpfennige, aus der 2. Hälfte des 11. Jh. sowie Schmuck.
Wachow Kr. Nauen 1902	Hacksilber (arabische Schmuckreste) und rd. 150 Münzen, zumeist jüngere Sachsenpfennige (22 Typen), vergraben um 1070.
Alt Ruppin Kr. Neuruppin 1898	400 g Münzen aus dem 11./12. Jh.
Oranienburg 1861	Schmuck und 78 Münzen Anfang 11. Jh., darunter 7 arabische u. 49 deutsche.
Alt Töplitz Kr. Potsdam 1902	In einem Gefäß 126 Denare des 10./11. Jh., darunter 83 jüngere Sachsenpfennige, vergraben um 1070.
Golm Kr. Potsdam 1935	Schmuck und 65 Denare Ende 11. Jh., in Magdeburg und vermutlich Arneburg geprägt, mit Resten eines Tongefäßes, vergraben um 1100.
Leest Kr. Potsdam 1878	In einem Topf 530 jüngere Sachsenpfennige und magdeburgische Denare, vergraben um 1120.

Leest 1906	In einem Gefäß rd. 600 Münzen, darunter rd. 500 Sachsenpfennige, aus dem 11. Jh. und Schmuck.
Potsdam (Hermannswerder) 1936	Neben Bernstein und Schmuckperlen rd. 70 Sachsenpfennige, um 1050 geprägt.
Seeburg Kr. Potsdam 1941	204 Sachsenpfennige, daneben Hacksilber und Schmuck in einem Gefäß, 11. Jh.
Bamme Kr. Rathenow 1839	Schatzfund aus dem 10. Jh. mit Münzen, vor allem in Köln geprägte.
Klein Beeren vor 1837	18 Münzen aus dem 10./11. Jh., darunter Sachsenpfennige, sowie Schmuckgegenstände.

Tabelle 2 Münzschatzfunde aus der Periode des Regionalpfennigs und der frühen Groschenprägung (1150-1500; kreisweise)

Belzig 1941	1772 vorwiegend brandenburgische Denare u. a. vergraben um 1300.
Rothebach bei Lütte Kr. Belzig 1919/1926	258 und nochmals 1200 magdeburgische Brakteaten aus der 1. Hälfte des 13. Jh.
Trebitz Kr. Belzig 1892	555 zumeist brandenb. Hohlpfennige und 342 überwiegend meißnische und Prager Groschen aus dem 15. Jh.
Brandenburg um 1600	Denare der askanischen Markgrafen.
Brandenburg 1894	Rd. 1000 Denare der brandenb. Markgrafen und von 12 anderen deutschen Münzherren, vergraben um 1305.
Brandenburg 1899	Rd. 1900 zumeist brandenb. Denare, vergraben um 1300.
Brandenburg 1902	1350 zumeist brandenb. Denare aus der 1. Hälfte des 14. Jh.
Brandenburg um 1913	19 Prager Groschen aus der Zeit um 1400.
Brandenburg 1968	1188 brandenb. Hohlpfennige des 15. Jh., vergraben um 1470.
Buckau Kr. Brandenburg 1958	303 meißnische Groschen aus der Zeit um 1400.
Götz Kr. Brandenburg 1882	Rd. 2,5 kg zumeist brandenburgische Denare, vergraben Ende des 13. Jh.

Krahne Kr. Brandenburg um 1900	46 brandenb. Denare (wie Fd. Brandenburg 1902).
Schmölln bei Brandenburg 1899	1858 brandenb. Denare des 13. Jh.
Seelensdorf Kr. Brandenburg 1876	Rd. 2000 Brakteaten des brandenb. Markgrafen Otto II. und des Erzbistums Magdeburg, vergraben um 1205.
Gransee 1909	Über 11 800 zumeist brandenb. Denare aus dem 14. Jh., Brakteaten, 1 Goldgulden und Schmuckstücke.
Illmersdorf Kr. Jüterbog 1885	684 magdeburgische und sächsische Brakteaten, vergraben um 1200.
Mittenwalde Kr. Königs Wusterhausen um 1828	vermutlich brandenb. Dünnpfennige von Pribislaw-Heinrich um 1140.
Mittenwalde 1929	88 brandenb. Brakteaten aus dem 13. Jh. (nur 1 Typ).
Lühsdorf Kr. Luckenwalde 1881	Etwa 400 zumeist brandenb. Denare, vergraben um 1300.
Trebbin Kr. Luckenwalde 1899	537 zumeist magdeburgische Brakteaten des 13. Jh.
Grünefeld Kr. Nauen 1886	21 Goldgulden westdeutscher Münzherren und mehrere brandenb. Groschen aus dem 15. Jh.
Markee Kr. Nauen 1834	380 Brakteaten aus dem 12. Jahrhundert.
Molchow Kr. Neuruppin 1947	Rd. 1100 zumeist brandenb. Denare des 14. Jh. und 2 Prager Groschen.
Groß Glienicke Kr. Potsdam 1868	Einige Hundert zumeist brandenb. Denare aus der Zeit um 1300.
Michendorf Kr. Potsdam 1880	Etwa 2000 magdeburgische und brandenb. Brakteaten und Dünnpfennige, vergraben um 1177.
Potsdam um 1833	Brakteaten des 13. Jh., überwiegend niederlausitzer.
Klein Woltersdorf Kr. Pritzwalk 1906	Rd. 1700 Münzen aus der Zeit um 1400, zumeist mecklenburgische und pommersche Witten, vergraben um 1430.
Langnow Kr. Pritzwalk 1952	116 zumeist brandenb. Denare des 13. Jh.
Vieritz Kr. Rathenow 1910	123 magdeburgische Brakteaten aus der Zeit um 1150.

Herzsprung Kr. Wittstock
1882

Groß Beeren Kr. Zossen 1884

Mahlow Kr. Zossen 1880

Wünsdorf Kr. Zossen 1887

Zahlreiche zumeist brandenb. Denare des
13. Jh.

Zahlreiche Münzen aus dem 15. und begin-
nenden 16. Jh., darunter brandenb. Hohl-
pfennige und Groschen, vergraben um 1541.

418 brandenb. Denare aus der Zeit um 1300.

Rd. 2200 zumeist brandenb. Hohlpfennige
und Groschen des 15. Jh.

Potsdamer Zinngießer

Von Hans Eulenstein

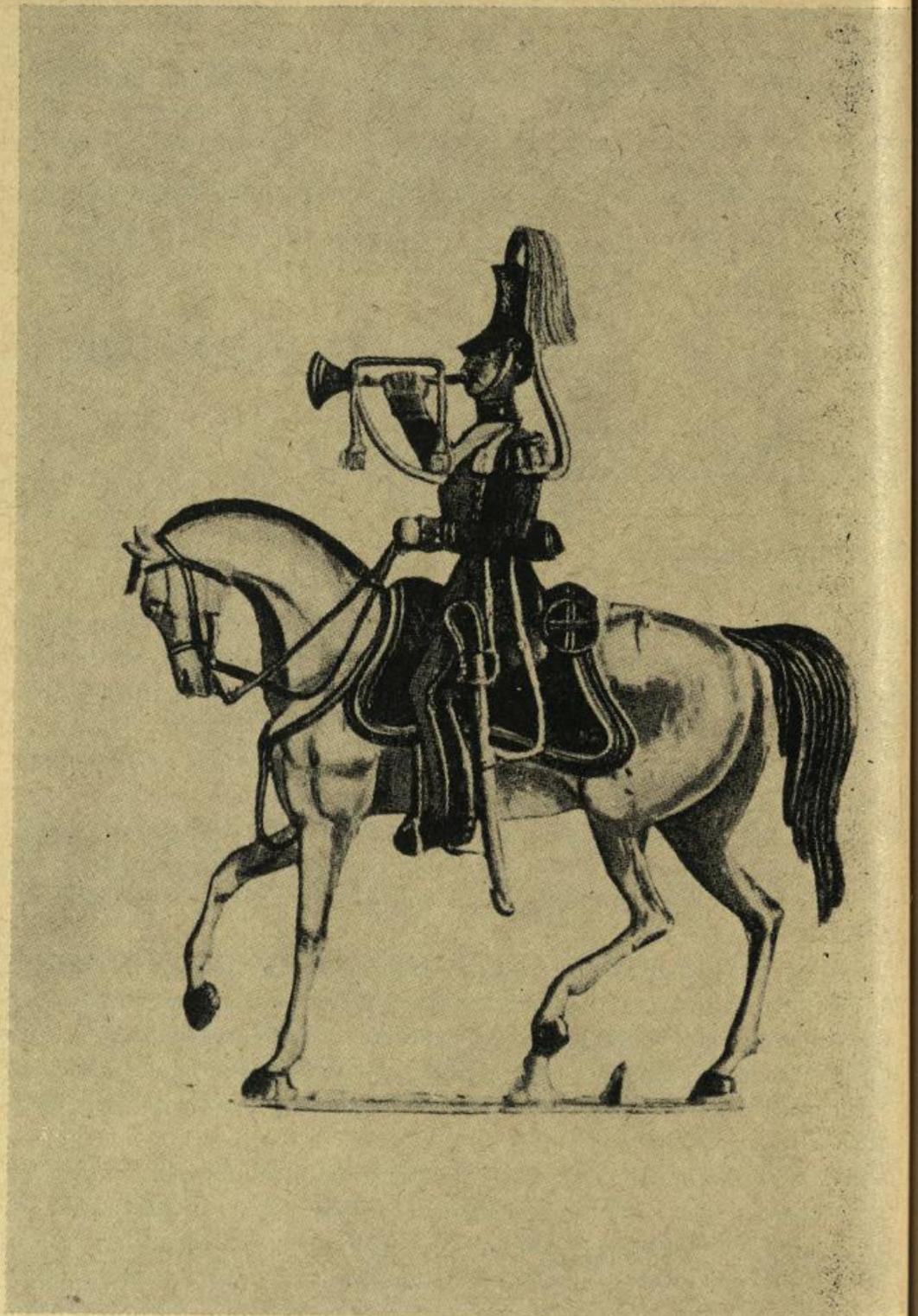
Die Wiedereröffnung des Potsdam-Museums 1984 in der Wilhelm-Külz-
Straße gibt Veranlassung, sich einen der Exponate zuzuwenden, welches im-
mer wieder die Blicke der Besucher anzieht – den Zinnfiguren der Offizin
Meyerheine.

Etwa 600 Figuren unterschiedlicher Größe zeigt das Museum, deren Formen
zwischen 1850 bis 1875 von begabten Graveuren geschaffen wurden.

So können wir das Marktleben um 1870, ländliche Vorstellungen im Bieder-
meier, Park-, Jagd- und Zirkusszenen bewundern. Daneben paradiert das
1. Potsdamer Garde-Regiment zu Fuß und demonstriert ein Stück militan-
ter Stadtgeschichte.

Die kunstvoll geschaffenen Zinnfiguren sind meist Abgüsse der historischen
Formen, die in mühevoller Arbeit von den Fürstenwalder Sammlerfreunden
Horst und Florian Wilke restauriert wurden. Die Figuren verdienen auch
deshalb Beachtung, weil sie sich von der zu dieser Zeit üblichen Massenware
unterscheiden und im Detail die Qualität von Spielzeugfiguren weit über-
trafen.

Johann Carl Meyerheine, der Gründer der Offizin (Werkstatt), wurde am
5. Dezember 1793 in Klein-Aschersleben geboren. Am 2. Oktober 1818 er-
folgte seine Vereidigung als Bürger zu Potsdam. Er heiratete die Tochter
des Zinngießers Johann Gottlieb Hollberg, der ebenfalls Potsdamer Bür-
ger war. Sein Sohn, Adolf Meyerheine, geboren im Jahre 1819, übernahm
das väterliche Geschäft 1845 und stellte es im hohen Alter 1896 ein. Dessen
einziger Sohn Rudolf erlernte gleichfalls den Beruf eines Zinngießers, hat
diesen jedoch später nicht mehr ausgeübt.



Trompeter des 1. Potsdamer Garde-Ulanen-Regiments 1870 der Offizin Meyerheine
(Höhe der Figur 10 cm)

Al
gr
Da
Di
ter
fo
Si
M
m
Ac
ter
de
da
vo
di
Se
Pa
Fo
sch
19
an
in
ge
la
W
hö
M
19
tu
ge
M
A
Fi
ge
se
Ja
in
W
hi
D
lu
D

Als Rudolf Meyerheine durch die Inflation sein Hausgrundstück verlor, vergrub er in dessen Garten die Zinnfiguren-Formen.

Damit schienen die Formen für immer verloren zu sein.

Die Bemühungen des Rechnungsdirektors Otto Herrmann aus Berlin-Lichtenfelde, der sich sehr für den Verbleib der Formen interessierte, waren erfolgreich. 1927 konnten die Formen ausgegraben und sichergestellt werden. Sie befinden sich seitdem im Besitz des Heimatmuseums Potsdam.

Meyerheine stellte Figuren in den Größen 10,0; 8,5; 6,5; 5,0 und 3,5 Zentimeter her. Aus der Zeit Hollbergs sind nur wenige Figuren bekannt, da Adolf Meyerheine 1845 die vorhandenen alten, in der Werkstatt hergestellten Formen als minderwertig zerschnitt oder abschliif und zur Benutzung der Außenseiten an den Graveur Wildt abgegeben hat. Seit 1860 wurden, da Meyerheine von dieser Zeit an nicht mehr selbst gravierte, nur noch die von Wildt gelieferten Formen geschäftlich verwertet. Ein Teil der Figuren, die das Museum zeigt, stammen aus den Formen dieses Graveurs.

Sehr gut lassen sich noch die 10,0 Zentimeter großen Figuren der Potsdamer Paradeserien, vor allem Garde-Kavallerie um 1860 abgießen. So weit die Formen noch intakt sind, erfolgt der Guß recht mühelos, eine gute Eigenschaft, die man bei alten Formen sehr oft beobachten kann.

1956 hat der Arbeitskreis Kulturgeschichtliche Zinnfiguren im Kulturbund am Stadtmuseum Weimar 155 Formen aus Potsdam zum Abguß erhalten, in mühevoller Arbeit diese historischen Formen hergerichtet und auch abgegossen. Das war nach der Ausgrabung 1927 erstmalig geschehen und erlaubt uns somit einen interessanten Überblick über die Potsdamer Offizin.

Wenn auch die Werkstatt Meyerheines nur örtliche Bedeutung erlangte, gehörte sie doch zu den bedeutendsten im norddeutschen Raum.

Mit dem Beginn der industriellen Revolution Mitte der dreißiger Jahre des 19. Jahrhunderts in Deutschland vollzog sich auch im Handwerk ein Struktur- und Funktionswandel. Aber nur den konkurrenzfähigsten Handwerkern gelang der Übergang zur kapitalistischen Warenproduktion. Der Offizin Meyerheine ist das offensichtlich nicht gelungen.

Als weit bedeutendere Firmen entwickelten sich die „Zinn-Compositions-Figuren-Fabrik Ernst Heinrichsen“ in Nürnberg (1839) und die Offizin Allgeyer in Fürth (1840). Ihnen folgte die Fabrikgründung von Theodor Krause in Gotha (1853). Diese führenden Firmen bestimmten in den folgenden Jahren bis in die 1. Hälfte des 20. Jahrhunderts die Zinnfigurenproduktion in Deutschland. Heinrichsen wurde zur größten Zinnfiguren-Offizin der Welt. 1920 führte diese Firma allein ca. 10 000 Modelle. Es gibt kaum ein historisches Ereignis, das nicht in Heinrichsenfiguren lebendig erhalten blieb. Dazu kommen die wichtigsten zeitgenössischen Ereignisse und die Darstellung des Militärs vieler Völker und Zeiten.

Die Zinngießer lieferten die Figuren bemalt. Als Grundlage galt der Ver-

trieb nach Gewicht. Die Käufer konnten die ovalen Spanschachteln, ein großer Teil wurde im Sonneberger Gebiet angefertigt, zu 1, $\frac{1}{2}$, $\frac{1}{4}$ oder $\frac{1}{8}$ Pfund Gewicht erwerben. Sie enthielten entweder 200, 100, 50 oder 25 Fußsoldaten. Dieser Anzahl entsprach das Gewicht von 100, 50, 25 oder 12 Reitern. Andere Packungen enthielten Wagen, Kanonen und Zubehör. Häufig lagen gedruckte Beschreibungen zur „patriotischen“ Belehrung der Jugend bei.

Die Preise für Zinnfiguren waren im allgemeinen sehr niedrig. Geringe Löhne für die Heimarbeiterinnen, Preisdrückerei und intensiver Einsatz der Kinder bei der Herstellung der Figuren waren die Ursachen dafür.

Um 1900 betrug der Wochenlohn für die Heimarbeiterinnen bei unbegrenzter Arbeitszeit 5 bis 6 Mark. Zum gleichen Zeitpunkt waren in Nürnberg und Fürth etwa 400 bis 500 Heimarbeiterinnen tätig. Überarbeitung führte bei ihnen häufig zu Augenleiden. Eine Statistik verzeichnet für 1898 allein in Fürth noch 151 Schulkinder im Alter von 6 bis 13 Jahren, die in Heimarbeit regelmäßig Zinnfiguren bemalten.

In der Gegenwart sind Zinnfiguren ein Dokument der Kulturgeschichte. Viele Museen und ernsthafte Sammler verwenden sie zur modellgerechten Darstellung kulturgeschichtlicher Ereignisse. Namhafte Sammler der DDR treten zugleich als Herausgeber neuer Serien auf. Die nach wissenschaftlichen Vorlagen geschaffenen Figuren gelten als wertvolle Zeugnisse künstlerischen Volksschaffens. Auch in Potsdam bemüht sich eine kleine Gruppe von Zinnfigurensammlern diese Tradition fortzusetzen. Als Mitglieder der Gesellschaft für Heimatgeschichte im Kulturbund der DDR widmen sie sich der Herstellung und dem Bemalen der kleinen faszinierenden Figuren. Der Sinn ist die Veranschaulichung geschichtlicher und kulturgeschichtlicher Ereignisse. Es gibt wohl kein Gebiet, keine Epoche in der Entwicklung der Menschheit, die nicht illustrativ mit Zinnfiguren in Schaubildern und Dioramen dargestellt werden könnte. So sind sie ein ausgezeichnetes Mittel in der Erziehung unserer Menschen zur Liebe und zum Verständnis unserer Heimat.

Bibliographie

Allgemeines

Blätter für Heimatgeschichte / Zentralvorstand d. Gesellschaft für Heimatgeschichte im Kulturbund d. DDR. – Berlin.

Heft 1. – 1983. – 64 S.

Heft 2. – 1983. – 64 S.

Heimathistoriker und Museen / Hrsg.: Kulturbund d. DDR, Zentralvorstand d. Gesellschaft für Heimatgeschichte, Zentraler Fachausschuß Heimatgeschichte/Ortschronik. – Berlin, 1983. – 64 S. – (Heimatgeschichte: Arbeitsmaterial für die Fachgruppen Heimatgeschichte/Ortschronik d. Gesellschaft für Heimatgeschichte im Kulturbund der DDR; Heft 15)

Lauerwald, Paul: Ortschroniken, Warum, was, wie? / Paul Lauerwald; Siegfried Wietstruk. – 1. Aufl. – Berlin: Staatsverlag der DDR, 1983. – 73 S.: Ill. – (Der sozialistische Staat)

Sprache – Heimatgeschichte: Mundart, Gruppensprachen, Umgangssprache, Namengut als Gegenstand von Forschung u. Pflege. Red.: Helmut Schönfeld / Hrsg.: Zentralvorstand d. Gesellschaft für Heimatgeschichte im Kulturbund d. DDR, Zentraler Fachausschuß Kulturgesch./Volkskunde. – Berlin 1983. – 59 S.

Wurlitzer, Bernd: Museen: Galerien, Sammlungen, Gedenkstätten. – Berlin; Leipzig: Tourist-Verlag, 1984. – 208 S.: Ill.

Mark Brandenburg

Berliner Wald- und Seengebiet: Wanderkt. mit Angaben für Wassersport. – 3. Aufl. – 1 : 50 000. – Berlin; Leipzig: Tourist-Verlag, 1983. – 1 Kt. 63 x 96 cm Ges.-Größe. Mit 4 Nebenkt.

Bodenfunde und Heimatforschung: Mitt. d. Kulturbundes d. DDR, Gesellschaft für Heimatgeschichte. Bezirksfachausschüsse für Ur- u. Frühgesch. d. Bezirke Berlin, Cottbus, Frankfurt, Potsdam / hrsg. vom Kulturbund d. DDR, in Verbindung mit d. Museum für Ur- u. Frühgesch. Potsdam. – Potsdam.

Heft 12. – 1982. – 56 S.

Fontane-Blätter / Hrsg.: Dt. Staatsbibliothek, Theodor-Fontane-Archiv. – Potsdam. Band 5. Heft 3 (35). Festgabe für Joachim Schobeß zum 75. Geburtstag am 22. April 1983. – 1983. – S. 245–384

Handbuch der deutschen Kunstdenkmäler / begr. vom Tag für Denkmalpflege 1900. Georg Dehio. – Berlin: Akademie-Verlag. Bezirke Berlin/DDR und Potsdam / bearb. von d. Abt. Forschung d. Inst. für Denkmalpflege. – 1983. – VI, 522 S.: Kt. & Beil. (XIV S., 1 Bl.)

Kadatz, Hans-Joachim: Georg Wenzeslaus von Knobelsdorff: Baumeister Friedrichs II. – 1. Aufl. – Leipzig: E. A. Seemann Verlag, 1983. – 353 S.: Ill.

Kunstdenkmäler in der DDR: e. Bildhandbuch / Erläuterungen u. Bildausw. von Joachim Fait. Aufn. von Klaus G. Beyer. – Leipzig: Edition. Bezirke Cottbus, Frankfurt/Oder, Potsdam und Berlin Hauptstadt der DDR. – 3., verb. Aufl. – 1983. – XXXI, 374 S.: Ill.

Naturschutzarbeit in Berlin und Brandenburg / Hrsg.: Akad. d. Landwirtschaftswissenschaften d. DDR; Räte d. Bezirke Potsdam, Frankfurt (O.) u. Cottbus u. Magistrat von Berlin, Hauptstadt d. DDR. Red.: Inst. für Landschaftsforschung u. Naturschutz, Arbeitsgruppe Potsdam. – Potsdam. Jg. 19. – 1983. – Heft 1–3

Veröffentlichungen des Museums für Ur- und Frühgeschichte Potsdam / hrsg. von Bernhard Gramsch. – Berlin: Deutscher Verlag der Wissenschaften. Band 17. – 1983. – 291 S.: Ill.

Bezirk Potsdam

Bezirk Potsdam 1981–1983: Fakten, Zahlen, Übersichten / Hrsg.: Bezirksleitung Potsdam d. SED. – Potsdam, 1984. – 19 S.

Das Havelland, mit den Augen der Liebe gesehen... / Fotos: Foto-Club Potsdam. Text: Gisela Heller. – 2. Aufl. – Leipzig: F. A. Brockhaus-Verlag, 1984. – 191 S.: überwiegend Ill.

Schulte, Dieter: Historische Gedenkstätten der Arbeiterbewegung, des antifaschistischen Widerstandskampfes und der Befreiung vom Faschismus im Bezirk Potsdam: von d. Anfängen bis zum Jahre 1945 / bearb. von Dieter Schulte. Hrsg.: Bezirksleitung Potsdam der SED, Abt. Agit. u. Prop. ... – Potsdam, 1984. – 160 S.: Ill.

Wanderheft für den Bezirk Potsdam / Dt. Verband für Wandern, Bergsteigen u. Orientierungslauf d. DDR, Bezirksfachausschuß Potsdam. – Potsdam. 1984. III öffentliche Wanderungen. – 1984. – 47 S.

Potsdam – Stadt und Kreis

Bildhauerkunst des 18. Jahrhunderts in Potsdam: Ausstellung vom 2. Juli bis 11. Sept. 1983 in d. Orangerie im Neuen Garten Potsdam / zsgest. u. bearb. von Saskia Hüneke. Hrsg. von d. Generaldirektion d. Staatl. Schlösser u. Gärten Potsdam-Sanssouci. – Potsdam, 1983. – 68 S.: Ill.

Grützner, Günther: Cecilienhof 1945: historische Fotos d. Potsdamer Konferenz / Günther Grützner; Rosemarie Heise-Schirdewan. Red. u. Gestaltung: Barbara Spindler. Hrsg. von d. Generaldirektion d. Staatl. Schlösser u. Gärten Potsdam-Sanssouci. – Potsdam, 1983. – 35 S.: Ill. (Sanssouci-Bildhefte; 3)

Handrick, Roland: Das alte Potsdam heute: 18 Farbaufnahmen. – 1. Aufl. – Berlin: Henschelverlag, 1983. – 18 Bl.: nur Ill. (farb.)

Kitschke, Andreas: Kirchen in Potsdam: aus d. Geschichte d. Gotteshäuser u. Gemeinden. – 1. Aufl. – Berlin: Evangelische Verlagsanstalt, 1983. – 170 S.: Ill.

Noa, Wolfgang: Leben in Preußen: Sieben Porträts. – 1. Aufl. – Berlin; Weimar: Aufbau-Verlag, 1983. – 206 S.: Ill. (Edition Neue Texte)

Pädagogische Hochschule „Karl Liebknecht“ Potsdam: kurzer Abriss d. Geschichte e. Lehrerbildungsstätte / Autorenkoll.: Kurt Finker, Kurt Adamy . . . Hrsg.: Pädag. Hochschule „Karl Liebknecht“. – Potsdam
Teil 1. 1948–1961. – 1983. – 232 S.: Ill.

Der Potsdamer Kiez / Red.: Manfred Feiler; Hartmut Knitter. Hrsg.: Potsdam-Museum. – Potsdam, 1983. – 16 S.: Ill.

Potsdamer Schlösser in Geschichte und Kunst / Hrsg.: Staatl. Archivverwaltung d. DDR; Staatl. Schlösser u. Gärten Potsdam-Sanssouci. – 1. Aufl. – Leipzig: Brockhaus-Verlag, 1984. – 208 S.: Ill.

Schnittpunkte und Tangenten: Vorbilder d. sozialist. Arbeitens, Lernens und Lebens für d. Kollektive d. RAW Potsdam / Hrsg.: SED BPO d. Reichsbahnausbesserungswerkes Potsdam. – Potsdam.
Teil. 1. Erwin Kramer: Eisenbahner u. Kommunist. – 1982. – 48 S.: Ill.

Staatsarchiv Potsdam / Hrsg.: Staatl. Archivverwaltung d. DDR; Staatsarchiv Potsdam. – Potsdam, 1983. – 36 S.: Ill.

Stadtplan Potsdam: ca. 1 : 20 000. – 10. Aufl. – Berlin; Leipzig: Tourist-Verlag, 1984. – 65 x 96 cm Ges.-Größe

Wilkening, Albert: Betriebsgeschichte des VEB DEFA Studio für Spielfilme / Hrsg.: VEB DEFA – Studio für Spielfilme. – Potsdam-Babelsberg. Teil 1. Geschichte der DEFA von 1945–1950. – 1981. – 159 S.

Teil 2. Die DEFA in der Etappe 1950 bis 1953. – 1984. – 82 S.

Teil 3. (Berichte der Aktivisten der ersten Stunde). – 1984. – 82 S.

Einzelne Kreise

Belziger Heimatkalender: Kreis Belzig / Hrsg.: Rat d. Kreises, Abt. Kultur. – Belzig. 1984. – 1983.

Heimatkalender für den Kreis Zossen / Hrsg.: Rat d. Kreises, Abt. Kultur. – Zossen. Jg. 27. 1984. – 1984.

Rathenower Heimatkalender: Beitr. zur Heimatkunde d. westl. Havellandes. / Hrsg.: Kulturbund d. DDR, Kreisleitung Rathenow. – Rathenow. Jg. 28. 1984. – 1983.

Sagen aus dem Kreis Wittstock / Sammlung, Ausw. u. Bearb.: Thomas Berlin . . . Textgestaltung: Wolfgang Dost. Hrsg.: Kulturbund d. DDR, Kreisleitung Wittstock. – Wittstock.

Heft 1. – 1983. – 16 S.: Ill.

Heft 2. – 1983. – 16 S.: Ill.

Einzelne Orte

Badstübner, Ernst: Rheinsberg – Schloß und Park / Ernst Badstübner; Detlef Karg. – 1. Aufl. – Leipzig: Seemann, Buch- u. Kunstverlag, 1983. – 16 S.: Ill. – (Baudenkmale; 54)

Bauernmuseum Blankensee / Hrsg.: Rat d. Kreises Luckenwalde, Abt. Kultur. – Luckenwalde, 1983. – 1 Bl. (gefalt.): Ill.

Begall, Ulrich: 1909–1984: 75 Jahre Wustermark Rangierbahnhof / Hrsg.: BPO Bahnhof Wustermark Rbf. Autoren: Ulrich Begall; Edith Böttge. – Wustermark, 1984. – 39 S.: Ill.

Blütenstadt Werder/Havel: grünes Zentrum im Havelland / Hrsg.: Kulturbund d. DDR, Ortsgruppe Werder, Interessengemeinschaft Heimatgeschichte u. Denkmalpflege. – Werder. (Heimatgeschichtliche Beiträge)

(3). 1984. – 1983.

Bearbeiter: Dorothee Geßner

Geschichte und Kunst in einem repräsentativen Bildband

Potsdamer Schlösser in Geschichte und Kunst. Hrsg.: Staatliche Archivverwaltung der DDR; Staatliche Schlösser und Gärten Potsdam-Sanssouci. Brockhaus-Verlag Leipzig 1984. 208 S., Ill. 40,00 Mark

Bewährte Autoren – Udo Dräger, Gebhard Falk, Hans-Joachim Giersberg, Hans-Joachim Schreckenbach, Heinrich Waldmann – haben sich zusammengefunden, um im Auftrage der Staatlichen Archivverwaltung der DDR und der Generaldirektion der Staatlichen Schlösser und Gärten Potsdam-Sanssouci einen repräsentativen Bildband zu erarbeiten. Das Vorbild des erfolgreichen „... mit Brief und Siegel“ von Beck/Unger ist nicht zu verleugnen, jedoch sind die Verf. dabei nicht stehengeblieben, sondern haben zahlreiche neue Ideen in den prachtvoll ausgestatteten Band eingebracht. Der Hauptvorzug liegt in der gelungenen Synthese zwischen Geschichte und Kunst. Es scheint auf der Hand zu liegen, daß sich die Staatlichen Schlösser und das Staatsarchiv Potsdam (das seinen Sitz in der Orangerie hat und „Bewohner“ ist) auch zu einem größeren Vorhaben zusammenfinden. Groß ist jetzt die Freude über das gelungene Ergebnis. Beide Seiten profitieren davon: Die Kunst wird stärker und organischer mit der Zeit verbunden, in der sie entstand und wirkte und die Geschichte wird anschaulicher, lebendiger und vorstellbarer durch die Darstellung der Umgebung, in der politische und historische Entscheidungen getroffen wurden.

In acht Kapiteln und mit einer Fülle von Material besonders aus dem Zentralen Staatsarchiv, Dienststelle Merseburg, und dem Staatsarchiv Potsdam liefert der Band einen bislang einmaligen Blick in die historische Entwicklung der weltberühmten Potsdamer Schloß- und Parkanlagen von 1660 bis zur Gegenwart.

Joachim Schulz

Quer durch die Mark vom Fläming zur Dosse

Walter Menzel: *Die Brandenburgische Städtebahn*. transpress VEB Verlag für Verkehrswesen, Berlin 1984, 184 S., 177 Abb., 27 Tab., brosch., 13,80 Mark

Die Brandenburgische Städtebahn existierte als eigenständiges Unternehmen bis Ende 1949, als alle ehemaligen Privateisenbahnen im Gebiet der DDR von der Deutschen Reichsbahn übernommen wurden. Die „Städtebahn“ ging 1904 in Betrieb als Querverbindung zwischen den sternförmig von Berlin in westlicher Richtung ausstrahlenden Hauptstrecken. Ursprünglich war sie einmal als großer äußerer Ring um Berlin gedacht. Es blieb bei einer vollspurigen Nebenbahn von Treuenbrietzen über Belzig – Brandenburg – Rathenow bis Neustadt (Dosse). Von Interesse sind viele Details über die Entstehungsgeschichte dieser Bahn, vor allem die ökonomischen und militärischen Beweggründe der herrschenden Kräfte im Preußen der Jahrhundertwende. Gerade der Eisenbahnbau widerspiegelt ja sehr augenfällig die Entwicklung der Produktivkräfte in jener Zeit. Darum ist die Schriftenreihe mehr als nur „Hobby-Literatur“ für Eisenbahnfreunde.

Eberhard Russek

(aus „Neues Deutschland“ vom 2./3. Juni 1984)

Zur Schifffahrt auf der Havel

Katharina Kreschel: „Stromauf – Stromab!“ Ausstellung zur Geschichte der Havelschifffahrt im Museum Brandenburg. In: Blätter für Heimatgeschichte, Heft 2/1983. Hrsg.: Zentralvorstand der Gesellschaft für Heimatgeschichte im Kulturbund der DDR. S. 37–40

Die Verf., Mitarbeiterin im Museum Brandenburg und aktives Mitglied der Gesellschaft für Heimatgeschichte, berichtet über die Vorbereitung der Ausstellung „Stromauf – Stromab!“, die durch die zielstrebige Einbeziehung vieler Schiffer, Schiffbauer und interessierter Bürger aus Brandenburg, Lehmin, Pritzerbe, Nahmitz, Woltersdorf, Michelsdorf, Plaue, Briest, Rietz, Götting, Milow, Rathenow, Zehdenick, Halle (Saale) u. a. gekennzeichnet war. Dadurch wurden Erinnerungsstücke, Gebrauchsgegenstände, Schiffsmodelle, Dokumente und Fotos aufgespürt, die für die Ausstellung zusammengetragen wurden und ein lebendiges, unverfälschtes Bild vom Schifferalltag gaben. Die Ausstellung wurde zu einem guten Erfolg, 20 420 Besucher sahen die Schifffahrtsausstellung, davon 11 972 als Einzelbesucher, 8448 in Gruppen. Die Verf. analysiert aus Gesprächen und Eintragungen im Gästebuch die Gründe der Gäste für den Erfolg der Ausstellung: 1. Weil es ein heimatgeschichtliches Thema war. 2. Weil es eine exponatenreiche Ausstellung war und der Mensch im Vordergrund der Darstellung stand. 3. Weil die Ausstellung gut gestaltet war. 4. Weil Gegenstände berührt werden konnten, manche sogar zum Betätigen angeboten wurden. 5. Weil sie lehrreich war und neue Forschungsergebnisse brachte. 6. Weil vieles konkret begründet wurde. 7. Weil die Brandenburger zu diesem Thema viele Beziehungen haben. Durch die Ausstellung wurde ein Beitrag zur Geschichte der Binnenschifffahrt und der Alltagsgeschichte werktätiger Klassen und Schichten auf dem Territorium der DDR geleistet.

Joachim Schulz

Autorenverzeichnis

Dr. Rüdiger Beetz, Pädagogische Hochschule „Karl Liebknecht“ Potsdam

Dr. med. vet. Hans-Dieter Dannenberg, Mitglied der Fachgruppe Numismatik, Berlin

Hans Eulenstein, Mitglied der Fachgruppe Kulturhistorische Zinnfiguren, Potsdam

Dorothee Geßner, Mitglied des Bezirksvorstandes der Gesellschaft für Heimatgeschichte, Wissenschaftliche Allgemeinbibliothek Potsdam

Dr. sc. Vera Grützner, Pädagogische Hochschule „Karl Liebknecht“ Potsdam

Sven Gustavs, Museum für Ur- und Frühgeschichte Potsdam

Prof. Dr. Helmut Lötzke, Zentrales Staatsarchiv der DDR, Potsdam

Eberhard Russek

Joachim Schulz, Stellv. Vorsitzender des Bezirksvorstandes der Gesellschaft für Heimatgeschichte, Leiter des Bezirksparteiarchivs der Bezirksleitung der SED Potsdam

Prof. Dr. habil. Manfred Uhlemann, Vorsitzender der Kommission zur Erforschung der Geschichte der örtlichen Arbeiterbewegung bei der Bezirksleitung der SED Potsdam, Pädagogische Hochschule „Karl Liebknecht“ Potsdam

Dr. Sigrid Wegner-Korfes, Zentralinstitut für Geschichte, Akademie der Wissenschaften Berlin